



Rat der Gemeinden und Regionen Europas ■ Deutsche Sektion

kommunal

Klimaschutz und Kommunen

Deutschland – China

Neue Studie zu
Kommunalbeziehungen

Ausschuss der Regionen

Gipfel der Regionen
und Städte in Prag

Europarat

Plenartagung des
KGRE in Straßburg



Rat der Gemeinden und Regionen Europa
Deutsche Sektion

Europa kommunal – Ihr Weg zu Europa

Europa kommunal ist die Mitgliederzeitschrift der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE). Seit 2008 erscheint die Zeitschrift sechsmal pro Jahr ausschließlich als PDF-Version und wird per E-Mail an die Mitgliedsstädte, -gemeinden und -kreise versendet. Die Mitglieder des RGRE, die noch nicht in den Verteiler aufgenommen sind, können sich diesbezüglich an die Geschäftsstelle des RGRE (E-Mail: doerthe.sondermann@staedtetag.de) wenden. Mit dieser Umstellung auf eine Online-Version soll gewährleistet werden, dass die Zeitschrift eine weite Verbreitung in der Kommune findet.

Europa kommunal will die Mitglieder weiterhin umfassend über kommunalrelevante Vorgänge in der Europäischen Union und im Europarat unterrichten. Darüber hinaus berichtet die Mitgliederzeitschrift in einer eigenen Rubrik über interessante Entwicklungen im Partnerschaftsbereich. **Europa kommunal** ist damit die einzige Zeitschrift in Deutschland, in der Kommunen kontinuierlich und konzentriert über kommunalrelevante europäische Entwicklungen informiert werden.

Die europäische Integration hat heute einen Stand erreicht, bei dem es sich die kommunale Ebene nicht mehr leisten kann, nur in nationalen Kategorien zu denken. Europa hat die Kommunen erreicht und die Kommunen müssen sich damit auseinandersetzen. In dieser Situation will **Europa kommunal** den Mitgliedsstädten, -gemeinden und -kreisen helfen, sich in Europa zu orientieren und über kommunalrelevante Vorgänge zu informieren. Denn nur Kommunen, die „europafit“ sind, werden die sich aus der fortschreitenden Integration bietenden Vorteile nutzen können.

Ihre Schriftleitung

Inhalt

33. Jahrgang · Heft 2 · März/April 2009

KLIMASCHUTZ UND KOMMUNEN

3

- **Kommunen machen weltweit Tempo** 3
Zusammenarbeit im Kampf gegen den Klimawandel
Von *Bärbel Dieckmann*
- **Kommunen mischen mit** 7
Rolle der Kommunen bei den internationalen Klimaverhandlungen
Von *Monika Zimmermann*
- **Wichtige Weichen für die Zukunft gestellt** 11
Paket für Klimaschutz der Europäischen Union
Von *Ulrich Haarmann*
- **Deutliches Zeichen für den Klimaschutz** 17
Feierliche Eröffnung des Europäischen Konvents der Bürgermeister
Von *Barbara Baltsch*
- **2050 liegt uns näher als 2015!** 20
Anpassung an den Klimawandel in den Städten und Gemeinden
Von *Holger Robrecht*
- **Stockholm und Hamburg erste Umwelthauptstädte** 23
Verleihung des „European Green Capital Award“
Von *Barbara Baltsch*

FORUM PARTNERSCHAFT

25

- **Erfolg gesucht – Kooperation und Freundschaft gefunden** 25
Studie zu deutsch-chinesischen Kommunalbeziehungen
Von *Ulrich Held*
- **Wir brauchen mehr Städtepartnerschaften** 29
Heranführung der Republik Serbien an die Europäische Union
Von *Gunther Krichbaum*

FORUM EUROPA

31

- **Kein Europa ohne starke Regionen und Kommunen** 31
Europäisches Gipfeltreffen der Regionen und Städte in Prag
Von *Barbara Baltsch*
- **Globale Herausforderungen gemeinsam meistern** 34
Plenartagung des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas
Von *Agneta Krüger*
- **Ungarische Hauptstadt verbessert Luftqualität** 37
Preis der Europäischen Mobilitätswoche 2008 für Budapest
- **Dezentralisierung stärkt Frauenrechte** 39
Bedeutung staatlicher Dezentralisierung für Gleichberechtigung
Von *Dr. Heinrich Hoffschulte*

PROGRAMME

42

- **Gemeinsam für die städtische Wirtschaft** 42
Aufgaktkonferenz des europäischen Netzwerks FIN-URB-ACT
Von *Christian Huttenloher und Thomas Fiedler*

NAMEN UND NACHRICHTEN

45

WETTBEWERBE

47

TERMINE

48

IMPRESSUM

49

Zusammenarbeit im Kampf gegen den Klimawandel:

Kommunen machen weltweit Tempo

Klimaschutz weltweit ist in der Warteschleife vor einer – hoffentlich – großen Trendwende. Städte werden darin eine Rolle haben. Das ist unstrittig. Wie diese Rolle aber genau aussehen kann und welchen Wirkungsgrad sie erreichen wird, wird anderswo definiert.

Ein Beitrag von
Bärbel Dieckmann

Als ich 1994 zur Oberbürgermeisterin von Bonn gewählt wurde, war die beim Erdgipfel von Rio 1992 begründete Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen erst seit ein paar Wochen in Kraft. Gut drei Jahre hatte es gedauert, bis 50 Vertragsstaaten die Konvention ratifiziert hatten, ein weiteres Jahr verstrich bis zur ersten Vertragsstaatenkonferenz in Berlin 1995 – und 1996 zog das Klimasekretariat dann in Bonn ein. Zum Vergleich: Bei der Gründungskonferenz der IRENA, der internationalen Agentur für Erneuerbare Energien, die im Januar 2009 in Bonn tagte, zeichneten 75 Staaten im ersten Anlauf! Bis Mitte März waren es 77 – darunter die Zukunfts-Weltmacht Indien. Das zeigt, wie stark die Themen Energie und Klima heute weltweit positioniert sind. Und doch wird das Tempo unseres Handelns der tatsächlichen Notwendigkeit nicht gerecht. Nirgendwo. Auch in den Städten nicht.

Für Bonn war Energie seit den 1970-er Jahren ein Thema – sicherlich angetrieben von der damaligen Energiekrise und steigenden Energiekosten. Seit 1995 und einer (damals) hoch gesteckten Selbstverpflichtung der Bundesregierung wurde der Klimawandel dann auch öffentlich zum Thema. Die damalige Bundesumweltministerin und heutige Bundeskanzlerin Angela Merkel rief die erste Klimakampagne aus, der viele weitere folgen sollten.

Wenn wir an Klimaverhandlungen denken, dann denken wir an Ministergipfel und Expertentreffen, an globale Strategien und internationale Verträge. Wenn wir an Städte und Klimaschutz denken, ist das Szenario inzwischen sehr ähnlich: Konferenzen, alarmierende Botschaften, Selbstverpflichtungen und



Aufrufe in großer Zahl. Welcher deutsche Bürgermeister hätte in den letzten zwei Jahren nicht mindestens eine Selbstverpflichtungserklärung in Sachen Klima unterzeichnet?

Solche politischen Willenserklärungen sind wichtig, weil sie die richtigen Signale aussenden und die Beiträge von Kommunen öffentlich machen. Viel wichtiger ist jedoch das, was Städte umsetzen, welche Maßnahmen und Projekte sie durchführen. Denn letztlich ist nicht ausschlaggebend, wieviel Prozent in diesem oder jenem Benchmarking wir erreichen, sondern was tatsächlich passiert. Was Kommunen wirklich tun können für Klimaschutz, ist mehr als bekannt.

Städte sparen Energie und Kohlendioxid

Kommunen können auf energiefreundlichere Verfahren umrüsten in städtischen Gebäuden und Fuhrparken. Angesichts der

„Für nachhaltige Entwicklung weltweit“ arbeiten in Bonn 19 UN-Organisationen, darunter das Klimasekretariat und das Sekretariat zur Bekämpfung der Wüstenbildung

Zur Autorin:

Bärbel Dieckmann ist Oberbürgermeisterin der Stadt Bonn, Vorsitzende des Weltbürgermeisterrates zum Klimawandel und Präsidentin der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas.



Bildung für nachhaltige Entwicklung ist eine wichtige Aufgabe auch der Städte: Gerade tagte die Halbzeitkonferenz zur Weltdekade Bildung für Nachhaltige Entwicklung in Bonn

Tatsache, dass die energiebedingten Emissionen der städtischen Gebäude zum Beispiel gerade drei Prozent ausmachen, ändert das an der Gesamt-Energiebilanz einer Stadt wie Bonn zwar in Prozentpunkten nicht sehr viel, setzt aber das richtige Signal in Sachen Glaubwürdigkeit.

Städte können erneuerbare Energien und Energieeffizienz fördern – in den Klima-Aufbruchsjahren ab 1995 hatte Bonn mit einer Initiative zur kostengerechten Einspeisevergütung die Nase vorn, heute kurbelt ein Förderprogramm zur Solarthermie die Investitionsbereitschaft an. Städte wecken Bewusstsein, machen klimaverträglichere Lebensstile bekannt und fördern Verantwortung: Städte sensibilisieren für die Gefahren des Klimawandels – und zeigen immer wieder auf, was Klimaschutz im Alltag bedeutet. Klimafreundliche Mobilität durch öffentlichen Nahverkehr, Informationen und Unterstützung zu Bauen und Sanieren, klimafreundlicherer Konsum – das sind nur drei der Themenbereiche, in denen Kommunen im ständigen Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern etwas bewirken können. Und hier liegen dann schon deutlich mehr Potenziale – der Anteil der privaten Emissionen in Bonn beträgt immerhin 40 Prozent.

Kommunen erreichen mehr und mehr auch die Wirtschaft. In Zeiten von „Corporate Social Responsibility“ (CSR) engagieren sich Unternehmen mehr und mehr auch in ihrer Stadt. Bonn ist kein Industriestandort und deshalb ist der Anteil der industriellen Emissionen mit elf Prozent vergleichsweise niedrig. Aber zusammen mit den 36 Prozent der sonstigen Kleinverbräuche, die zum Beispiel von Dienstleistung und kleinen Gewerbebetrieben verursacht werden, liegen wir dann bei fast 50 Prozent. Wie gesagt, Bonn ist keine Industriestadt. Wo Großindustrie sitzt, sehen die Zahlen ganz anders aus. Hebel haben die Städte aber allemal, denn sie sind

im ständigen Dialog mit den Menschen und mit der Wirtschaft. Warum das so bedeutsam ist, liegt auf der Hand, vor allem demografisch. Wenn bis 2050 zwei Drittel aller Menschen in Städten leben, liegt hier auch die entscheidende Einflussgröße für eine wirkliche Trendwende im Klimaschutz.

Klimaschutz erfordert globale Allianz

Warum schreibe ich dann heute wieder einen Artikel? Denn eigentlich ist doch alles gesagt. Städte sind, Städte wollen, Städte tun ... Nur, was wir tun, reicht nicht!!! Es ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Und es wird auch nie reichen – es sei denn, wir bekommen ganz anders Unterstützung als bisher. Wir können natürlich noch etwas aufsatteln auf unseren jetzigen Stand. Können noch ein paar Erklärungen unterschreiben, ein paar Klimaziele festschreiben und erreichen, weitere Branchen und Gruppen in unseren Städten ansprechen, noch mehr als vorher Kinder und Jugendliche schon jetzt auf ein klimafreundlicheres Erwachsenenleben vorbereiten. Aber: Es wird nicht reichen.

Klimawandel wird von so vielen Faktoren beeinflusst, dass er einen politischen und gesamtgesellschaftlichen Konsens und eine ebensolche Konsequenz erfordert. Alle, die einen Hebel für Klimaschutz bewegen können, müssen das gleichzeitig tun. Seit Jahren stellen die Städte auf jeder großen UN-Konferenz dar, was sie in eine Partnerschaft für Klima einbringen können. Seit Jahren nehmen die Vertragsstaaten das zur Kenntnis. Es werden Strategien verabschiedet, Verpflichtungserklärungen abgegeben und gehört ... doch in der Realität passiert nicht viel.

2007 haben die im Weltbürgermeisterrat zum Klimawandel zusammengeschlossenen Bürgermeister in einer Presseerklärung natio-

nale runde Tische gefordert, um gemeinsam für Klimaschutz aktiv zu werden und den Folgen des Klimawandels entgegenzutreten. Bis heute ... 2009 ... haben die Städte in der globalen Klimastrategie noch nicht einmal eine offizielle Rolle! Im Themenfeld Biodiversität ist dieser erste Schritt seit Mai 2008 endlich getan. Doch auch hier wird es viel Zeit und Energie erfordern, bis die globale Partnerschaft, die im Oktober in Barcelona startete, wirkliche Ergebnisse zeigen wird.

Kämpfen die Städte auf verlorenem Posten? Ich sage Nein. Denn jede einzelne Veränderung zum Guten, jede verhinderte Tonne Kohlendioxid-Emissionen, jeder nicht gefahrene Kilometer, jede eingesparte Kilowattstunde Strom, jede einzelne Solarzelle ist ein Gewinn für den Klimaschutz. Wir müssen als Städte einen Spagat schaffen – nämlich zum Einen unseren Bürgerinnen und Bürgern zeigen, dass der Einstieg in den Klimaschutz notfalls auch niederschwellig sein kann und dann aber für Jeden leistbar ist. Und zum anderen müssen wir noch ambitionierter werden in unseren Ansprüchen an uns selbst ... und andere in diesem Anspruch mitreißen.

Wir sollten in Zukunft klimaökonomische Rechnungen aufmachen ... wenn wir Unternehmen aufzeigen, dass Klimaschutz ihnen bares Geld spart, sind sie vielleicht auch bereit, dieses Geld gemeinsam mit uns in noch mehr Klimaschutz zu investieren.

In unseren Strategien dürfen wir ruhig kreativ sein – und so mutig, auch Bereiche unseres kommunalen Handelns für den Klimaschutz zu erschließen, die indirekte Treibhausgasverursacher sind. Beispiel sind die Klimaeffekte von Produktionsverfahren und Transporten. London zum Beispiel hat eine Initiative gegen Verkauf von Wasser aus Flaschen gestartet. Unser Talsperrenwasser in Bonn hat eine Qualität, die sogar für Baby-nahrung geeignet ist – da stellt sich mir die Frage, ob es wirklich nötig ist, stattdessen als Tafelwasser abgefülltes und mit Kohlensäure versetztes Leitungswasser mit erheblichen Transportwegen oder gar aus dem Ausland importierte Mineralwässer anzubieten. Täte es da nicht auch der Krug Bonner Leitungswasser und das Mineralwasser aus der Region? In Bonn gibt es noch kein solches Projekt – aber darüber nachzudenken, lohnt sich sicher.

In vielen Kommunen wird quergedacht, werden innovative Projekte für den Klimaschutz gestartet. Erst vor wenigen Monaten hat Bonn als dritte deutsche Stadt den European Energy Award in Gold erreicht. Darauf sind wir stolz. Aber ...noch einmal ... es reicht nicht und es ist kein Grund, sich auszuruhen.

Kommunen bei den internationalen Verhandlungen

Es gibt viele sehr gute Initiativen. Für Europa hat sich der Konvent der Bürgermeister neu begründet. Der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) und Eurocities als die beiden etablierten Städteorganisationen arbeiten ebenfalls im Themenbereich Klima.

Sehr wichtig finde ich die „Local Government Climate Roadmap“. Da haben sich die großen Städteorganisationen und Netzwerke zusammengetan, um in zwei Richtungen zu wirken: das globale **Städtenetzwerk für Nachhaltigkeit ICLEI**, der **Weltverband der Kommunen „United Cities and Local Government“ (UCLG)**, der **Weltverband der Millionenstädte Metropolis**, die **Großstädteinitiative zum Klimaschutz C40** und natürlich der **Weltbürgermeisterrat zum Klimawandel WMCCC**. Zum ersten Mal ist diese Formation in Bali sichtbar und hörbar geworden – damals sprachen Oberbürgermeister Michael Bloomberg aus New York für die C40 und ich für den WMCCC im High Level Segment. In Posen gab es wieder eine Städtekonferenz und der Commissioner von Pune sprach anschließend im High Level Segment für die lokale Ebene.

Die Blicke in Posen richteten sich aber weniger auf die Städte als auf den neu gewählten amerikanischen Präsidenten Barack Obama, der kurz vor seiner Amtseinführung erstmals klimapolitisch Stellung bezog. Auch in seiner Rede zum Amtsantritt Ende Januar 2009 sprach sich Obama für Klimaschutz und vor allem für die Stärkung erneuerbarer Energien aus. Der engere Kreis des Präsidenten in Klimafragen hat eine zunehmend multilaterale und nachhaltige Ausrichtung – angefangen von dem verhandlungserfahrenen Vizepräsidenten John Biden über Energieminister Stephen Chu bis zur sogenannten „Klimazarin“ Carol Browner, die aus dem Umfeld von Al Gore kommt.

Die neue Ausrichtung gibt Anlass zur Hoffnung, dass sich in Amerika wirklich etwas ändert. Die Rolle der USA in den Weltklimaverhandlungen hat sich schon verändert. Das Gewicht hat sich verschoben. Die amerikanischen Städte, die sich schon in der Ära Bush für Klimaschutz stark machten, genießen erstmals die Unterstützung ihrer Nationalregierung.

Doch was passiert im Konkreten? Präsident Obama spricht von Biotreibstoffen, er spricht von Förderprogrammen für erneuerbare Energien – aber es werden vorrangig Straßen gebaut und das Thema Lebensstil bleibt



Hoffnung auf Barack Obama: Unter dem neuen amerikanischen Präsidenten erwarten Menschen in aller Welt eine Wende in der US-Klimapolitik

weitgehend außen vor. Auch wenn die Förderprogramme zur Wärmedämmung an Wohnhäusern gut sind – was ist mit den vielen privaten Klimaanlage, Swimmingpools und High Tech-Geräten im Dauerbetrieb? Großstädte wie Los Angeles haben in den letzten Jahren ihren öffentlichen Nahverkehr weiter ausgebaut – aber letztlich ist das Auto in den USA weiterhin Verkehrsmittel Nummer 1. In einem Ausmaß, das wir uns hier in Europa kaum vorstellen können.

Das Druckmittel ist Bedrohung. Wenn die Wasserversorgung knapp wird wie in Seattle vor einigen Jahren, wenn Hitzewellen und Smog die Gesundheit der Menschen gefährden – dann leuchtet Klimaschutz plötzlich ein. Und weil genau dieses Thema Lebensstil letztlich den Ausschlag geben dürfte, haben die Städte weltweit hier eine riesige Verantwortung. Aber die können sie nicht ausfüllen, wenn nicht auch nationale Regierungen bereiter als bisher sind, mehr vom Wähler zu verlangen oder ihm auf wirksamere Weise eine Wahlmöglichkeit zwischen „teuer und wie bisher“ und „günstig und nachhaltig“ zu bieten.

Die Städte sind willens und bereit, sie sind aber weder Herren des Gesetzesrahmens noch Herren der Budgets in größerem Ausmaß. Und ihnen geht allmählich auch die Geduld aus, auf die immer nächste Runde der globalen Debatte zu warten und die immer nächste Verpflichtungserklärung zu unterzeichnen. Wir sind jetzt an einem Punkt, an dem wirklich etwas geschehen muss. Barack Obama hat für die USA ein gutes Signal gegeben. Doch schon jetzt ist klar, dass auch seine höchsten Zielvorgaben noch nicht an das heranreichen, was die Klimawissenschaftler als zwingend erforderlich erachten. Und das ist nur die Spitze des Eisbergs, denn die letzten Zahlen des Weltklimarates „Intergovernmental Panel on Climate Change“ (IPCC) sind längst überholt.

Das plus-zwei-Grad-Szenario, das UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon als Science-Fiction-Film bezeichnete, ist kaum noch aufzuhalten. Bis zur nächsten Vertragsstaatenkonferenz in Kopenhagen sind es nur noch acht Monate – dann muss ein Abkommen, das nahtlos an das Kyoto-Protokoll anschließt, konsensfähig sein. Und wir haben nicht wieder endlose sieben Jahre und zwei Monate Zeit, bis es dann in Kraft treten kann. Es ist höchste Zeit, dass der Klima-Zug endlich an Fahrt gewinnt! Es sind nicht die Städte, die diese Fahrt beschleunigen können. Aber sie sind auf ein schnelleres Tempo bestens vorbereitet.



Städte weltweit aktiv für Klimaschutz: ICLEI eröffnet neues Programmbüro in Bonn – im Bild Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann mit ICLEI-Präsident David Cadmann und Generalsekretär Konrad Otto-Zimmermann

Klimawandel verlangt nach Priorität. In den Städten konkurriert diese Priorität mit vielen anderen Aufgaben der Daseinsvorsorge um immer knappere Budgets. Das ist der Knackpunkt. Würden die Budgets für Klimaschutz nicht mehr im „Wettbewerb“ mit etwa Schulbetreuung oder sozialen Leistungen stehen, dann könnte mit diesem Geld viel effizienter gearbeitet werden. Was spräche gegen einen nationalen Aktionsplan, der lokal von Kommunen umgesetzt würde? Wir wissen nur zu gut, wie viel mehr wir tun könnten, wenn wir zu einer wirklich effizienten Zusammenarbeit mit anderen Ebenen gelangten. Was Städte wissen und leisten, kann die Weiterentwicklung nationaler Strategien nur voranbringen. Städte und ihre Netzwerke verfügen über valide Daten und gute Kontakte. Sie arbeiten – wie das Städtenetzwerk ICLEI – schon heute eng mit UN-Stellen zusammen.

Es gibt viele Wege, wie Städte konstruktiv beitragen können. In Posen habe ich angeregt, dass Städte ihren Regierungen anbieten, neue gesetzliche Regelungen noch vor Inkrafttreten in Pilotprojekten zu testen. Gerade im Klimaschutz sind die Möglichkeiten dafür vielfältig – was fehlt, ist allein die Zeit. ■

Infos

Städtenetzwerk für Nachhaltigkeit ICLEI:

☞ <http://www.iclei.org>

Weltverband der Kommunen „United Cities and Local Government“ (UCLG):

☞ <http://www.cities-localgovernments.org>

Weltverband der Millionenstädte Metropolis:

☞ <http://www.metropolis.org>

Großstädteinitiative zum Klimaschutz C40:

☞ <http://www.c40cities.org>

Weltbürgermeisterrat zum Klimawandel WMCCC:

☞ <http://www.iclei.org/index.php?id=7192>

Rolle der Kommunen bei den internationalen Klimaverhandlungen:

Kommunen mischen mit

Bereits im Dezember 2007 hatten sich Kommunalvertreterinnen und -vertreter aus der ganzen Welt aus Anlass der 13. UN-Klimakonferenz in Bali getroffen. Dort legten sie die Basis für einen gemeinsamen Klimaverhandlungsprozess der Kommunalverbände, die sogenannte „Local Government Climate Roadmap“. Ein Jahr später, anlässlich der 14. UN-Klimaverhandlung in Posen, war nun Zeit für eine Zwischenbilanz und einen Ausblick auf das sicherlich sehr „klimaintensive“ Jahr 2009, an dessen Ende, im Dezember 2009, die 15. Klimavertragsstaatenkonferenz stehen wird, die eine Einigung für das Folgeabkommen zum Kyoto-Protokoll bringen soll.

Ein Beitrag
von Monika
Zimmermann

Wie bereits zur Vertragsstaatenkonferenz „Conference of the Parties“ (COP) in Bali Ende 2007, hatte der Städteverband ICLEI – Local Governments for Sustainability anlässlich der UN-Klimaverhandlungen im Dezember 2008 in Posen zusammen mit weiteren Partnern ein Treffen der Kommunalvertreter organisiert, die „Local Government Climate Session“. Gekommen waren mehr als 400 Kommunalvertreterinnen und -vertreter, darunter viele, die in Städten und Gemeinden für die Klimapolitik verantwortlich sind. Früheren Modellen folgend fand das dreitägige Treffen parallel zum Ministersegment der UN-Klimakonferenz statt, also in den Tagen, in denen von Regierungschefs und Ministern erwartet wird, den Abschluss und die Ergebnisse einer COP zu gestalten.

Zur „Local Government Climate Session“ eingeladen hatten die Partner des gemeinsamen Klimaverhandlungsprozesses der Kommunen. Als Parallele zum UN-Prozess („roadmap“) arbeiten diese unter dem Begriff „Local Government Climate Roadmap“ zusammen. Organisiert wurde die Veranstaltung, wie auch in den vergangenen Jahren, von ICLEI zusammen mit den örtlichen Gastgebern, hier dem Polnischen Städteverband und der Stadt Posen. Als Kooperationspartner konnten wiederum das Sekretariat für das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC), das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP), das Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen (UN-HABITAT) und



Parallel zu den UN-Klimaverhandlungen im Dezember 2008 in Posen trafen sich Kommunalvertreterinnen und -vertreter aus aller Welt

die Weltbank gewonnen werden. Finanzielle Förderung kam vom polnischen Umweltfonds, dem polnischen Außenministerium, dem deutschen Bundesumweltministerium, UNEP, der holländischen Regierung und der Heinrich-Böll-Stiftung. Dabei hat besonders die Unterstützung aus Deutschland diese Veranstaltung erst möglich gemacht, eine Tatsache, die bei den polnischen Partner große Anerkennung fand.

Ziele des Kommunaltreffens

Die Ziele des Kommunaltreffens in Posen waren klar:

- Flagge zeigen: Hochrangige Kommunalvertreter sind zur Stelle, wenn sich Regierungen treffen,
- Eigene Positionen diskutieren und abstimmen: Was wollen die Kommunen im Dezember 2009 verhandeln?

Zur Autorin:

Monika Zimmermann ist Direktorin der Internationalen Akademie des Städtischen Netzwerkes für Nachhaltigkeit „Local Governments for Sustainability“ (ICLEI) und Co-Koordinatorin der „Local Government Climate Roadmap“.

- Wissen innerhalb der Kommunen ausbauen: Wo berühren die Klimaverhandlungen besondere Interessen von Städten und Gemeinden und zu welchen Punkten können diese relevante Beiträge leisten?
- Mit Regierungen verhandeln: Die Wichtigkeit der Kommunen als Akteure herausstellen und „freundliche Regierungen“ identifizieren, die in den kommenden Verhandlungsrunden auf die kommunale Rolle hinweisen,
- Freunde gewinnen: Mit Vertretern der Wissenschaft, Medien, Verbänden und Nichtregierungsorganisationen sprechen und von diesen lernen,
- Zusammenarbeit ausbauen: erstmalig getragen von allen globalen Kommunalverbänden.

Das Programm der „Local Government Climate Session“ hat in Posen ausdrücklich die Verhandlungsthemen der Regierungen widergespiegelt. So hat ein Themenstrang die wesentliche Rolle der Kommunen in ausgewählten Verhandlungsthemen wie etwa die Anpassung an Klimawandel, den Zugang zu Finanzen und den Emissionshandel diskutiert, während parallel die Strategien ausgewählter Kommunen, erneuerbare Energien, Eco-Mobility und die speziellen Erfahrungen europäischer Städte- und Gemeinden im Mittelpunkt standen.

Prominente Gäste haben die Kommunen als wesentliche Akteure dabei bei der Umsetzung der Klimaschutzziele bestätigt. Ivo de Boer, Generalsekretär des UNFCCC-Sekretariats, hat dies in seinem Grußwort betont, ebenso wie Rajendra K. Pachauri, der Vorsitzende des Weltklimarates „Intergovernmental Panel on Climate Change“ (IPCC) und Gewinner des Friedens-Nobelpreises im Jahr 2007, als Hauptredner.

Die Konferenz, die in Sichtweite der Vertragsverhandlungen stattfand, war nur das sichtbarste Element der Kommunalpräsenz. Parallel liefen Gespräche mit vielen Regierungsvertretern, traten Kommunalvertreter in den sogenannten „side events“ auf, wurden Medien informiert und Informationsstände unterhalten.

Das Jahr der großen Entscheidungen?

Warum ist das Jahr 2009 so wesentlich? Ende 2012 wird die Laufzeit des Kyoto-Protokolls zu Ende gehen. Damit kein Zögern und schon gar keine Unterbrechung in rechtsverbindliche Klimaregelungen kommt, muss recht-

zeitig ein Folgeabkommen ausgehandelt und in Kraft gesetzt werden. Auch wenn die Klimarahmenkonvention „United Nations Framework Convention on Climate Change“ ihre Wirkung und Bedeutung behält, erst das darunter entwickelte Kyoto-Protokoll hat aus Absichtserklärungen verbindliche Handlungsrichtlinien zur Reduzierung von Kohlendioxid-Emissionen gemacht. Im Kyoto-Abkommen ist vor allem geregelt, dass die entwickelten Länder auf das Basisjahr 1990 bezogen zwischen dem Jahr 2008 und 2012 im Durchschnitt fünf Prozent ihrer Kohlendioxid-Emissionen reduzieren. Der in Bali im Dezember 2007 beschlossene Zeitplan sieht vor, das Jahr 2008 für vorbereitende Gespräche und das Jahr 2009 für die heiße Phase der Verhandlungen zu nutzen, wissend auch, dass mit einem neuen US-Präsidenten auch neue Positionen aus diesem „Nicht-Kyoto-Land“ zu erhoffen sind.



Bärbel Dieckmann, Oberbürgermeisterin der Stadt Bonn und Vorsitzende des Weltbürgermeisterrates zum Klimawandel, betonte die Bedeutung der Kommunen beim Kampf gegen den Klimawandel

Wie der Name schon sagt, bietet die Klimarahmenkonvention nur den Rahmen. Ausgefüllt wird dieser Rahmen inzwischen durch mehrere Abkommen und Mechanismen, die ständig weiterentwickelt werden müssen. Insofern gehen die Klimaverhandlungen schon lange nicht mehr nur um ein Thema. Faktisch besteht eine UN-Vertragsstaatenkonferenz aus einer Summe parallel tagender Gremien, die jeweils ein besonderes Unter-Thema verhandeln. Ergebnisse allerdings kann es häufig nur durch das Schnüren von Paketen geben, also das Aushandeln von Kompromissen.

Es gibt einen Fahrplan für die Verhandlungen und Absichtserklärungen, aber keine klaren Ziele, die die Regierungschefs im Konsens ihren Verhandlern auf den Weg gegeben haben. Insofern muss man davon ausgehen, dass weiterhin parallel zu den verschiedenen Themen verhandelt wird und die eine Ländergruppe wie etwa die OECD-Länder nach wie vor mit anderen Staaten insbesondere den Schwellenländern um die Begrenzung der eigenen Pflichten ringt oder sich ein Entgegenkommen abkaufen lassen wird.

Wie zu den meisten global verhandelten Themen gibt es auch beim Klimaschutz Ländergruppen, die scheinbar einheitliche Interessen vertreten. Im Kyoto-Protokoll werden drei Ländergruppen benannt: die entwickelten Länder (Annex I Länder: diese müssen verbindlich GHG-Emissionen reduzieren), die Entwicklungsländer (Nicht-Annex I Länder) und die Länder im Transformationsprozess (Länder aus Osteuropa). Zu ergänzen ist, dass es immer noch Staaten gibt, die das Kyoto-Protokoll gar nicht unterzeichnet haben, allen voran die USA.

Auch wenn also das Nachfolge-Abkommen zum Kyoto-Protokoll in diesem Jahr im Zentrum der Verhandlungen steht, werden alle anderen Themen gleichermaßen diskutiert werden, sei es weil sie ohnehin auf der Tagesordnung der zwischenstaatlichen Verhandlungen stehen, sei es weil sie Teil eines Paketes werden (müssen), damit ein Nachfolge-Abkommen breite Zustimmung und damit eine Chance auf Inkrafttreten und Wirkung bekommt. Das Jahr 2009 ist zudem auch entscheidend, weil es zu den wenigen Jahren gehört, die wir noch haben, um durch ein radikales Umsteuern, sprich eine drastische Senkung der Treibhausgas-Emissionen, schwerwiegende Folgen für das ökologische und ökonomische Leben auf der Erde zu verhindern.

Aus den jüngsten Berichten des IPCC kann man entnehmen, dass eine Begrenzung des Temperaturanstieges auf zwei Grad die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass wir Umkipppunkte eher vermeiden können. Umkipppunkte (tipping points) sind solche Momente, in denen eine vorher lineare Entwicklung durch bestimmte Rückkopplungen abrupt abbricht, die Richtung wechselt oder stark beschleunigt wird („qualitativer Umschlagspunkt“).

Neun mögliche Umkipppunkte werden momentan als besonders relevant angesehen. Dazu gehören Änderungen im Wärmetransport durch Wasser- oder Luftströmungen, was große Wirkungen auf Meeresströmungen haben kann, das Auftauen der Permafrostböden, welches plötzlich sich selbst beschleunigende Prozesse in Gang setzen kann, sowie der Verlust der Regenwälder mit weitreichenden überregionalen Folgen.

Die Verhandlungen im Jahr 2009

Die faktische Verhandlungen werden nicht (nur) in Kopenhagen im Dezember sondern das ganze Jahr über, insbesondere bei den Zwischenverhandlungen, stattfinden. Bereits jetzt steht fest, dass sich die Regierungsvertreter mindestens vier Mal zu je zweiwöchigen Verhandlungsrunden treffen. Die



Der Bürgermeister von Posen, Ryszard Grobelny, vertrat als Präsident des Polnischen Städteverbandes die Interessen der polnischen Kommunen

ersten „UNFCCC Climate Talks“ finden vom 29. März bis zum 8. April 2009 in Bonn statt, weitere Verhandlungsrunden der Regierungen sind angesetzt für Juni (Bonn), Oktober (Bangkok) und November (Kopenhagen).

Ausgehend von den Erfahrungen der vergangenen Jahre kann man davon ausgehen, dass diese Zwischenverhandlungen große Aufmerksamkeit auch aus dem Kreis der Nichtregierungsorganisationen und der Lobbyisten erfahren werden. Zählt eine „große COP“ heute schon mehr als 10.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, dann sind es auf den Zwischentreffen auch schon mehrere tausend Menschen, die für oder gegen mehr Klimaschutz aufeinander treffen.

Ein ganzes Jahr lang den komplexen Verhandlungen zu folgen, jeweils eigene Positionen aufzubauen und einzubringen und dann wieder zur eigenen Gruppe zu kommunizieren, ist eine aufwendige Aufgabe, die zumindest Nichtregierungsorganisationen und Kommunalverbände vor große Herausforderungen stellt.

Die „Local Government Climate Roadmap“

Einiges hat sich bezüglich der globalen Zusammenarbeit der Kommunalverbände und -netzwerke zum Klimaschutz seit Bali entwickelt: Nahezu alle großen Kommunalverbände haben Klimaschutz als prioritäres Thema aufgegriffen. Was früher ein Spezialthema war ist heute „Mainstream“.

Aktuelle Verhandlungsthemen

- **Kyoto-Nachfolgeabkommen:** zur verbindlichen Eindämmung der CO₂-äquivalenten Treibhausgas Emissionen (GHG-Emissionen).
- **Adaptation Fund:** für Transferzahlungen von Industrieländern an besonders betroffene Entwicklungsländer.
- **Clean Development Mechanisms (CDM):** zur Reduzierung von GHG-Emissionen an anderen Orten durch finanzielle Ausgleichszahlungen.
- **Technology Transfer:** damit Entwicklungsländer einfacher an sauberen Technologien teilhaben können.

Im Oktober 2008 haben sich Kommunalverbände auf Einladung der Stadt Genf zu einem Strategie-Symposium getroffen und ihre Pläne ausgetauscht. Ebenfalls in Genf wurden Experten und Wissenschaftler eingeladen, ihr Wissen den Kommunen zur Verfügung zu stellen. Als Ergebnis wurden die Grundzüge des gemeinsamen Vorgehens entwickelt. Dabei wollen Kommunen und ihre Organisationen ihre Vorstellungen und Positionen auf drei Ebenen darstellen:

- Die gemeinsame Basis, eine „COP Decision“: Gewollt ist, dass die Staaten bei der COP 15 in Kopenhagen ein Dokument beschließen, in welchem die wichtige Rolle der Kommunen bei der Umsetzung von Klimazielen dargestellt wird. Dem Modell der letzten Vertragsstaatenkonferenz zur Biodiversität folgend, gibt es inzwischen einen von ICLEI und UCLG vorgelegten Entwurf für eine sogenannte „COP Decision Cities and Climate Protection“. Die Kommunalkonferenz in Posen hat die Richtung bestätigt und gleichzeitig begonnen, Kommentare zur Weiterentwicklung zu sammeln. Für diesen Text soll nun bis Ende 2009 um die Unterstützung von Nationalregierungen geworben werden.
- Kommunale Positionen zu den Verhandlungsthemen: Die sogenannten „Local Government Positions“ werden derzeit zu den Themen unter Verhandlung entwickelt, die aus kommunaler Sicht besonders wichtig sind, also etwa Anpassungsstrategien, Zugang zu Finanzmitteln oder Emissionshandel.
- Kommunale Vorschläge („Local Government Opinions“) zu einer besseren Klimaschutzpolitik: Stadtplanung, Mobilität, kommunale Bauten und andere.

Schwerpunkte der gemeinsamen Arbeit

Die Roadmap bietet den roten Faden für die Aktivitäten der Kommunalverbände. Elemente dieser „Roadmap“ sind auf der globalen Ebene:

- Begleitung der vier bis fünf COP-Zwischenverhandlungen: Das neue ICLEI-Programmbüro für kommunalen Klimaschutz in Bonn hat hier einen seiner Schwerpunkte, auch in der Rolle als UNFCCC-Verbindungsbüro zu Kommunen.
- Inhaltliche Positionen vertiefen, ergänzen und abstimmen: Dafür haben die Kommunalverbände und Netzwerke eine Arbeitsteilung beschlossen.
- Weiterentwicklung der „COP Decision on

Cities and Climate Change“ und Regelungen suchen, die diese förmlich in die Verhandlungen einbringen und unterstützen.

- COP 15: Eine starke Vertretung der Kommunen für Dezember 2009 in Kopenhagen vorbereiten.
- Alle kommunalen Akteure kontinuierlich informiert halten. Interesse kann angemeldet werden über www.iclei.org/climate-roadmap.
- Alle geplanten Konferenzen und Treffen von Kommunen nutzen, um diese über die Klimaverhandlungen und die kommunalen Ein- und Mitwirkungen zu informieren.
- Die Öffentlichkeit über Medien über die Chancen einer Einbeziehung der Kommunen in das Klimaabkommen informieren: Ein 23-minütiges Video in Englisch ist verfügbar, um die wesentlichen Teile der kommunalen Roadmap zu erläutern. Es kann über das Internet heruntergeladen oder als DVD bei ICLEI angefordert werden.

Regionale und nationale Aktivitäten

Alle kommunalen Akteure können ihren Beitrag leisten, etwa durch:

- Veranstaltungen der Kommunalverbände mit aktuellen Berichten zu den Klimaverhandlungen und den kommunalen Positionen,
- Kommunalverbände auf allen Ebenen motivieren, entsprechende Beschlüsse zu fassen,
- Gespräche und Lobbying mit Landes- und Bundespolitikern, Abgeordneten und Regierungsvertretern,
- Vor Ort mobilisieren, eigene Handlungsbereitschaft demonstrieren,
- Bürger und Interessensgruppen, Unternehmen und Medien informieren,
- Partnerstädte informieren und zum Mitmachen anregen,
- Selbstverpflichtungen zur Reduzierung von GHG eingehen wie etwa im „Covenant of Mayors“.

Und schließlich: Viele hochrangige Kommunalvertreterinnen und -vertreter sollten während den Klimaverhandlungen im Dezember in Kopenhagen anwesend sein und damit deutlich machen, wie sehr sie von ihren Regierungen zielgerichtetes und deutliches Handeln erwarten. So wie die Bürgerinnen und Bürger ihre Kommunalpolitiker „loschicken“, so sollten diese ihre Minister und Regierungschef in Kopenhagen kritisch begleiten – unter dem Motto „Do not come home without a decision“.



Die internationalen Kommunalverbände werben für ihre Positionen

Infos

Städtenetzwerk für Nachhaltigkeit ICLEI:
<http://www.iclei.org>

„Local Government Climate Roadmap“:
<http://www.iclei.org/climate-roadmap>

Paket für Klimaschutz der Europäischen Union:

Wichtige Weichen für die Zukunft gestellt

Die Europäische Kommission hat im Januar 2008 ein Energiepaket vorgelegt, wonach die Europäische Union bis 2020 den Ausstoß von Treibhausgasen im Vergleich zu 1990 um 20 Prozent verringern und den Anteil erneuerbarer Energien auf 20 Prozent erhöhen will. Das Paket umfasst unter anderem Richtlinien über die Förderung erneuerbarer Energien sowie über die Fortschreibung der Regeln für den europäischen Emissionsrechtehandel. Nach einer erstaunlich kurzen Beratungsdauer hat der Europäische Rat am 12. Dezember 2008 die entscheidenden Kompromisse gefunden und auch das Europäische Parlament hat dem Paket bereits zugestimmt.

Ein Beitrag von
Ulrich Haarmann

Während des gesamten Jahres 2008 waren die öffentlichen Diskussionen in der Europäischen Union von den Themen Klimawandel und nachhaltige Energieversorgung dominiert. Die Europäische Kommission hatte das Jahr mit einem Paukenschlag begonnen, als sie am 23. Januar 2008 ihr sogenanntes „Grünes Energiepaket“ vorlegte und damit die Themen vorgab, um die sich die Debatten der folgenden Monate entspinnen sollten. Mit diesem Maßnahmenpaket sollten die Beschlüsse des Europäischen Rates vom 8. und 9. März 2007 rechtlich umgesetzt werden. Seinerzeit hatte sich der Europäische Rat – nicht zum ersten Mal – auf das strategische Ziel verpflichtet, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf höchstens zwei Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen.

Zu diesem Zweck sollen die Treibhausgasemissionen (THG) unilateral bis zum Jahr 2020 um 20 Prozent gegenüber 1990 reduziert werden. Ein Einsparziel von 30 Prozent ist vorgesehen für den Fall, dass sich weitere Länder zu vergleichbaren Emissionsreduzierungen verpflichten. Ferner soll der Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch bis 2020 auf 20 Prozent angehoben werden, Biokraftstoffe sollen einen Mindestanteil von zehn Prozent am verkehrsbeding-



ten Benzin- und Dieselverbrauch ausmachen. Schließlich soll im selben Zeitraum 20 Prozent des Energieverbrauches gegenüber einem Referenzszenario eingespart werden.

Das „Grüne Energiepaket“, mit dem diese Selbstverpflichtung umgesetzt werden sollte, umfasste insgesamt vier Vorschläge: eine Richtlinie zur Förderung erneuerbarer Energien, ein Vorschlag zur Weiterentwicklung des europäischen Emissionsrechtehandels nach 2013, eine Richtlinie zur Förderung der Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid sowie eine Entscheidung zur Verteilung der Lasten bezüglich der Einsparung von Treibhausgasemissionen zwischen den Mitgliedstaaten. Im Laufe der Verhandlungen

Mit Hilfe erneuerbarer Energien wie der Solarenergie will die Europäische Union den Ausstoß von Treibhausgasen senken

Zum Autor:

Ulrich Haarmann ist Referent im Europabüro des Deutschen Städtetages.

wurde noch ein weiterer Vorschlag der Kommission in die Beratungen integriert, nämlich der Verordnungsvorschlag zur Festsetzung von Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen (COM 2007/ 856).

Richtlinie zur Förderung erneuerbarer Energien

Die größte Bedeutung für die kommunale Ebene dürfte die Richtlinie zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen erlangen (Vorschlag der Kommission: [COM 2008/ 19](#)). Sie verpflichtet die Mitgliedstaaten auf einen bestimmten Anteil von Energie aus erneuerbaren Energiequellen am Bruttoendenergieverbrauch bis 2020. Deutschland muss demnach den Anteil erneuerbarer Energien von 5,8 Prozent im Jahr 2005 auf 18,5 Prozent bis 2020 erhöhen. Neben diesem Globalziel enthält die Richtlinie noch ein weiteres Teilziel, welches ebenfalls bis 2020 zu erreichen ist, nämlich einen Anteil von zehn Prozent von Energie aus erneuerbaren Quellen im Verkehrssektor.

An diesem Teilziel hatte sich viel Kritik entzündet, da von unterschiedlicher Seite ernsthaft in Frage gestellt wurde, dass die Verwendung von Biokraftstoffen über deren Lebenszyklus hinweg einen positiven Beitrag zum Klimawandel leisten könne. Das Europäische Parlament hatte gefordert, das Gewicht von Biokraftstoffen der ersten Generation wie etwa Kraftstoffe aus Mais, Raps oder Zuckerrohr zu verringern, indem eine weitere Unterquote eingezogen wurde: 40 Prozent des Zehn-Prozent-Ziels sollte mit Biokraftstoffen erreicht werden, die bezüglich des Flächenverbrauchs nicht mit der Nahrungsmittelproduktion konkurrieren.

Dem Rat ging dieser Vorschlag jedoch zu weit. Stattdessen hat man sich dort darauf verständigt, die durch Elektrofahrzeuge verbrauchte Elektrizität, soweit sie aus erneuerbaren Quellen stammt, stärker zu gewichten. Die Richtlinie sieht ferner eine Reihe von Kriterien vor, die bei der Produktion von Biokraftstoffen eingehalten werden müssen, damit deren Verwendung tatsächlich als Energie aus erneuerbaren Energiequellen anerkannt wird. Außerdem wurden die umweltpolitischen Ambitionen noch an einer anderen Stelle zurückgenommen: Auf Druck einiger Mitgliedstaaten wurde der Luftverkehr von dem Zehn-Prozent-Ziel ausgenommen, indem in die Berechnung des Anteils von Energie aus erneuerbaren Energiequellen am Gesamtenergieverbrauch im Nenner nur Otto-kraftstoff, Dieselmotorkraftstoff, im Landverkehr

verwendeter Biokraftstoff und Strom, nicht jedoch Kerosin berücksichtigt wird. Da die Möglichkeiten des Einsatzes erneuerbarer Energien im Luftverkehr sehr begrenzt sind, ist das Zehn-Prozent-Ziel dadurch sehr viel einfacher zu erreichen.

Auch hinsichtlich der Verbindlichkeit der Richtlinie konnte sich das Europäische Parlament nicht durchsetzen. Dort hatte man zusätzlich zu dem Endziel, das im Jahr 2020 zu erreichen wäre, auch verbindliche, im Zwei-Jahres-Rhythmus zu erreichende Teilziele gefordert. Außerdem sollte die Europäische Kommission ermächtigt werden, eigenständig Sanktionen gegen Mitgliedstaaten zu verhängen, wenn diese ihre Zielvorgaben nicht erreichten. Mit beiden Forderungen konnte sich der Rat jedoch nicht anfreunden, sodass der Kommission bei Nicht-Einhaltung der Vorgaben nur der Weg über ein Vertragsverletzungsverfahren bleibt.



Im Verkehrssektor sollen zukünftig zunehmend Biokraftstoffe eingesetzt werden

Weiterhin enthält die Richtlinie Vorschriften über die Berechnungsweise des Anteils erneuerbarer Energien, die Verpflichtung für die Mitgliedstaaten, Aktionspläne zum Ausbau erneuerbarer Energien vorzulegen und bei deren Ausarbeitung mit den Kommunen zusammen zu arbeiten sowie Regeln für den Handel mit Herkunftsnachweisen für Strom, Wärme und Kälte, die aus erneuerbaren Energiequellen erzeugt werden. Mit diesem Handelssystem wollte die Kommission ursprünglich sicherstellen, dass Investitionen in erster Linie dort getätigt werden, wo die klimatischen und geologischen Bedingungen einen angemessenen Nutzungsgrad erneuerbarer Energien zulassen. Dazu sollte dieses Handelssystem verbindlich vorgeschrieben werden und die Unterbindung des Handels nur im Falle ernsthafter Störungen der Energieversorgung eines Mitgliedstaates möglich sein. Eine Reihe von Mitgliedstaaten, allen voran Deutschland, sah darin eine Unterminierung ihrer Fördersysteme zugunsten

erneuerbarer Energien und lehnte ein solches System daher ab. Da auch das Parlament an dieser Stelle sehr skeptisch war, blieb in der verabschiedeten Richtlinie vom Kommissionsvorschlag wenig übrig. Stattdessen wurden die Möglichkeiten für die Mitgliedstaaten verbessert, gemeinsame Projekte mit anderen Mitgliedstaaten zu unternehmen.

Weitere kommunalrelevante Vorschriften betreffen die Straffung von Genehmigungsverfahren, die Berücksichtigung von erneuerbaren Energien in der Bauleitplanung sowie beim Bau und der Renovierung von Gebäuden und die Verpflichtung, die Verwendung energiesparender Systeme zur Wärme- und Kälteerzeugung im nationalen Baurecht vorzusehen. Strom aus erneuerbaren Energiequellen muss vorrangiger Netzzugang gewährt werden, die Mitgliedstaaten können den Netzbetreibern die Kosten für den Anschluss neuer Anlagen aufbürden.

Unmittelbare Bedeutung für die Kommunen dürften die Vorschriften zu den nationalen Verwaltungsverfahren und zum Netzzugang gewinnen. Demnach müssen Genehmigungs- und Zulassungsverfahren verhältnismäßig und notwendig sein, nationale, regionale und lokale Zuständigkeiten koordiniert und Verwaltungsverfahren gestrafft und beschleunigt werden. Bei der Planung und Gestaltung von Wohn- und Industriegebieten soll die Versorgung mit Wärme, Kälte und Strom aus erneuerbaren Quellen vorgesehen werden. Im Gebäudesektor haben die Mitgliedstaaten die Berücksichtigung von erneuerbaren Energien in neuen und in renovierten Gebäuden vorzuschreiben, soweit dies angemessen erscheint. Die öffentliche Hand soll mit ihren Gebäuden als leuchtendes Beispiel vorangehen, was zum Beispiel dadurch umgesetzt werden kann, dass der Passivhausstandard für neue öffentliche Gebäude vorgeschrieben wird.

Das Europäische Parlament hatte zudem gefordert, dass die Genehmigung von Anlagen zur Herstellung erneuerbarer Energien einer eigenen Behörde überantwortet werden und eine Genehmigungsfiktion für den Fall gelten sollte, dass die Behörde nicht rechtzeitig entscheidet. Mit dieser weitgehenden Forderung konnte sich das Parlament aber nicht durchsetzen. Die Betreiber von Übertragungs- und Verteilungsnetzen müssen die Übertragung und Verteilung von Strom aus erneuerbaren Quellen gewährleisten. Strom aus erneuerbaren Quellen soll entweder vorrangig eingespeist werden oder dessen Einspeisung garantiert werden. Die Kosten für den Netzanschluss können den Netzbetreibern auferlegt werden.



Regeln für den europäischen Emissionsrechtehandel

EU-weit werden rund 12.000 Anlagen vom Emissionshandel erfasst, die etwa 46 Prozent der Kohlendioxid-Emissionen in der EU verursachen

Der Handel mit Emissionsrechten ist der Kern der EU-Strategie zur Reduktion der THG-Emissionen. Gleichzeitig hat sich der Vorschlag der Kommission zur Fortentwicklung des Handelssystems für die Zeit von 2013 bis 2020 ([COM 2008/ 16](#)) als umstrittenster Bestandteil des gesamten Pakets herausgestellt. Dieser Vorschlag sah vor, dass die Summe der insgesamt gehandelten Zertifikate bis 2020 um 21 Prozent im Vergleich zu 2005 sinken, dass der Anwendungsbereich ausgedehnt werden und die Zertifikate auf europäischer Ebene versteigert werden sollten. Während für die Stromproduktion bereits ab 2013 vollständig Zertifikate zu ersteigern wären, sollten für Anlagen in anderen Sektoren schrittweise Zertifikate erworben werden, bis auch hier im Jahr 2020 die volle Auktionierung greift.

Hauptstreitpunkt während der Verhandlungen war der Umgang mit der Gefahr, dass energieintensive Industrien aus Europa abwandern könnten (carbon leakage). Umstritten war insbesondere die Frage, wann und nach welchen Kriterien die Benennung der Branchen stattfinden soll, die ihre Zertifikate weiterhin ganz oder teilweise kostenlos zugeteilt bekommen sollen. Kommission und Parlament lehnten eine Benennung vor der Klimakonferenz in Kopenhagen im Dezember 2009 ab, da dies ein schlechtes Zeichen angesichts der laufenden Klimaverhandlungen aussenden und die Verhandlungspositionen der EU schwächen könne. Dagegen forderten der Rat und insbesondere die Bundesregierung eine möglichst frühzeitige Benennung, damit für

die betroffenen Industrien Planungssicherheit herrsche. Im Endeffekt soll die Benennung der Branchen nun vor dem 31. Dezember 2009 erfolgen. Außerdem wurde eine Reihe von Kriterien aufgenommen, die eine Branche erfüllen muss, um die Zertifikate kostenlos zugewiesen zu bekommen. Zu diesen Kriterien gehören unter anderem die zu erwartende Erhöhung der Produktionskosten sowie die Integration der Branche in den Weltmarkt.

Eine Gruppe von osteuropäischen Mitgliedstaaten, angeführt von Polen, wendete sich zudem gegen die Pflicht für die Energieversorger, ihre Zertifikate von 2013 voll zu ersteigern, da sie für Mitgliedstaaten, die in ihrer Energieversorgung überproportional auf Kohle angewiesen sind, unverhältnismäßige Kostenbelastungen für die Verbraucher befürchteten. Auf Initiative der französischen Ratspräsidentschaft wurde hier ein Kompromiss gefunden, demzufolge in Mitgliedstaaten, deren Stromnetz kaum in das europäische Netz integriert ist, die zu über 30 Prozent von einem Energieträger abhängig sind und zudem 2007 unterhalb von 50 Prozent des durchschnittlichen Bruttoinlandsprodukts pro Kopf lagen, die vollständige Auktionierung der Zertifikate nur schrittweise beginnen soll. Trotz dieser beiden Ausnahmen vom Grundsatz der Auktionierung aller Zertifikate geht die Kommission davon aus, dass der Anteil der Zertifikate, die zu ersteigern sind, von aktuell weniger als vier Prozent auf mehr als 50 Prozent steigen wird.

Schließlich war die Verwendung der durch die Versteigerung neu zu generierenden Einnahmen ein Hauptstreitpunkt zwischen den Institutionen. Das Europäische Parlament wollte die volle Zweckbindung der Einnahmen aus der Versteigerung der Zertifikate für Maßnahmen zum Klimaschutz festschreiben, während die Mitgliedstaaten sich gegen eine entsprechende Zweckbindung wehren. Der Kommissionsvorschlag sah zunächst lediglich die Zweckbindung von 20 Prozent für Klimaschutzmaßnahmen vor. Am Ende hat man sich darauf geeinigt, dass 50 Prozent der Einnahmen für Maßnahmen wie etwa die Entwicklung erneuerbarer Energieträger, die Vermeidung des Abholzens von Wäldern sowie Aufforstungsprogramme, die Förderung der Abscheidung und Speicherung von Kohlenstoff (CCS) oder die Förderung der Umstellung auf umweltfreundliche und öffentliche Verkehrsmittel verwendet werden sollen. Für die CCS-Technologie sollen zusätzlich bis 2015 Mittel in Höhe des Gegenwerts von 300 Millionen Zertifikaten zur Verfügung

gestellt werden, um zwölf Pilotanlagen zu fördern. Diese Zertifikate sollen einer Reserve in Höhe von fünf Prozent aller Zertifikate entnommen werden, die die Kommission für neue Marktteilnehmer bereithält.

Verteilung der Lasten zwischen den Mitgliedstaaten

In Ergänzung zur Fortentwicklung des Emissionsrechtshandels enthielt das Paket einen Entwurf für eine Entscheidung (COM 2008/ 17), wie die im März 2007 beschlossenen quantitativen Reduktionsziele auf die einzelnen Mitgliedstaaten verteilt werden sollen. Diese Entscheidung war als Ergänzung zum Emissionshandelssystem gedacht, seine Bestimmungen sollten daher nur für die Sektoren gelten, die nicht unter das Emissionshandelssystem fallen, vor allem der Straßenverkehr und private Haushalte. Für die gesamte EU wurde mit dieser Entscheidung die Senkung der THG-Emissionen um zehn Prozent im Vergleich zum Basisjahr 2005 angestrebt. Unterhalb dieses Durchschnittswertes gingen die einzelnen Vorgaben für die Mitgliedstaaten jedoch weit auseinander. Während die reichsten Mitgliedstaaten THG-Reduktionen von bis zu 20 Prozent erzielen sollten, war für ärmere Mitgliedstaaten die Ausweitung ihrer Emissionen um maximal 20 Prozent vorgesehen, um hier weitere ökonomische Entwicklung nicht unmöglich zu machen. Die Mitgliedstaaten sollten einem linearen Reduktionspfad folgen, der jährlich überprüft werden sollte. Deutschland hatte nach diesem System seine THG-Emissionen um 14 Prozent im Vergleich zu 2005 zu senken.

Während an dem Verteilungsschlüssel zur Lastenverteilung während des Gesetzgebungsverfahrens nicht gerüttelt wurde, bestand Dissens zwischen Parlament und Mitgliedstaaten über die Sanktionen, die Mitgliedstaaten zu fürchten haben, wenn sie ihre Vorgaben nicht einhalten. Der Kommissionsvorschlag sah keine Sanktionen vor, das Europäische Parlament bestand jedoch auf einem Sanktionsmechanismus. Außerdem wollte das Parlament zusätzlich langfristige Reduktionsziele in der Entscheidung festgelegt haben. In beiden Punkten konnte sich das Parlament nicht durchsetzen. Mitgliedstaaten, die ihren Reduktionspfad nicht einhalten, werden zwar durch die Kommission besonders beobachtet, zwingende Sanktionen sieht der Entscheidungstext aber ebenso wenig vor wie über das Jahr 2020 hinausreichende Reduktionsziele.

Kohlendioxid-Abscheidung und -Speicherung

Zur Erfüllung der langfristigen Klimaschutzziele hält die Kommission die Möglichkeit der Kohlendioxid-Abscheidung und -Speicherung (CCS) für eine unverzichtbare Technologie. Kohlendioxid, das abgeschieden und gespeichert wird, gilt im Rahmen des EU-Emissionshandelssystems als nicht emittiert. Mit diesem Richtlinienvorschlag (☞ **COM 2008/ 18**) wollte die Kommission Wege aufzeigen, wie diese Technologie zur Marktreife gebracht werden kann und wie entsprechende Hindernisse beseitigt werden können. Dazu enthielt diese zunächst unspektakulär erscheinende Richtlinie eine Reihe von Vorgaben, die bei der Erkundung und Genehmigung von Lagerstätten sowie beim Aufbau eines Transportnetzes für abgeschiedenen Kohlenstoff zu beachten waren. Darüber hinaus sollte das bestehende EU-Recht entsprechend angepasst werden. Da die Marktreife jedoch für absehbare Zeit nicht gegeben sein wird, hat die Kommission ausdrücklich darauf verzichtet, im Entwurf ein Datum für die verbindliche Verwendung dieser Technologie vorzuschreiben.

Das Parlament sorgte dann jedoch für einen Paukenschlag: Die Kommission hatte in ihrem Richtlinienentwurf auch eine Änderung der Richtlinie 2001/80/EG zur Begrenzung von Schadstoffemissionen von Großfeuerungsanlagen in die Luft vorgeschlagen, um sicherzustellen, dass die spätere Nachrüstung neuer Kraftwerke mit CCS technisch machbar ist. Der Energieausschuss des Parlaments wollte diesen Passus so umgewandelt haben, dass nunmehr für neue Kraftwerke mit einer Kapazität von mehr als 300 Megawatt ab 2015 eine verbindliche Emissionsobergrenze von 500 Gramm Kohlendioxid pro Kilowattstunde bestünde. Diese Emissionsobergrenze wäre nach Aussage der Parlamentarier selbst nur mit CCS-Technologie einzuhalten, was de facto das Aus für neue Kohlekraftwerke ohne CCS bedeutet hätte. Rat und Kommission lehnten diesen Vorstoß ab, sodass er sich auch nicht im endgültigen Richtlinienentwurf wiederfindet.

Von kommunaler Relevanz dürfte jedoch eine Vorschrift zur Änderung der Großfeuerungsanlagenrichtlinie 2001/80/EG sein. Dort wurde in die Vorschriften zur Genehmigung einer entsprechenden Anlage als Voraussetzung mit aufgenommen, dass die technische Möglichkeit der Nachrüstung mit CCS gegeben sein muss und auf dem Betriebsgelände genug Platz vorgehalten

werden muss, um Anlagen zur Abscheidung und Kompression von Kohlendioxid errichten zu können.

Reduktion der Emissionen durch Pkw

Einen weiteren Schwerpunkt in der EU-Strategie, die Treibhausgasemissionen zu reduzieren, stellen die Emissionen durch Pkw dar. Die europäische Automobilindustrie hatte sich 1998 freiwillig dazu verpflichtet, den durchschnittlichen Kohlendioxid-Ausstoß der Neuwagenflotte bis 2008 auf 140 Gramm Kohlendioxid pro Kilometer zu begrenzen. Tatsächlich lag der durchschnittliche Kohlendioxid-Ausstoß nach Angaben des Sachver-

Infos

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Internetseite der Europäischen Kommission zum Klimaschutz:

☞ http://ec.europa.eu/climateaction/index_de.htm

Richtlinienvorschlag zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (COM 2008/ 19):

☞ <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0019:FIN:DE:PDF>

Vorschlag zur Weiterentwicklung des europäischen Emissionsrechtshandels nach 2013 (COM 2008/ 16):

☞ <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0016:FIN:DE:PDF>

Entscheidungsvorschlag zur Verteilung der Lasten bezüglich der Einsparung von Treibhausgasemissionen (COM 2008/ 17):

☞ <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0017:FIN:DE:PDF>

Richtlinienvorschlag zur Förderung der Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid (COM 2008/ 18):

☞ <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0018:FIN:DE:PDF>

Verordnungsvorschlag zur Festsetzung von Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen (COM 2007/ 856):

☞ <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2007:0856:FIN:DE:PDF>

EUROPÄISCHER RAT

Elemente des Kompromisses zum Energie- und Klimaschutzpaket vom 12. Dezember 2008:

☞ http://www.ue2008.fr/webdav/site/PFUE/shared/import/1211_Conseil_europeen/European_council_12-12-2008_Energy_and_climate_change_compromise_EN.pdf

EUROPÄISCHES PARLAMENT

Verabschiedete Texte zum Klima- und Energiepaket vom 17. Dezember 2008:

☞ <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+20081217+TOC+DOC+XML+Vo//DE>

ständigenrates für Umweltfragen 2006 noch bei 160 Gramm Kohlendioxid pro Kilometer, in Deutschland sogar bei 173 Gramm Kohlendioxid pro Kilometer. Daher hat die Europäische Kommission am 19. Dezember 2007 einen Vorschlag für eine verbindliche Verordnung zur Festsetzung von Emissionsnormen für neue Pkw vorgelegt (COM 2007/ 856). Dieser Vorschlag sah einen bis 2012 zu erreichenden Kohlendioxid-Emissionsdurchschnitt für neue Personenkraftwagen von 130 Gramm Kohlendioxid pro Kilometer vor. Der Berechnung des Flottenverbrauchs sollte eine gewichtsbezogene Grenzwertkurve zugrunde liegen, sodass je nach Steigung der Kurve schwere Fahrzeuge einen geringeren Reduktionsbeitrag zu leisten hätten als leichtere Fahrzeuge. Überschreitet die Neuwagenflotte eines Herstellers den Grenzwert, würde eine Strafzahlung in Abhängigkeit von der Grenzwertüberschreitung pro Gramm und pro Neuwagen fällig. Diese Strafzahlung sollte 2012 bei 20 Euro liegen und bis 2015 auf 95 Euro ansteigen. Weitere Einsparungen von zehn Gramm Kohlendioxid pro Kilometer sollten durch flankierende Maßnahmen für effizientere Reifen, Bremsen und Klimaanlage erreicht werden.

Dieser Vorschlag ist bei seiner Vorlage vor allem aus Deutschland heftig kritisiert worden, da man befürchtete, dass er in erster Linie auf die deutsche Autoindustrie abzielte, die im Vergleich zu ihrer französischen und italienischen Konkurrenz größere, und damit mehr Kohlendioxid emittierende, Pkw produziert. Dagegen war der Vorschlag in diesen Ländern ausdrücklich begrüßt worden. Laut Zeitungsberichten hatte sich die Bundesregierung daher bereits im Vorfeld der Beratungen im Rat intensiv um einen Kompromiss mit Frankreich bemüht, der dann zur Entscheidungsgrundlage im Rat diente. Der schließlich von Rat und Parlament verabschiedete Kompromiss sieht vor, dass der Grenzwert von 130 Gramm Kohlendioxid pro Kilometer ab 2012 nur für einen Teil der Autoflotte und erst ab 2015 für die gesamte Autoflotte zu gelten hat. Außerdem werden Pkw mit besonders niedrigen Emissionen von weniger als 50 Gramm pro Kilometer während dieser Übergangszeit stärker gewichtet.

Das Parlament, das weitaus strengere Vorgaben gefordert hatte, konnte sich auch bei dieser Verordnung kaum durchsetzen. Es hat lediglich erreicht, dass noch ein zweiter Grenzwert von 95 Gramm Kohlendioxid pro Kilometer eingeführt wurde, der ab 2020 gelten soll. Hauptstreitpunkt zwischen Parla-

ment und Rat war die Frage der Verhängung von Geldstrafen für Hersteller, die diese Auflagen nicht erfüllten. Das Parlament wollte sicherstellen, dass diese Strafzahlungen pro Gramm Überschreitung und pro Pkw deutlich höher als die entsprechenden Investitionskosten für die Autoindustrie angesetzt werden, um den Hersteller nicht den Anreiz zu geben, sich von den Verpflichtungen frei zu kaufen.



Die europäische Automobilindustrie soll den durchschnittlichen Kohlendioxid-Ausstoß ihrer Neuwagen schrittweise begrenzen

Der vom Parlament geforderte Strafsatz von 95 Euro pro Gramm Überschreitung und Pkw wird jedoch erst 2019 greifen. Vorher wird ein gestufter Strafsatz von fünf bis 25 Euro angewandt werden.

Fazit und Ausblick

Gleichzeitig mit der Vorlage der inhaltlichen Vorschläge im Januar 2008 hatte die Kommission auch eine zeitliche Vorgabe gemacht: Spätestens bis zur „kleinen“ Klimakonferenz von Posen im Dezember 2008, die die „große“ Klimakonferenz von Kopenhagen im Dezember 2009 vorbereitete, sollten die Vorschläge verabschiedet sein. Davon erhoffte sich die Kommission, ein deutliches Zeichen für den Klimaschutz zu setzen und durch das gute Beispiel auch andere große Emittenten von Treibhausgasen dazu zu bewegen, ähnliche Anstrengungen zu unternehmen. Dieses Ziel ist mit den Beschlüssen des Europäischen Rates und des Europäischen Parlaments soeben erreicht worden. Nun steht noch die formelle Annahme durch den Rat an, die für eine der nächsten Sitzungen zu erwarten ist. Der selbst verordnete Zeitdruck hat immerhin bewirkt, dass sich Rat, Parlament und Kommission in nur einer Lesung auf Eckpfeiler geeinigt haben, die die europäische Klimaschutzpolitik im nächsten Jahrzehnt prägen werden. Auf der anderen Seite ist es sicherlich auch dem Zeitdruck anzulasten, dass an der einen oder anderen Stelle umweltpolitische Ambitionen auf der Strecke geblieben sind. ■

Feierliche Eröffnung des Europäischen Konvents der Bürgermeister:

Deutliches Zeichen für den Klimaschutz

Mehr als 350 Kommunen aus ganz Europa sind am 10. Februar 2009 offiziell dem Europäischen Konvent der Bürgermeister beigetreten. Ziel des vor einem Jahr von der Europäischen Kommission initiierten „Covenant of Mayors“ ist es, die von der Europäischen Union angestrebten Klimaschutzziele noch zu übertreffen. Die EU will bis zum Jahr 2020 die Kohlendioxid-Emissionen und den Energieverbrauch um 20 Prozent verringern und den Anteil erneuerbarer Energien am Energiemix auf 20 Prozent steigern.

Ein Beitrag von
Barbara Baltsch

Als der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, im Plenarsaal des Europäischen Parlaments in Brüssel zum Foto bat, erhoben sich Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Vertreterinnen und Vertreter von mehr als 350 europäischen Kommunen. Darunter waren Stadtoberhäupter von Metropolen und Großstädten wie Budapest, Hamburg, Madrid und Paris ebenso wie Bürgermeister mittlerer und kleiner Gemeinden. Ein gemeinsames Ziel vereinte sie an diesem Tag: Mit ihrer Unterschrift unter die Beitrittserklärung zum Europäischen Konvent der Bürgermeister wollten sie ein deutliches Zeichen für den Klimaschutz setzen.



Klimaschutz nur mit Kommunen

Dass die Kommunen wichtige Akteure im Klimaschutz sind, machte der für Energie zuständige EU-Kommissar Andris Piebalgs deutlich: „Die in Europa erzeugte Energie wird überwiegend in städtischen Gebieten verbraucht. Der Kampf gegen den Klimawandel muss daher in den Städten ausgefochten und gewonnen werden.“ Deshalb sei die Verpflichtung, die die Bürgermeister durch die Unterzeichnung des Bürgermeisterkonvents eingegangen seien, gerade angesichts der schwierigen aktuellen Situation ein mit großen Hoffnungen verbundenes, deutliches Signal.

Dass die Klimaschutzziele der Europäischen Union nur mit den Kommunen erreicht werden können, unterstrich auch der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso. „Wir können ihnen nicht hoch genug anrechnen, wozu sie sich im Konvent der Bürgermeister verpflichten.“ Dabei dürfe die aktuelle Finanzkrise nicht zum Anlass genommen werden, auf wichtige Weichenstellungen beim Umweltschutz zu verzichten, betonte der Kommissionspräsident.

Als eine ausgezeichnete Initiative bezeichnete auch der Präsident des Ausschusses der Regionen, Luc Van den Brande, den Bürgermeisterkonvent. Die ehrgeizigen Ziele, die Europa sich in Bezug auf die Verringerung der Treibhausgas-Emissionen gesetzt

Vertreterinnen und Vertreter aus mehr als 350 Kommunen versammelten sich zur Unterzeichnung der Beitrittserklärung zum Konvent der Bürgermeister im Plenarsaal des Europäischen Parlaments

Zur Autorin:

Barbara Baltsch ist Redakteurin der Zeitschrift „Europa kommunal“.

habe, könnten nur erreicht werden, wenn die lokalen und regionalen Behörden Europas sich partnerschaftlich engagierten und an einem Strang zögen. Deshalb sei der Konvent nicht nur Großstädten vorbehalten. Auch kleinere Städte und Gemeinden sowie ganze Regionen seien aufgefordert, dem Konvent beizutreten und die damit verbundenen ökologischen Verpflichtungen einzugehen.

Auch die Vertreterinnen und Vertreter der Unterzeichnerkommunen meldeten sich zu Wort, darunter Hamburgs Oberbürgermeister Ole von Beust. Als Küsten- und Hafenstadt sei die Hansestadt in besonderer Weise vom Klimawandel betroffen, erklärte von Beust. Zugleich stehe die Stadt in großer Verantwortung, alles zu tun, damit der Klimawandel gebremst werden könne. Handlungsfelder vor Ort gebe es genug. „Wir werden die Infrastrukturnetze modernisieren und die Kohlendioxid-Emissionen des Verkehrs reduzieren. Wir werden stärker auf erneuerbare Energien setzen und intelligente Wärmeversorgungssysteme aufbauen“, kündigte von Beust an.

Deutsche Kommunen im Konvent

Neben Hamburgs Oberbürgermeister waren auch weitere Stadtoberhäupter zur feierlichen Unterzeichnung nach Brüssel gekommen. Dazu gehörte auch die Bürgermeisterin der Stadt Rheine, Angelika Kordfelder. Sie sieht in dem eingegangenen Engagement eine ideale Ergänzung der langfristigen Strategie der Stadt, bis zum Jahre 2050 eine klima-neutrale Kommune zu werden. „Als Etappenziel und Meilenstein ist das mittelfristige Ziel des Konvents hervorragend geeignet, die klimapolitischen Anstrengungen der Stadt bis zum Jahr 2020 danach auszurichten, zu dokumentieren und abzugleichen“, so Kordfelder.

„Wir sehen diesen Beitritt – wie auch unsere Mitgliedschaft im Klimabündnis – als wichtigen Schritt für die Umsetzung des Klimaschutzes vor Ort an“, betonte auch der Oberbürgermeister von Neumarkt in der Pfalz, Thomas Thumann.

Aus Deutschland sind dem Konvent bisher insgesamt 23 Kommunen beigetreten: Aachen, Altötting, Bielefeld, Bremen, Dortmund, Frankfurt am Main, Freiburg, Greifswald, Hamburg, Hanau, Hannover, Heidelberg, Kaiserslautern, Köln, München, Münster, Neumarkt in der Oberpfalz, Nürnberg, Pforzheim, Rheinberg, Rheine, Stuttgart und Wölfersheim. Darüber hinaus haben weitere Kommunen ihren Beitritt angekündigt



oder ihr Interesse signalisiert. So hat etwa der Rat der Stadt Bonn erst vor wenigen Tagen einstimmig den Beitritt zum Konvent beschlossen. Die Bonner Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann, die zugleich Vorsitzende des Weltbürgermeisterrates zum Klimawandel ist, hatte bereits an der Veranstaltung zur Vorstellung der Initiative im Januar 2008 in Brüssel teilgenommen und den Willen zum Beitritt der Bundesstadt bekräftigt.

Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Vertreterinnen und Vertreter der beteiligten Städte und Gemeinden unterzeichneten während des Festaktes die Charta des Bürgermeisterrates

Ziele des Konvents

Beim Kampf gegen den Klimawandel hat sich der Konvent der Bürgermeister, dem mittlerweile bereits nahezu 500 europäische Kommunen beigetreten sind, ehrgeizige Ziele gesteckt. So haben sich alle Unterzeichnerkommunen verpflichtet, den Ausstoß von Treibhausgasen und den Energieverbrauch in ihren Städten und Gemeinden bis zum Jahr 2020 um jeweils mindestens 20 Prozent zu reduzieren sowie den Anteil von erneuerbaren Energien am Energiemix um 20 Prozent zu erhöhen. Grundlage hierfür sollen eine Kohlendioxid-Bilanzierung und ein verbindlich aufzustellender Aktionsplan sein, der durch einen mindestens alle zwei Jahre zu erstellenden Umsetzungsbericht überwacht werden soll.

In der Erklärung verpflichten sich die Kommunen außerdem, die Bevölkerung aktiv an der Erstellung der Aktionspläne zu beteiligen. Die Durchführung von Energietagen in Kooperation mit der Europäischen Kommission und anderen Beteiligten vor Ort gehört ebenfalls zum „Pflichtprogramm“ der Unterzeichnerkommunen. Alle dem Netzwerk angehörenden Kommunen werden sich zudem regelmäßig zu europäischen Netzwerktreffen versammeln, um ihre Erfahrungen auszutauschen.

Bei der Umsetzung der Konventsziele soll es nicht nur bei Lippenbekenntnissen und



Rheine Bürgermeisterin Angelika Kordfelder war mit dem Leiter der Klimaschutzstelle der Technischen Betriebe, Michael Wolters, nach Brüssel gekommen

Absichtserklärungen bleiben. Denn wer den Verpflichtungen nicht nachkommt, also zum Beispiel keinen Aktionsplan vorlegt oder auch keine Berichte zum Stand der Umsetzung der Ziele erstellt, soll aus dem Konvent ausgeschlossen werden.

Mit dem Konvent der Bürgermeister ist die bisher ehrgeizigste Initiative zur Einbeziehung der Bürger in den Kampf gegen den Klimawandel gestartet worden. Ins Leben gerufen wurde sie Anfang 2008 durch die Europäische Kommission nach eingehenden Konsultationen mit europäischen Kommunen und deren Verbänden. Da die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften bei der Bekämpfung des Klimawandels eine wichtige Rolle spielen, ist der Ausschuss der Regionen ebenfalls an der Initiative beteiligt.

Den beteiligten Kommunen wird von der Europäischen Kommission der Zugang zu Fördermitteln für den Klimaschutz erleichtert und die Unterstützung bei Entwicklung und Einsatz innovativer Techniken und Vorgehens-



Kommissionspräsident José Manuel Barroso unterstrich die Bedeutung der Kommunen beim Kampf gegen den Klimawandel

weisen in Aussicht gestellt. Zur Koordinierung und Unterstützung der Aktivitäten hat die Europäische Kommission eigens ein Konventssekretariat eingerichtet (siehe Kasten). Gleichzeitig mit dem Festakt wurde zudem die [Internetseite](#) des Bürgermeisterkonvents freigeschaltet, die als Netzportal und Anlaufstelle für die teilnehmenden Städte und Gemeinden sowie deren Bürgerinnen und Bürger fungiert.

Infos

Europäischer Konvent der Bürgermeister:

☞ <http://www.eumayors.eu>

Das „Covenant of Mayors Office“ in Brüssel

Geschäftsstelle unterstützt Kommunen

Ein Beitrag von Ulrike Janssen, Klima-Bündnis e.V.

Als erste Anlaufstelle für alle am Konvent der Bürgermeister interessierten Kommunen, Organisationen und Medien wurde im Januar 2009 das „Covenant of Mayors Office“ eingerichtet. Die Geschäftsstelle wird von einem Konsortium bestehend aus den Städtenetzwerken Energie-Cités, Klima-Bündnis und Eurocities sowie dem Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE), Fedarene und der PR-Agentur Pracsis geführt. Das Klima-Bündnis ist für das sogenannte Helpdesk zuständig, das heißt, es informiert alle an einem Beitritt interessierten Kommunen und berät die Unterzeichnerstädte und -gemeinden bei der Umsetzung ihrer Selbstverpflichtung. Jede Unterzeichnerkommune erhält einen persönlichen Ansprechpartner, der sie – in der jeweiligen Sprache – bei diesem Prozess begleitet und Hilfestellung bei allen Fragen formaler oder inhaltlicher Art leistet.

Zu den Selbstverpflichtungen für die Unterzeichner gehören – neben der eigentlichen Zielformulierung – die Erstellung einer Bestandsaufnahme bezüglich Energieverbrauch und Kohlendioxid-Emissionen der Kommune für das Basisjahr, die Erstellung eines Aktionsplans spätestens ein Jahr nach Unterzeichnung und danach – alle zwei Jahre – die regelmäßige Berichterstattung über die Umsetzung und Wirkung des Aktionsplans.

Das Joint Research Centre (JRC), das Forschungszentrum der Europäischen Kommission, ist für der Erstellung von Leitlinien für diese drei formalen Aktivitäten im Rahmen des Konvents der Bürgermeister sowie für die unabhängige Evaluierung der eingereichten Aktionspläne und Berichte zuständig. Die Geschäftsstelle



EU-Energiekommissar Andris Piebalgs (L.) bei der Einweihung des Covenant of Mayors Office

führt, zum Teil gemeinsam mit dem JRC, eine Vielzahl von Konferenzen und Workshops in ganz Europa durch, um die Kommunen bei der Entwicklung und Umsetzung der Aktionspläne zu unterstützen.

Alle Informationen sind auf einer eigens eingerichteten Internetseite (www.eumayors.eu) zu finden, vorerst in englisch, in Kürze aber in allen 23 EU-Sprachen. Später werden dort auch die Aktivitäten und Ergebnisse der Unterzeichnerstädte in sogenannten City Profiles zu finden sein. Im für die Unterzeichner reservierten Bereich der Homepage können sie sich untereinander austauschen und von Mentorstädten unterstützen lassen.

Kontakt: Covenant of Mayors Office, Tel.: 0032-2-504 78 62, E-Mail: ☞ info@eumayors.eu, Internet: ☞ <http://www.eumayors.eu>

Anpassung an den Klimawandel in den Städten und Gemeinden:

2050 liegt uns näher als 2015!

Der Klimawandel trifft Regionen, Städte und Gemeinden. Zunehmend werden örtliche Wetterereignisse die Bevölkerung treffen und die wirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigen. Insofern wird ein Schlüssel der Anpassung an den Klimawandel in Städten und Gemeinden liegen. Der weltweite Städteverband ICLEI – Local Governments for Sustainability unterstützt seine Mitglieder bei diesem Unterfangen.

Ein Beitrag von
Holger Robrecht

Mitte August 2002 trat die Elbe nach anhaltenden Regenfällen über die Ufer und setzte weite Landstriche in Tschechien, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Niedersachsen unter Wasser. Das sogenannte Elbehochwasser hat sich als Jahrhunderthochwasser oder Jahrtausendflut in das kollektive Gedächtnis eingepreßt. Nach Angaben in Wikipedia beläuft sich der Schaden in Dresden allein an der Semperoper auf 27 Millionen Euro und an den Staatlichen Kunstsammlungen mit Gemäldegalerie auf 20 Millionen Euro. Insgesamt schätzt das Umweltbundesamt den volkswirtschaftlichen Schaden durch Hochwasser, Stürme, Hitze und Dürre in Deutschland in den beiden letzten Jahrzehnten auf etwa 16 Milliarden Euro. Mehr als 7.000 Todesfälle werden im gleichen Zeitraum dem Klimawandel zugeschrieben. Allein der Hitzesommer 2003 hat in Frankreich mehr als 14.000 Todesopfer gefordert.

Doppelstrategie erforderlich

Wissenschaftler der Technischen Universität Dresden gehen davon aus, dass der Klimawandel alle Bereiche der Gesellschaft betreffen wird, die Ausmaße aber noch großer Unsicherheit unterliegen. Klar ist, dass die durchschnittlichen Temperaturen ansteigen, der Klimawandel sich also verstärken wird. Dabei gilt das Elbehochwasser als eher ungewöhnliches Ereignis für die Region Dresden. Zu rechnen ist dort den Wissenschaftlern zufolge vor allem mit Hitzewellen und Dürren, auf die sich alle Bereiche und insbesondere Stadtpla-

nung, Land- und Forstwirtschaft einzustellen haben. Die Stadt Dresden geht davon aus, dass die eigentlichen Gefahren für die Bevölkerung von extremen aber lokal begrenzten Wetterereignissen ausgehen werden.

Und die werden eintreten. Selbst wenn morgen der Ausstoß von Treibhausgasen weltweit komplett stoppte, würde der Klimawandel sich fortsetzen. Es ist also eine Doppelstrategie notwendig, die sowohl klassischen Klimaschutz, also die Minderung der Treibhausgasemission, betreibt, als auch Risiken und Chancen des Klimawandels für die Stadt- und Regionalentwicklung in Anpassungsprogrammen aufgreift. Anspruchsvoller Klimaschutz kann die Auswirkungen abfedern, doch ist die Anpassung an die nicht mehr vermeidbaren Klimaänderungen notwendig. In Deutschland gelten die Nordseeküsten, der Oberrheingraben, weite Teile Ostdeutschlands und die Alpenregion als besonders verletzlich. Die vom Bundeskabinett am 17. Dezember 2008 beschlossene **deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel** möchte insgesamt die Fähigkeiten zur Klimaanpassung in Deutschland verstärken. Entscheidungsträger sollen darin unterstützt werden, Mängel, Anfälligkeiten und Chancen zu identifizieren, Anpassungsnotwendigkeiten zu erkennen und Maßnahmen zu planen und umzusetzen.

Wesentliche Probleme jeder Anpassungsstrategie sind Lücken in der Datenlage, die sich paradoxerweise vergrößern je kleiner die betrachtete Region und je kurzfristiger die Betrachtungszeiträume sind, sowie die sich rapide wandelnden Rahmenbedingungen, die

Zum Autor:

Holger Robrecht ist Bereichsleiter für Nachhaltigkeitsmanagement im Europasekretariat von ICLEI – Local Governments for Sustainability.

immer neue Informations- und Entscheidungsgrundlagen schaffen. Was heute noch unsicher erscheint, kann morgen wichtige Planungsgrundlage sein. Heute noch gesichertes Wissen kann sich morgen als Irrtum herausstellen. Überdies verändern alle Maßnahmen zum Klimawandel auch ihrerseits die Rahmenbedingungen. Anfang März 2009 stellten mehr als 2.500 Wissenschaftler aus aller Welt auf dem **Internationalen Wissenschaftskongress zum Klimawandel** in Kopenhagen fest, dass sich heute bereits viele Schlüsselparameter des Weltklimas jenseits der Muster natürlicher Variabilität bewegen, etwa die globale Oberflächentemperatur, der Anstieg der Meeresspiegel, das Abschmelzen der Gletscher, die Übersäuerung der Meere und extreme Wetterereignisse.

Bereits Friedrich Dürrenmatt befand, Planung sei die Ersetzung des Zufalls durch den Irrtum. Der Klimawandel aber führt Stadtentwicklung als einen Prozess langfristiger und folgerichtiger Planung fast ad absurdum. Das Risiko „irrtümlicher“ Planungsentscheidung ist angesichts sich rasant verändernder Umweltbedingungen besonders hoch. Klimaanpassung erfordert daher einen zyklischen Steuerungsansatz, der sich auf sachgerechte Planung stützt, gleichzeitig aber das Prinzip „Korrekturfreundlichkeit“ einführt.

Ansatz des Städteverbandes ICLEI

Einen solchen Ansatz verfolgt **ICLEI – Local Governments for Sustainability** mit seinen Mitgliedsstädten. Er basiert auf der regelmäßigen Wiederholung von Bestandsaufnahme, Prioritäten- und Zielsetzung, Beschlussfassung, Umsetzung und Beobachtung sowie Berichterstattung und Beurteilung, und erlaubt so eine fortlaufende Anpassung von Zielen und Maßnahmen. Der Ansatz wurde von der Europäischen Kommission in ihren **Fachlichen Leitlinien zur Umsetzung der Thematischen Strategie für die Städtische Umwelt** aufgegriffen. Für eine verbreitete Nutzung dieses Ansatzes in europäischen Städten und Gemeinden fehlen allerdings ausreichende Fortbildungs- und Trainingsmöglichkeiten.

Inzwischen fördert ICLEI mit Fortbildungs- und Dienstleistungsangeboten zu zyklischem Management, Moderation von Beteiligungsverfahren, Infrastrukturentwicklung, nachhaltiger Beschaffung und Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen wie etwa Wasser oder Biodiversität die Anpassungsfähigkeit seiner Mitgliedsstädte, -gemeinden und -regionen. Diese Angebote folgen der Erkenntnis, dass die Klimaanpassung zentral für jede nachhal-

tige Stadt- und Regionalentwicklung ist. Eine ausschließlich auf die negativen Folgen des Klimawandels bezogene Anpassungsstrategie lässt aber die Chancen für eine nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung außer Acht – und machte es so vielen Bürgerinnen und Bürgern schwer, die Maßnahmen mitzutragen.

Ein Programm zur Klimaanpassung muss sämtliche Bereiche der Stadt- und Regionalentwicklung beleuchten. So beschreibt die **Europäische Kommission** die Folgen des Klimawandels für Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Energie, öffentliche Infrastruktur inklusive Gebäude- und Siedlungsstrukturen, Verkehr, Energie- und Wasserversorgung, Tourismus, Gesundheit von Mensch, Tier und Pflanze, Wasserhaushalt und Biodiversität. Die europäischen **Aalborg-Verpflichtungen**, die bereits von 600 Städten und Gemeinden unterzeichnet wurden, bieten sich als Orientierungsrahmen für Städte, Gemeinden und Regionen an. Sie legen die Verknüpfung von Maßnahmen zur Klimaanpassung mit zehn Schlüsselbereichen nachhaltiger Stadtentwicklung im Rahmen eines zyklischen Managementprozesses nahe.

Klimaanpassung in Växjö

Ein erfolgreiches Beispiel für die Bewältigung von Klimaereignissen mithilfe eines zyklischen Managements bietet die Stadt Växjö in Schweden. Växjö führt bereits seit Anfang der 1990-er Jahre unter dem Motto „fossil fuel free Växjö“ Maßnahmen gegen



Durch einen Sturm wurden in Växjö acht Jahre Aufforstungsarbeiten in einer Nacht vernichtet

den Klimawandel durch. Aber vor allem das 2001 eingeführte zyklische Managementsystem ökoBUDGET erlaubte der Stadt eine systematische und fachübergreifende Steuerung seiner Aktivitäten. Im Rahmen des jährlichen ökoBUDGET setzte der Stadtrat ambitionierte Klimaziele und den politischen Rahmen für Infrastrukturanpassungen. Jahr für Jahr wurden Maßnahmen umgesetzt und kommunale Infrastruktureinrichtungen

weiterentwickelt. Unter anderem wurden die kommunale Energieversorgung auf Biomasse umgestellt und neue Siedlungen nach modernsten Energiestandards unter anderem für Heizung und Kühlung errichtet.

In den Jahren 2005 und 2007 war Växjö verheerenden Stürmen ausgesetzt. In einer Nacht wurden im Jahr 2005 acht Jahre Aufforstungsarbeiten zerstört. Auf der Grundlage eines bewussten und angepassten Managements, einer sozial verantwortlichen regionalen Holzwirtschaft sowie bereits verfügbarer Einrichtungen und Strukturen konnten die Sturmfolgen weitgehend abgefedert werden. Bei sinkendem Verbrauch an natürlichen Ressourcen und einer Minderung der Treibhausgasemissionen um 30 Prozent konnte Växjö seine Wirtschaftskraft trotz Sturm im Laufe von 15 Jahren verdoppeln.

Klimaanpassung in Dresden

Auch die Stadt Dresden konzentriert sich nach dem Katastropheneinsatz und der Bewältigung der unmittelbaren Folgen des Hochwassers nun auf Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel. Sie nutzt dazu wissenschaftlichen Sachverstand im Rahmen des mehrjährigen Forschungsprojektes **REGKLAM – Regionales Klimaanpassungsprogramm**, dass durch das deutsche Bundesministerium für Bildung und Forschung unterstützt wird. Die Szenarien für den Klimawandel im Raum Dresden werden von der Öffentlichkeit intensiv begleitet. Als besonders betroffene Wirtschaftszweige gelten in Dresden Ver- und Entsorger, das Baugewerbe, die verarbeitende Industrie und insbesondere Lebensmittel und Halbleiter, der Tourismus, der Verkehr sowie das Gesundheits- und Sozialwesen.

Erst im Februar 2009 trafen sich anlässlich eines Regionalforums Vertreter der örtlichen Wirtschaft, aus Vereinen, Verbänden und weiteren interessierten Gruppen, um die Auswirkungen, Gefahren und Chancen des Klimawandels für die Region Dresden zu erörtern und ihre Bedürfnisse, Interessen und Forderungen in das künftige Anpassungsprogramm einzubringen. Erörtert wurden Fragen von großer Bedeutung für die Stadtentwicklung, zumal weitere Randbedingungen wie der demografische Wandel nicht unberücksichtigt bleiben dürfen: Sollen die Gebäude- und Siedlungsstrukturen verdichtet werden und was heißt dies für die Durchlüftung der Stadt? Sind die Anlagen der Stadtentwässerung angemessen dimensioniert, wenn bei geringeren Bevölkerungszahlen und einer Hitzeperiode im Sommer die Kanalisation mit sauberem und knap-



Das Elbe-Hochwasser im August 2002 setzte in Dresden zahlreiche Kulturdenkmäler unter Wasser

per werdendem Trinkwasser gespült werden muss, um den Ablauf sicherzustellen? Sollte mittelfristig der wirtschaftliche Schwerpunkt nicht eher in Richtung Tourismus und Weinbau entwickelt werden, anstatt wie bisher im Bereich Mikroelektronik, die weltweit in die Krise geraten ist? Ist die durchgängige Asphaltierung von Straßen angesichts von zunehmenden extremen Wetterereignissen – sowohl mit Blick auf Regenwasserabfluss als auch die Stadterwärmung – sinnvoll? Es geht darum, wie die städtische Infrastruktur aussehen muss, die ja, einmal gebaut, für Generationen erhalten bleibt. Es geht um die eigentlichen Veränderungs- und Anpassungspotenziale in der Stadt, um das zu entwickeln, was international als „local resilience“ oder übersetzt als „kommunale Widerstandsfähigkeit“ bezeichnet wird.

„Es wird sicher keine neuen Wundermittel gegen den Klimawandel geben. Wir werden viele vorhandene Dinge, Maßnahmen und Instrumente zusammenbringen müssen, um uns, unsere Stadt und unsere Region erfolgreich an den Klimawandel anzupassen. Ein Schlüssel liegt in der sachgerechten und offenen Kommunikation aller Beteiligten“, kommentiert Wolfgang Socher vom Dresdener Umweltamt den Stand der Dinge und sieht „ein Haupthindernis für erfolgreiche Anpassungsstrategien und -maßnahmen in der Besitzstandswahrung. Wir können uns leicht auf langfristige Ziele verständigen, aber nicht auf die Umsetzung von Maßnahmen, soweit sie uns, unsere Generation und unseren Besitz selbst betreffen. Insofern ist 2015 viel weiter entfernt als 2050.“

Im Kampf gegen den Klimawandel, so das Fazit und eine von sechs Schlüssel-Botschaften der Wissenschaftler der Kopenhagener Klimakonferenz vom März 2009, „gibt es keine Entschuldigung dafür, nicht zu handeln.“ Im Dezember 2009 werden an selber Stelle die Staats- und Regierungschefs während der Weltklimakonferenz über ein Kyoto-Nachfolgeprotokoll entscheiden. ■

Infos

ICLEI – Local Governments for Sustainability:

☞ <http://www.iclei.org>

Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel vom 17. Dezember 2008:

☞ <http://www.bmu.de/klimaschutz/downloads/doc/42783.php>

Internationaler Wissenschaftskongress zum Klimawandel in Kopenhagen:

☞ <http://climatecongress.ku.dk>

Fachliche Leitlinien der Europäischen Kommission zur Umsetzung der Thematischen Strategie für die Städtische Umwelt:

☞ http://ec.europa.eu/environment/urban/home_en.htm

Entwurf der Europäischen Kommission zum Weißbuch zur Klimaanpassung:

☞ <http://www.endseurope.com/docs/90316a.doc>

Aalborg-Verpflichtungen:

☞ <http://www.aalborgplus10.dk>

Forschungsprojekt REGKLAM – Regionales Klimaanpassungsprogramm:

☞ <http://www.regklam.de>

Verleihung des „European Green Capital Award“:

Stockholm und Hamburg erste Umwelthauptstädte

Die Freie und Hansestadt Hamburg ist zur „Grünen Hauptstadt Europas“ für das Jahr 2011 gekürt worden. Für 2010 wurde der Titel Stockholm zugesprochen, das die Auszeichnung damit als erste europäische Stadt überhaupt trägt. Hamburg und Stockholm setzten sich in der Endrunde gegen Amsterdam, Bristol, Freiburg im Breisgau, Kopenhagen, Münster und Oslo durch. Insgesamt hatten sich 35 europäische Städte um den Titel beworben, der künftig jährlich neu vergeben werden soll.

Ein Beitrag von
Barbara Baltsch

Die Europäische Kommission hat Hamburg und Stockholm mit dem  „European Green Capital Award“ ausgezeichnet. Die schwedische Hauptstadt kann sich 2010, die deutsche Hansestadt im Jahr darauf mit dem Titel „Grüne Hauptstadt Europas“ schmücken. Mit der neuen Auszeichnung werden die Bemühungen von Städten um die Lösung von Umweltproblemen anerkannt und die Entwicklung umweltfreundlicher Städte gefördert. Zudem sollen die Städte ermutigt werden, die Lebensqualität ihrer Bürgerinnen und Bürger weiter zu verbessern, indem der Umweltschutz systematisch in die gesamte Stadtplanung einbezogen wird.

Der für Umwelt zuständige EU-Kommissar Stavros Dimas gratulierte Stockholm und Hamburg zu „ihren Bemühungen, der Umwelt und der Lebensqualität oberste Priorität einzuräumen“. Mit ihren Maßnahmen zur Bekämpfung von Luftverschmutzung, Verkehrsaufkommen, Staus, Treibhausgasen sowie zur Abfall- und Abwasserbewirtschaftung könnten sie anderen Städten in Europa als Vorbild dienen.

Umwelthauptstadt Stockholm 2010

Stockholm erhielt den Titel für die Verbesserung der Lebensqualität in der 800.000 Einwohner zählenden Metropole. Die schwedische Hauptstadt habe sich selbst das ehrgeizige Ziel gesteckt, bis 2050 keine fossilen Brennstoffe mehr zu verwenden. Dabei verfüge die Stadt bereits über ein



Der für Wissenschaft und Forschung zuständige EU-Kommissar Janez Potočnik überreichte den „European Green Capital Award“ am 23. Februar 2009 an die Hamburger Umweltsenatorin Anja Hajduk

integriertes Managementsystem, mit dessen Hilfe Umweltanliegen im städtischen Haushalt sowie bei der Planung, Berichterstattung und Überwachung berücksichtigt würden.

Das Auswahlkomitee für den „European Green Capital Award“ lobte auch die Tatsache, dass für etwa 95 Prozent der Bevölkerung Grünflächen in weniger als 300 Meter erreichbar seien. Dies verbessere die Lebensqualität, schaffe Erholungsmöglichkeiten, reinige die Gewässer, Sorge für Lärmdämmung und trage zur Erhaltung von Artenvielfalt und Ökologie bei. Insbesondere wurde anerkannt, dass die Stadt ein umfassendes Programm für weitere Verbesserungen in diesen Bereichen wie etwa die Einrichtung zusätzlicher Badestrände erarbeitet habe.

Durch eine innovative integrierte Abfallbewirtschaftung würden in der schwedischen Hauptstadt zudem hohe Recyclingquote erreicht, insbesondere bei biologischen Abfällen, die mit unterirdischen Vakuumbetrie-

Zur Autorin:

Barbara Baltsch ist Redakteurin der Zeitschrift „Europa kommunal“.

benen Anlagen entsorgt werden. Dank eines wegweisenden Systems belastungsabhängiger Abgaben seien auch der Einsatz von Pkw reduziert, die Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln gesteigert und der Ausstoß von Treibhausgasemissionen gedrosselt worden. So habe die Stadt ihre Kohlendioxid-Emissionen seit 1990 um 25 Prozent pro Einwohner auf die Hälfte des in Schweden gemessenen Durchschnittswerts gesenkt.

Umwelthauptstadt Hamburg 2011

Die Freie und Hansestadt Hamburg wurde vor allem für ihre ehrgeizigen Klimaschutzziele mit dem „European Green Capital Award“ ausgezeichnet. So plane die Stadt, ihren Treibhausgas-Ausstoß bis 2020 um 40 Prozent zu reduzieren. Das ist doppelt so viel wie das EU-weite Ziel von 20 Prozent. Bis 2050 würden sogar 80 Prozent angestrebt. Bereits jetzt seien die Kohlendioxid-Emissionen pro Kopf um 15 Prozent gegenüber 1990 gesenkt worden, lobte das Auswahlkomitee. Dazu hätten die Behörden unter anderem mehr als 200.000 herkömmliche Lampen in öffentlichen Gebäuden durch Energiesparlampen ersetzt. Mehr als 18 Millionen Euro seien in den letzten Jahren zudem investiert worden, um über 600 Heizkessel durch moderne Brennwertkessel zu ersetzen.

Lob gab es auch für den öffentlichen Nahverkehr. Praktisch kein Hamburger müsse mehr als 300 Meter zur nächsten Haltestelle laufen. Auch die Luftqualität und das Netz an Grünflächen seien sehr gut. In der 1,8 Millionen Einwohner zählenden Metropole an der Elbe stehe das Engagement für die Umweltpolitik aber auch einer angemessenen Finanzierung gegenüber, hieß es in der Begründung.

Die Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt der Freien und Hansestadt Hamburg, Anja Hajduk, die die Auszeichnung in Brüssel entgegennahm, bezeichnete es als große Ehre, als eine der ersten Städte den Titel „European Green Capital“ tragen zu dürfen. „Wir haben mit unserer Bewerbung deutlich gemacht, dass wirtschaftliche Erneuerung und Umweltschutz sehr wohl zusammenpassen.“ Hamburg wolle sich aber nicht auf seinen Lorbeeren ausruhen. „Als Umwelthauptstadt wollen wir zu einer Plattform für den europaweiten Austausch von Experten und Bürgern über Umweltfragen werden und dabei die ganze Stadt einbeziehen.“ Hamburg werde daher den Titel mit zahlreichen Veranstaltungen und Aktionen mit Leben füllen.

Als Umwelthauptstadt will Hamburg unter anderem am Hafen ein Info-Zentrum

errichten. Auf „grünen Pfaden“ sollen die Umweltideen zudem in der Stadt besichtigt werden können. Daneben soll es ein ökologisches Filmfestival geben. Als einer der Höhepunkte des Veranstaltungskonzepts ist ein „Zug der Ideen“ geplant, der Hamburgs Umweltideen quer durch Europa tragen soll. Dabei soll die Ausstellung während der Tour wachsen und neue Impulse aus anderen Städten aufnehmen.

Der European Green Capital Award

Der „European Green Capital Award“ ist eine neue Initiative. Angeregt wurde die Auszeichnung auf einer Tagung, die am 15. Mai 2006 in der estnischen Hauptstadt Tallinn auf Initiative ihres ehemaligen Bürgermeisters Jüri Ratas stattfand. 15 europäische Städte und der estnische Städteverband unterzeichneten damals eine gemeinsame Absichtserklärung zur Schaffung dieser Auszeichnung. An den im vergangenen Jahr erstmals ausgeschriebenem Wettbewerb hatten sich dann 35 Städte aus ganz Europa beteiligt. In die engere Wahl kamen die acht Städte Amsterdam, Bristol, Kopenhagen, Freiburg im Breisgau, Hamburg, Münster, Oslo und Stockholm.

Der Titel der Umwelthauptstadt Europas soll künftig jährlich neu vergeben werden und an die Tradition der europäischen Kulturhauptstädte anknüpfen. Um den Titel bewerben können sich Städte mit mehr als 200.000 Einwohnern aller 27 EU-Mitgliedsstaaten sowie der Kandidatenländer Türkei, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und Kroatien sowie der Länder des Europäischen Wirtschaftsraums Island, Norwegen und Liechtenstein. Für die Auszeichnung sind zehn Umweltindikatoren maßgeblich. Geprüft wird unter anderem, ob die Städte hohen Umweltstandards genügen, ob sie sich laufend ehrgeizige Ziele zur weiteren Verbesserung der Umwelt und zur nachhaltigen Entwicklung setzen und inwiefern sie als Vorbild für andere Städte dienen und zur Anwendung bewährter Verfahren in europäischen Städten beitragen können.

Das Auswahlkomitee, das die Sieger ermittelt, setzt sich zusammen aus Vertretern der Europäischen Kommission, der Europäischen Umweltagentur, des Internationalen Rates für lokale Umweltinitiativen (ICLEI), des Europäischen Verbandes für Verkehr und Umwelt (T&E), der Vereinigung der Hauptstädte der Europäischen Union (UCEU) und des Ausschusses der Regionen (AdR). Das Bewerbungsverfahren für die Auszeichnung 2012 läuft im September 2009 an.

Infos

Auszeichnung „Grüne Hauptstadt Europas“

☞ <http://www.european-greencapital.eu>

Internetseite der Europäischen Kommission zur städtischen Umwelt:

☞ http://ec.europa.eu/environment/urban/home_en.htm

Studie zu deutsch-chinesischen Kommunalbeziehungen:

Erfolg gesucht – Kooperation und Freundschaft gefunden

Immer mehr deutsche Kommunen knüpfen Beziehungen zu Städten in China. Dabei ergänzen sich wirtschaftliche Eigeninteressen, Völkerverständigung und die Arbeit an Entwicklungsproblemen gegenseitig. Das geht aus einer aktuellen Studie zu deutsch-chinesischen Kommunalbeziehungen der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt hervor.

Ein Beitrag von
Ulrich Held

Seit der Nachkriegszeit ist es eine Binsenweisheit, dass regierungspolitisches Engagement für das Ziel der Völkerverständigung notwendig, aber nicht hinreichend ist. Erst wenn die Kontakte auf der Ebene gepflegt werden, die die Lebenswirklichkeit der Menschen konkret prägt, also erst wenn kommunale Akteure aus Politik und Verwaltung, Vereinen, Schulen und Universitäten, Krankenhäusern und Unternehmen beginnen, ein Netzwerk menschlicher und institutioneller Beziehungen zwischen Staaten aufzubauen, entsteht eine breite gesellschaftliche Basis für Verständnis und Verständigung. Hier liegt die Chance, durch vertiefte Kenntnis Stereotypen und Vorurteile zu überwinden. Hier können die widersprüchlichen Bilder einer Nation, die durch Systemfremdheit oder sogar alte Feindschaft geprägt sind, korrigiert werden und sich zu einem neuen komplexen Ganzen fügen. Entsprechendes gilt auch für das deutsch-chinesische Verhältnis.

Basis bilateraler Beziehungen

Obwohl sich das deutsch-chinesische Verhältnis auf staatlicher Ebene seit Beginn der diplomatischen Beziehungen 1972 und nach der kurzen Eiszeit 1989 nach Aussagen des Auswärtigen Amtes „freundlich und gut“ entwickelt hat, bleiben einige auf Staatsräson und innenpolitische Reputation zurückzuführende Irritationen und diplomatische „Funklöcher“ nicht aus. Man muss sich nur den Besuch des Dalai Lama bei Bundeskanzlerin



Angela Merkel in 2007 und den daraufhin ausgesetzten Rechtsstaatsdialog in Erinnerung rufen. Darüber hinaus zeigen die öffentlichen Debatten zur Niederschlagung der Demonstrationen in Lhasa oder zum olympischen Fackellauf im Jahr 2008, dass das Bild Chinas in Deutschland schwerlich mit den Attributen freundlich und gut beschrieben werden kann.

China löst immer noch gemischte Gefühle aus: Auf der einen Seite gibt es ein großes Interesse und eine große Bewunderung für die alte und reiche Kultur, die Tempelarchitektur, die konfuzianische Philosophie oder die Weisheit traditioneller Medizin. Auch die enormen Entwicklungserfolge seit der Wirtschaftspolitik Deng Xiaopings ab 1979, die aus einem außenpolitisch abgeschotteten, durch die Kulturrevolution

Durch Wolkenbeschuss verursachter Niederschlag ging als Schnee über der Verbotenen Stadt in Peking nieder

Zum Autor:

Ulrich Held ist freier Mitarbeiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/InWEnt gGmbH und Mitautor der Studie „Deutsch-chinesische Kommunalbeziehungen – Motivationen, Strukturen, Aktionsfelder“.

zerrütteten Entwicklungsland ein global vernetztes Schwellenland gemacht hat, werden respektiert. Viele andere Staaten wollen am Wirtschaftsaufschwung des weltweit größten Binnenmarktes und künftigen Exportweltmeisters partizipieren, wobei aber auch die Furcht vor der chinesischen Konkurrenz zunimmt. Furcht besteht auch vor dem wachsenden politischen, militärischen und geostrategischen Einfluss Chinas als Regionalmacht in Asien sowie zunehmend in afrikanischen Entwicklungsländern. Große Sorgen bereiten zudem die fortschreitende Wasserknappheit und Klimaschädigung durch die rasante Industrialisierung und Urbanisierung in der Volksrepublik. Und nicht zuletzt stoßen die Missachtung der Menschenrechte sowie der Werte der Demokratie und Freiheit auf Ablehnung und Unverständnis.

Im globalen Dickicht vielfältiger Interessen und Abhängigkeiten stehen sich mit China und Deutschland Länder gegenüber, die einander (noch) nicht ganz „geheuer“ sind und doch brauchen. Gegenseitige Annäherung jenseits der offiziellen Regierungsgespräche und Spezialistenkontakte, die durch staatliche bilaterale Programme angebahnt werden, tut not. Und sie findet sich vor allem in den überaus aktiven kommunalen Beziehungen mit Städten in China. Sie bieten Anschauungsmaterial in Sachen deutsch-chinesischer Vertrauensbildung, Zusammenarbeit und Interessenausgleich. Die rund 100 Beziehungen zwischen 88 deutschen und 57 chinesischen Kommunen, von denen knapp 60 Prozent formale Kommunalpartnerschaften und 20 Prozent andere vertraglich fixierte Kooperationsformen sind, bieten einen Erfahrungsschatz, der manche hitzige Debatte versachlichen könnte. Es zeigt sich nämlich, dass viele kommunale Beziehungen zwischen Deutschland und China dank langjähriger Kontakte auch trotz Unstimmigkeiten auf staatlicher Ebene stabil, vertrauensvoll und konstruktiv arbeiten.

Die deutsch-chinesischen Kommunalbeziehungen sind nicht nur Spiegel der außenpolitischen Freundschaftsbemühungen, sie bilden darüber hinaus die lebendige menschliche Basis, auf der die nationalen Politikfelder beider Länder Frieden, Verständigung und Zusammenarbeit aufbauen und fördern können. Auch deswegen sucht das Auswärtige Amt in der [Veranstaltungsreihe „Deutschland und China – gemeinsam in Bewegung“](#) bei der Präsentation der Zusammenarbeit beider Nationen die Nähe zu den etablierten Kommunalpartnerschaften.



Wirtschaftsinteressen und Völkerverständigung

Auf deutscher wie auf chinesischer Seite sind an den Kommunalbeziehungen – mit wenigen Ausnahmen – die einwohner- und wirtschaftsstärksten, politisch und kulturell bedeutsamsten und international am besten positionierten Städte beteiligt. In Deutschland befinden sich 18 der 20 größten Städte, elf Landeshauptstädte, wichtige Wirtschaftsregionen wie das Rhein-Ruhr- und das Rhein-Main-Gebiet und elf UNESCO-Welterbe-Stätten unter den engagierten Partnern Chinas.

Was sie antreibt scheint auf den ersten Blick klar: Ihre Motivation und ihr Engagement zielen überwiegend auf Wirtschaftskooperation, die sich seit Beginn der Städtepartnerschaften 1982 zwischen Duisburg und Wuhan stark diversifiziert und intensiviert hat. In den Kommunalbeziehungen, von denen etwa die Hälfte zur politischen Begleitung für wirtschaftliche Kooperation initiiert wurden, war die chinesische Seite am Anfang häufig Juniorpartner bei Joint-ventures etwa für Handel oder im Sinne der „verlängerten Werkbank“ – heute aber sind sie auch gefragte Investoren in Deutschland. Die Kommunen begegnen sich daher jetzt auf Augenhöhe, auch die Finanzierung der gemeinsamen Aktivitäten erfolgt zumeist paritätisch – was zweifellos eine Besonderheit bei einer Kommunalbeziehung in ein Entwicklungsland darstellt. Zum Teil haben sich die Verhältnisse zwischen den Kommunen auch verkehrt: Die rasant wachsenden, modernen Millionenstädte Chinas lösen bei manchen deutschen Kommunen, die eine formelle Beziehung anstreben, die Überlegung

Das Entwicklungstempo chinesischer Städte ist atemberaubend – hier eine Baustelle vor der French Concession, Shanghai

aus, sich mit anderen Kommunen zusammenzuschließen, um so dem fernasiatischen Counterpart mehr bieten oder dessen Potenziale für sich besser nutzen zu können. Auch dies ist bemerkenswert: Statt verschärfter innerdeutscher Standortkonkurrenz entstehen regionale Bündnisse zum Zwecke einer internationalen Kommunalbeziehung.

Schaut man etwas genauer hin, ist die Wirtschaftskooperation zwischen den deutschen und chinesischen Kommunen zwar häufig das initiale, aber bei weitem nicht das einzige und auch oft nicht das lebendigste Betätigungsfeld innerhalb der Kommunalbeziehungen. Aus Sicht deutscher Kommunen folgen auf der Prioritätenliste nach den Wirtschaftsbeziehungen der Austausch auf den Gebieten Kunst und Kultur sowie Schule und Bildung und damit zwei aus den innereuropäischen Kommunalbeziehungen zum Zwecke der Völkerverständigung wohlbekannte Aktionsfelder.

Diese Zusammenarbeit zur Vertiefung der Kontakte zwischen den Bürgerinnen und Bürgern ist mehr als nur das Gleitmittel für Wirtschaftskooperation. Für die meisten Kommunen ist sie mittlerweile Selbstzweck. Sie ist häufig vielfältiger und aktiver ausgestaltet als die wirtschaftliche Zusammenarbeit und haucht der Beziehung erst kommunales Leben ein. Dass dies so ist, hat einige Gründe. Einer davon liegt in der chinesischen Mentalität, einem guten Geschäft auch stets eine freundschaftliche Basis zu bereiten. Kommunale Wirtschaftsbeziehungen sowie Kultur- und Schulaustausch sind aus dieser Perspektive zwei Seiten derselben Medaille. So befördert die pragmatische Verfolgung von wirtschaftlichen Eigeninteressen in der Praxis auch Völkerverständigung und vice versa. Legitimation für ihr Engagement verschafft den deutschen Kommunen jedoch weniger der ideelle Wert der Beziehungen. In von Standortkonkurrenz, Haushaltsnot und flexibler Arbeit geprägten Zeiten stehen Pragmatismus und Vorteilsausbau höher im Kurs. Das heißt weiter: Im Wirtschaftswunderland China werden Geschäftsträume nicht so schnell und nüchtern umgesetzt, wie mancher auf Zielerreichung und Effizienz geschulte Westeuropäer hofft, insbesondere dann, wenn nicht die existente Wirtschaftsbeziehung die Kommunalbeziehung nach sich zieht, sondern diese zur Erreichung jener erst aufgebaut wird. Nur ständige Beziehungspflege auf verschiedenen Ebenen kann zu den erstrebten Erfolgen für die kommunale Wirtschafts- und Standortentwicklung führen

– sonst würde auch wegen des atemberaubenden Entwicklungstempos der chinesischen Kommunen der Anschluss verloren.

Ideologische Hürden auf kommunaler Ebene besser überwindbar

Die Beziehung nach China zu kritisieren und dabei zugleich auch die politische Führung der eigenen Kommune anzugreifen, ist für die kommunale Opposition aller Couleur eine Versuchung, der sie oft genug nicht widerstehen kann. Schließlich wirft das Engagement schwierige moralische Fragen auf wie etwa: Soll man zu konkreten Menschenrechtsproblemen Stellung beziehen? Und auch dessen Erfolge sind häufig nicht genau bezifferbar: Wie viele der auf einer Messe geschlossenen Wirtschaftskontakte führen später zu einem Geschäft?

Gleichwohl bricht der Trend, formelle Kommunalbeziehungen mit Städten in China einzugehen, nicht ab. Er stieg im Jahr 2008 sogar leicht an. Die Gründe dafür sind vielfältig: Der Boom in China ist ein Inbegriff der Globalisierung, an der jeder teilhaben will – Unternehmen und Handelskammern, Universitäten, Schulen und andere, die ihre jeweiligen Interessen an einer Kooperation mit China verfolgen und dabei oft erst das Engagement von Kommunalpolitik und



Klimaanlagen an Wohnhäusern in Shanghai verstärken gesundheitsschädliche Wärme-Insel-Effekte und erhöhen den Energieverbrauch

Verwaltung wecken. Zudem können viele Kritikpunkte aufgefangen werden durch Aufklärung über mögliche Nutzen, Kosten und Kooperationsweisen der Kommunalbeziehung, über internationale Profilbildung und über das zumeist große Engagement und Interesse der chinesischen Partner, das sich von dem anderer Partnerkommunen häufig positiv abhebt. Auch die pragmatische Einbindung der Opposition ist auf kommunaler Ebene häufiger möglich als auf höheren politischen Ebenen; sie wird in Entschei-

dungsgremien und auch bei Delegationsreisen eingebunden.

Gerade das direkte Erleben Chinas, das den Teilnehmerinnen und Teilnehmern kommunaler Delegationen ermöglicht wird, lässt einseitigen und ideologischen Betrachtungsweisen keinen Raum. Es schafft vielmehr ein komplexes Bild jenseits von Stereotypen:

- Gastfreundschaft, Offenheit und Neugier gegenüber europäischen Ausländern gepaart mit einem Nationalbewusstsein, das Respekt einfordert;
- städtische Inseln kulturellen und historischen Reichtums bedroht von einem teils futuristischen Städtebau, in dem „neu“ zumeist auch „besser“ bedeutet;
- eine junge, urbane Mittelschicht, die zunehmend an Konsum und westlichem Lebensgefühl orientiert ist – zu einem guten Teil mit und durch Fake-Produkte;
- riesige, repräsentative Firmen-Areale – vor den Werkstoren arme Wanderarbeiter aus dem Hinterland;
- Fortschritt für ökonomische Entwicklung und Wohlstand im Konflikt mit Natur- und Klimaschutz;
- statt zentralistischem Einheitsstaat ein quasi föderales und dezentrales System, in dem zentrifugale und zentripetale Kräfte von außen schwer abschätzbare Abhängigkeiten und politische Freiräume für Chinas Städte bedingen;
- statt strikter und klarer Parteihierarchien, Intransparenz über die tatsächliche Reichweite der politischen Direktiven aus Peking sowie über die Verantwortlichkeiten und Interessen(-verflechtungen) der jeweiligen Gesprächspartner.

Wegen dieser relativen kommunalen und persönlichen Freiräume sind offene Gespräche über kritische Themen wie Demokratisierung und Menschenrechte durchaus möglich, die auf Staatsebene so nicht diskutiert werden könnten. Voraussetzung dafür ist aber, dass ein Vertrauensverhältnis zwischen den Kommunalpartnern gewachsen ist, in dem gleichermaßen Vorsicht wie Respekt waltet.

Mehrwerte und Zukunftsthemen der Zusammenarbeit

Neben den Aktionsfeldern Wirtschaft, Kultur und Schule existieren zahlreiche weitere, hauptsächlich durch die Nachfrage der chinesischen Seite geprägte, fachliche Dialoge im Rahmen der Kommunalbeziehungen. An ihnen ist zu ermesen, was chinesische

Kommunalakteure unter anderem umtreibt, wenn sie Partner im industrialisierten Westen suchen: die Entwicklung der eigenen Stadt oder der jeweiligen Institutionen unter Hinzuziehung westlichen Know-hows und westlicher Erfahrung. Die nachgefragten Fach-austausche umfassen dabei alle Sektoren der Stadtentwicklung und der kommunalen Verwaltungsarbeit, angefangen von der Bau-sanierung über die Geodateninformation bis hin zur Verwaltungsreform. Sogar in die Rechts- und Sicherheitspolitik hineinreichende Erfahrungsaustausche werden organisiert. Im Universitätsbereich dominieren natur- und wirtschaftswissenschaftliche Themen und entsprechende Fakultäten und Forschungsinsti-



Müllsammler schließen Wertstoffkreisläufe – hier beim beladen eines Fahrrades mit Styropor in Peking

tute. Im Gesundheitsbereich sind besonders moderne Apparatedizin inklusive Chirurgie und Orthopädie gefragt. Von deutscher Seite wird auch der Austausch zu traditioneller chinesischer Medizin nachgefragt. Eine zunehmende Rolle bei der Zusammenarbeit spielen auch umwelttechnologische Fragestellungen etwa zum Wassermanagement oder zum Klimaschutz und damit Zukunftsthemen, bei denen großer Handlungsdruck auf chinesischer Seite und große technische Kompetenz auf deutscher Seite zusammentreffen.

Diese Kooperationsfelder adressieren häufig direkt chinesische Entwicklungsprobleme. Auch wenn die deutschen Kommunen keine Entwicklungspartnerschaft mit China im Sinn haben (die gewöhnlich von Solidarität und Empathie und weniger von Eigeninteressen, von der Zivilgesellschaft und weniger von Institutionen und Unternehmen getrieben wird), leisten sie bisweilen klassische technische Zusammenarbeit – auf kommunaler Ebene versteht sich. Gerade im Hinblick auf die Themen Wasser und Klima, die auch im nationalen Dialog mehrerer Bundesressorts Priorität genießen, gibt es möglicherweise Synergien zwischen Bundes- und Kommunalengagement, die noch nicht ausgelotet sind.

Infos

Veranstaltungsreihe „Deutschland und China – gemeinsam in Bewegung“:
<http://www.deutschland-und-china.com>

Studie zu deutsch-chinesischen Kommunalbeziehungen:
<http://www.service-eine-welt.de/publikationen/publikationen-start.html>

Heranführung der Republik Serbien an die Europäische Union:

Wir brauchen mehr Städtepartnerschaften

Die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und Serbien muss verstärkt werden. Insbesondere gilt es, den Kontakt zwischen den Menschen schnell zu intensivieren, damit an der Basis Vorurteile abgebaut werden und das gemeinsame Europa erlebbar wird. Hier können Kommunalpartnerschaften zwischen deutschen und serbischen Städten und Gemeinden einen wichtigen Beitrag leisten.

Ein Beitrag von
Gunther Krichbaum

Die jüngsten politischen Entwicklungen in Serbien sind aus europäischer Sicht sehr erfreulich. Nach der Wiederwahl des pro-europäischen Präsidenten Boris Tadic im Februar 2008 konnte nach den Parlamentswahlen eine Regierung gebildet werden, die ein eindeutiges Bekenntnis für eine weitere Annäherung des Landes an Europa abgegeben hat. Durch die Auslieferung des mutmaßlichen Kriegsverbrechers Radovan Karadžić wurde auch die lange angemahnte Zusammenarbeit mit dem Tribunal in Den Haag verbessert.



Der serbische Staatspräsidenten Boris Tadic (r.) traf sich im Dezember 2008 in Stuttgart unter anderem mit Baden-Württembergs Ministerpräsident Günther H. Oettinger (z.v.r.) und Gunther Krichbaum (z.v.l.)

Vorbehalte gegen Europa abbauen

Bei aller Zufriedenheit über die Entwicklungen darf aber nicht übersehen werden, dass der serbische Weg in Richtung Europa noch keinesfalls unumkehrbar ist. Noch immer bestehen in Serbien sehr große Vorbehalte gegen eine europäische Zukunft des Landes. Zwei Daten sollten die politisch Verantwortlichen in Westeuropa daher zu besonderen Anstrengungen bei der weiteren Integration Serbiens in die europäische Wertegemeinschaft motivieren.

Zum einen ist festzustellen, dass mehr als 80 Prozent der jungen Serben ihr Land noch niemals verlassen haben. Damit hatten sie keine Gelegenheit, während eines Studienaufenthaltes, bei einer Urlaubsreise oder im Rahmen einer internationalen Begegnung junge Menschen aus den EU-Staaten und deren Art zu leben, kennenzulernen. Wer

aber nicht weiß, wie seine Alterskameraden in Europa denken und leben, der kann schneller dazu verführt werden, das eigene Land und die eigene Lebensumwelt zum allein gültigen Maßstab zu erklären.

So erklärt sich auch die zweite erschreckende Zahl: Bei den jüngsten Präsidentenwahlen in Serbien stimmte die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler unter 30 Jahren nicht für den pro-europäischen Präsidenten Tadic, sondern für seinen nationalistischen Herausforderer. Wer Europa und seine Menschen nicht kennt, vertraut offensichtlich eher einer vergangenheitsorientierten Politik, die Serbien in die Isolation geführt hat. Daher sehe ich es als unsere Aufgabe an, speziell den jungen Serben die Möglichkeit zu geben, die EU-Staaten zu besuchen.

Der Hauptgrund für fehlende Kontakte ist in dem bislang noch immer sehr strengen Visa-Regime zu suchen, das private Besuchsreisen auch aufgrund der hohen Visa-

Zum Autor:

Gunther Krichbaum, MdB, ist Vorsitzender des Europa-ausschusses des Deutschen Bundestages.

gebühren für junge Menschen fast unmöglich macht. Hier wird es hoffentlich in diesem Jahr zu weiteren deutlichen Verbesserungen kommen. Hinzu kommen aber auch fehlende organisatorische Rahmenbedingungen für Begegnungen. Hierfür sei nur eine Zahl genannt: Während allein zwischen Baden-Württemberg und Frankreich auf kommunaler Ebene knapp 500 Partnerschaften bestehen, existieren zwischen allen Kommunen in Deutschland und Serbien nur vier solcher Verbindungen.

Kommunale Zusammenarbeit ausbauen

In Gesprächen mit Mitgliedern der serbischen Regierung und den Vorsitzenden der im serbischen Parlament vertretenen Parteien wurde mir versichert, dass die serbische Seite sehr daran interessiert ist, diese kommunale Zusammenarbeit zu intensivieren und deutlich auszubauen, um Begegnungen zu erleichtern.

Selbstverständlich ist mir bewusst, dass viele Städte und Gemeinden in Deutschland bereits über vielfältige kommunale Kontakte verfügen. Andererseits bieten Partnerschaften mit Serbien gerade Gemeinden mit einem hohen Anteil serbischstämmiger Bevölkerung die besondere Chance, die serbischen Zuwanderer noch besser in das Gemeindeleben zu integrieren und sie zu einer Brücke in die ehemalige Heimat werden zu lassen.

Daher möchte ich alle Verantwortlichen in den deutschen Städten und Gemeinden herzlich bitten, die Aufnahme von partnerschaftlichen Beziehungen zu serbischen Städten und Gemeinden zu prüfen. Die Botschaft Serbiens in Berlin ist zu jeglicher Mithilfe bei der Auswahl geeigneter serbischer Gemeinden und dem Herstellen erster Kontakte bereit. Gerne können Sie sich auch an mein Berliner Büro wenden.

Ich bin fest davon überzeugt, dass wir nur mit mehr Begegnungen zwischen den Menschen die alten Vorurteile und Spannungen in Europa abbauen können. Die einmalige Geschichte der deutsch-französischen Aussöhnung war nur möglich, weil insbesondere die Begegnung zwischen den Menschen in den Mittelpunkt gestellt wurde. Die gemeindlichen Partnerschaften haben hierbei einen ganz entscheidenden Anteil. Ich würde mich daher freuen, wenn möglichst viele deutsche Kommunen meine Anregung aufgreifen würden. ■

Kontakt

Botschaft der Republik Serbien

Taubertstrasse 18
14193 Berlin
Tel.: 030 / 895 77 00
Fax: 030 / 825 22 06
E-Mail: info@botschaft-smg.de

Bundestagsbüro Gunther Krichbaum, MdB Abgeordnetenbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 / 227 70 371
Fax: 030 / 227 76 371
E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de

Partnerschaftsgesuche

Bedzin, Polen

Die Stadt Bedzin in der Wojewodschaft Schlesien hat 60.000 Einwohner und liegt etwa 65 Kilometer nordwestlich von Krakau und zehn Kilometer nordöstlich von Kattowitz im nordöstlichen Teil des oberschlesischen Industriegebiets. Sie verfügt über ein gut ausgebautes Netz an Ausbildungseinrichtungen. Hierzu zählen 13 Kindergärten, zehn Elementarschulen, sechs Oberschulen und drei Gymnasien. Wirtschaftlich ist die Stadt von der Metall-, Maschinen- und Lebensmittelindustrie geprägt. Zwei Kraftwerke befinden sich in der näheren Umgebung. Historisch kann die Stadt auf eine lange Geschichte zurückblicken. Besonders erwähnenswert sind die Burg Bedzin aus dem 13. Jahrhundert, das Schloss Mieroszewski sowie mehrere Kirchen. Bedzin ist bereits mit mehreren Städten verschwistert: Tatabanya in Ungarn, Kaisiadorys in Litauen und Ishwek in Russland. Die Stadt nimmt ebenso am EU-Programm Comenius teil. Die gewünschten Schwerpunkte einer künftigen Städtepartnerschaft liegen für Bedzin in den Bereichen Kunst und Kultur, Bildung und Jugendaustausch sowie Wirtschaft und Sport.

Infos: <http://www.bedzin.pl>

Plovdiv, Bulgarien

Die Stadt Plovdiv ist mit rund 340.000 Einwohnern (Stand: 2002) nach der Hauptstadt Sofia die zweitgrößte Stadt Bulgariens. Die Stadt liegt an den Ufern des Flusses Maritza und blickt auf eine über 8.000-jährige Geschichte zurück. Mittlerweile hat sich die Stadt zu einem bedeutenden bulgarischen Handels-, Wirtschafts- und Kulturzentrum entwickelt. Sie ist auch der wichtigste Messestandort Bulgariens. Auch touristisch bietet Plovdiv reizvolle Anziehungspunkte wie etwa die aufwändig restaurierte Altstadt. Die Stadt, die Mitglied bei Eurocities und im Strasbourg Club ist, besteht aus sechs Bezirken. Der Bürgermeister wird von den 51 Mitgliedern des Stadtrates gewählt.

Infos: <http://www.plovdivcity.net>

Weitere Auskünfte erteilt die Geschäftsstelle der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, Lindenallee 13-17, 50968 Köln, Telefon 0221 – 3771-311.

Europäisches Gipfeltreffen der Regionen und Städte in Prag:

Kein Europa ohne starke Regionen und Kommunen

Anfang März fand in Prag ein Gipfeltreffen der Regionen und Städte statt. An der Konferenz, die vom Ausschuss der Regionen (AdR) und der Stadt Prag unter der Schirmherrschaft der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft organisiert wurde, nahmen mehr als 500 Vertreterinnen und Vertreter der regionalen und kommunalen Ebene teil. Hauptthema war die Rolle der Städte und Regionen in der Europäischen Union insbesondere in den Bereichen Wirtschafts- und Regionalpolitik.

Ein Beitrag von
Barbara Baltsch

Auf dem Gipfeltreffen der Regionen und Städte am 5. und 6. März 2009 im Palais auf der Sophieninsel in Prag forderten die regionalen und kommunalen Vertreterinnen und Vertreter den Europäischen Rat sowie die G20 zu einer koordinierten Vorgehensweise auf, um die Wirtschaft neu zu beleben und die Finanzkrise zu überwinden. Der Präsident des **Ausschusses der Regionen**, Luc Van den Brande, sprach sich dabei gegen jeglichen nationalen Protektionismus aus: „Zentralisierungsbestrebungen stehen einem dynamischen und leistungsfähigen Europa im Weg.“ Einigkeit, Solidarität und ein abgestimmtes Vorgehen seien der einzige Weg, durch den alle europäischen Gebietskörperschaften mittelfristig zu einem ausgeglicheneren Wachstum zurückfinden könnten.

„Wir müssen unsere Lehren aus dieser Krise ziehen, an die Möglichkeiten glauben, die sie bieten kann, uns auf die Rolle der Gebietskörperschaften als treibende Kraft verlassen und uns ihres Beitrags für das europäische Aufbauwerk bewusst sein“, betonte Van den Brande. Ohne eine angemessene Einbeziehung der Städte und Regionen habe kein Konjunkturplan Aussicht auf Erfolg. Van den Brande begrüßte in diesem Zusammenhang den Beschluss des tschechischen Ratsvorsitzes, im Mai einen Sondergipfel mit den Sozialpartnern einzuberufen. „Ich gehe davon aus, dass auch die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften dort vertreten sein werden“, so der AdR-Präsident.



Als Voraussetzung für ein stärkeres Europa müsse auch der Lissabon-Vertrag endlich in Kraft treten, der Gemeinschaftshaushalt grundlegend reformiert und die Lissabon-Strategie für die Zeit nach 2010 überarbeitet werden, waren sich die Gipfelteilnehmer einig. Außerdem sei es erforderlich, im Rahmen einer leistungsfähigen europäischen Regionalpolitik die Auswirkungen der aktuellen Finanzkrise zu berücksichtigen, wenn über die Förderwürdigkeit von Regionen im Hinblick auf Strukturbeihilfen nach 2013 entschieden werde.

Der Oberbürgermeister der gastgebenden Stadt Prag, Pavel Bém, vertrat in diesem Zusammenhang die Meinung, dass hoch entwickelte Regionen die Wirtschaftskrise

Mehr als 500 Vertreterinnen und Vertreter der Regionen und Städte diskutierten in Prag über die Zukunft der europäischen Wirtschafts- und Regionalpolitik

Zur Autorin:

Barbara Baltsch ist Redakteurin der Zeitschrift „Europa kommunal“.

weit mehr zu spüren bekommen könnten als weniger entwickelte Regionen. Im Unterschied zur gegenwärtigen Politik von Zusammenhalt und Solidarität, dank der die Unterschiede zwischen den Regionen abgebaut werden sollen, sollten vor allem die Zentren in den Regionen unterstützen werden, die auf die Entwicklung der Regionen einen großen Einfluss hätten.

Dass gerade auch die wohlhabenden Städte und Regionen durch die Krise derzeit an ihre Grenzen gelangten, betonte auch der Parlamentspräsident des österreichischen Bundeslandes Tirol, Herwig van Staa. Da eine Stadt und die sie umgebende Region ein Beziehungsgeflecht mit gemeinsamen Problemen und Lösungen darstellen, sollten die lokalen und regionalen Behörden bei der Verwendung von Fördermitteln mehr Befugnisse erhalten. Van Staa kritisierte in diesem Zusammenhang das Nebeneinander von unterschiedlichen Fonds und sprach sich stattdessen für eine einheitliche Förderschiene mit einfachen administrativen Grundlagen, aber einer strengen finanziellen Kontrolle durch die Europäische Kommission aus.

Gedanken machten sich die Gipfelteilnehmer auch über die Zukunft der sogenannten Ziel 1-Regionen, deren Bruttoinlandsprodukt unter 75 Prozent des EU-Durchschnitts liegt. Viele dieser Regionen würden nach den jetzigen Regeln in der neuen Strukturfondsperiode 2013 aus der Förderung herausfallen. Um die erzielten wirtschaftlichen Fortschritte jedoch nicht zu gefährden, sprach sich der Leiter der Fachgruppe für Kohäsionspolitik im Ausschuss der Regionen, Michael Schneider, für die Einrichtung von Übergangsregelungen aus, damit diese Regionen auch über 2013 hinaus eine weitere Förderung erhalten könnten.

Konsultation zur Lissabon-Strategie

Auf dem Gipfeltreffen gaben AdR-Präsident Luc Van den Brande und der Minister für regionale Entwicklung der Tschechischen Republik, Cyril Svoboda, den Startschuss für eine groß angelegte Konsultation der Städte und Regionen zur Zukunft der Lissabon-Strategie. „2010 wird das letzte Jahr der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung sein, die im Jahr 2000 mit dem Ziel der Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit ins Leben gerufen worden war, und der Europäische Rat wird auf seiner Frühjahrstagung 2010 über die nächsten Schritte



Vertreter der europäischen Regional- und Kommunalverbände verabschiedeten am Ende des Gipfeltreffens gemeinsam die Schlussklärung

entscheiden“, betonte Van den Brande. Deshalb sei es von größter Bedeutung, dass alle Regionen und Städte jetzt ihre Meinung zum Ausdruck bringen könnten, denn nur in Zusammenarbeit mit den Regionen und Städten werde die EU in der Lage sein, ihre Ziele für mehr Wachstum und Beschäftigung zu erreichen. „Ich glaube fest daran, dass die Europäische Kommission, der Ratsvorsitz und die Staats- und Regierungschefs auf ihrer Frühjahrstagung 2010 alle unsere Beiträge berücksichtigen werden“, ergänzte der AdR-Präsident.

Kommissionspräsident José Manuel Barroso begrüßte die Initiative und hob die wichtige Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften hervor: „Der Inhalt der neuen Strategie ist noch nicht absehbar. Aber eine Priorität für die Zeit nach 2010 wird sicher sein, die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften stärker in die Entscheidungsfindung einzubinden.“ Dafür spräche auch eine kürzlich durchgeführte Eurobarometer-Umfrage, nach der 60 Prozent der europäischen Bürger eine stärkere Mitwirkung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften an der europäischen Politikgestaltung befürworteten.

Im Rahmen der Konsultationen werden alle lokalen und regionalen Gebietskörperschaften aufgefordert, bis zum 20. April 2009 ihre Anregungen für die künftige Lissabon-Strategie durch Beantwortung eines Fragebogens auf der Internetseite des Ausschusses der Regionen einzusenden. Die Ergebnisse der Konsultation sollen während der Open Days Anfang Oktober 2009 vorgestellt und erörtert werden und dann in eine neue Stellungnahme des AdR zur Zukunft der Lissabon-Strategie einfließen.

Reform der Regionalpolitik

Mit Blick auf die anstehende Reform der Regionalpolitik hatte die Europäische Kommission im Oktober des vergangenen Jahres bereits eine Konsultation zu ihrem Grünbuch zum territorialen Zusammenhalt eingeleitet. In Prag präsentierte die für Regionalpolitik zuständige EU-Kommissarin Danuta Hübner erste Ergebnisse dieser Konsultation: „Zu meiner Freude wird in den meisten Beiträgen territorialer Zusammenhalt so verstanden, wie ich mir das wünsche: nämlich so, dass es beim territorialen Zusammenhalt vor allem um die Mobilisierung von Entwicklungspotenzial geht und nicht um den Ausgleich von Nachteilen. Wir müssen für eine bessere Koordinierung zwischen allen Politiken sorgen, die eine territoriale Dimension haben, und müssen einen flexibleren Ansatz bei der Festlegung der territorialen Reichweite von EU-Programmen wählen, beispielsweise einen bestimmten Stadtteil“.

Fernsehdebatte zur Europawahl

Das Gipfeltreffen in Prag schloss mit einer live übertragenen Fernsehdebatte mit Vertreterinnen und Vertretern verschiedener europäischer Parteien zur bevorstehenden Wahl zum Europäischen Parlament im Juni 2009. Dabei wurde immer wieder deutlich, dass ein stärkeres und demokratischeres Europa nicht nur die Unterstützung aller Regierungs- und

Verwaltungsebenen erfordert, sondern vor allem auch die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. In diesem Zusammenhang kündigte AdR-Präsident Luc Van den Brande den Start einer lokalen und regionalen Informationskampagne zu den Europawahlen an: „Der Präsident des Europäischen Parlaments,



Die deutschen Kommunen waren in Prag mit dem Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg und Leiter der deutschen AdR-Delegation, Dr. Ulrich Maly, und dem Landrat des Saarpfalz-Kreises, Clemens Lindemann, vertreten

Hans-Gert Pöttering, und ich werden in einem gemeinsamen offenen Brief alle lokalen und regionalen Mandatsträger in Europa auffordern, sich aktiv in die Kampagne für die Europawahlen einzubringen.“

Die Schlussfolgerungen des Gipfels der Städte und Regionen wurden den EU-Staats- und Regierungschefs übermittelt, die am 19. und 20. März 2009 in Brüssel zu ihrem traditionellen Frühjahrsgipfeltreffen zusammenkamen, sowie den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des G20-Gipfels in London. ■

Infos

Ausschuss der Regionen:

☞ <http://www.cor.europa.eu>

Eurobarometer-Umfrage

Bürger vertrauen Kommunen und Regionen

Die meisten Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union halten die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften nicht nur für die glaubwürdigsten Regierungs- und Verwaltungsebenen, sondern auch für jene, die am besten erklären können, wie sich die EU-Politik auf ihren Alltag auswirkt. Dies hat die jüngste Eurobarometer-Umfrage der Europäischen Kommission in den 27 EU-Mitgliedstaaten eindrucksvoll bestätigt.

Die Umfrage zeigte, dass 50 Prozent der Befragten in Europa Vertrauen in die kommunale und regionale Ebene bekundeten. Danach folgt mit 47 Prozent die Europäische Union. Den niedrigsten Vertrauenswert erreichen die Regierungen der Mitgliedstaaten mit 34 Prozent.

In Deutschland weicht das Bild etwas vom europäischen Durchschnitt ab. Dort ist das Vertrauen in die kommunalen und regionalen Ebenen mit 65 Prozent noch weit höher. Das Vertrauen in die EU liegt mit 43 Prozent auf etwa demselben Niveau wie das Vertrauen in die Regierung mit 42 Prozent.

Vor diesem Hintergrund müsste den Verantwortlichen in der

Europäischen Union ein weiteres Ergebnis der Umfrage mit Sorge erfüllen: 59 Prozent der Befragten gaben an, dass die Kommunen und Regionen nicht ausreichend in die Entscheidungsprozesse auf europäischer Ebene eingebunden sind.

Bei der Vorstellung der Ergebnisse betonten Luc van den Brande, Präsident des Ausschusses der Regionen (AdR), und Margot Wallström, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission und zuständig für Kommunikationsfragen, dass die Kommunen einen wichtigen Beitrag dazu leisten könnten, das Misstrauen der Bürger gegenüber der EU abzubauen. So gaben viele der Befragten an, dass die kommunale Ebene am besten geeignet sei, zu erklären, wie sich die EU-Politik auf den Alltag der Bürger auswirkt.

Bericht „Die Rolle und Wirkung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in der Europäischen Union“:

☞ <http://www.cor.europa.eu/pages/PresentationTemplate.aspx?view=detail&id=016489d2-ea22-4b5f-9bc8-b41cc68188c7>

Plenartagung des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas:

Globale Herausforderungen gemeinsam meistern

Der Kongress der Gemeinden und Region Europas (KGRE) beim Europarat ist vom 3. bis zum 5. März 2009 zu seiner 16. Plenartagung in Straßburg zusammengekommen. Auf der Tagesordnung standen unter anderem die euro-mediterrane Zusammenarbeit, die Bekämpfung häuslicher Gewalt und die internationale Finanzkrise.

Ein Beitrag von
Agneta Krüger

Bei der 16. Plenartagung des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) beim Europarat in Straßburg nahm die kommunale deutsche Delegation unter dem neuen Vorsitz von Birgit Collin-Langen, Oberbürgermeisterin von Bingen, teil. Collin-Langen wurde als Nachfolgerin von Landrat a.D. Rainer Kutschke aus Riesa-Großenhain gewählt, der aus dem Mandat ausgeschieden ist. Insgesamt umfasst die deutsche Delegation 18 Delegierte, die je zur Hälfte von den Kommunen und von den Bundesländern benannt werden. Hinzu kommen 18 stellvertretende Delegierte.

Im Rahmen der Plenartagung wurden im Plenum verschiedene Themen wie die euro-mediterrane Zusammenarbeit, die öffentliche Wasser- und Abwasserversorgung, die Bekämpfung häuslicher Gewalt und die Situation lokaler und regionaler Demokratie in Bosnien und Herzegowina behandelt. Die internationale Finanzkrise mit Blick auf deren lokalen Folgen war ein weiterer wichtiger Aspekt der Sitzung in Straßburg. Mit der interkulturellen Zusammenarbeit, interkulturellen Städten sowie der Überwindung digitaler Klüfte in ländlichen Regionen und den Aktivitäten der Euroregion am Schwarzen Meer befassten sich die lokalen und regionalen Kammern, die im Rahmen des Kongresses tagten.

Der Präsident des Kongresses der Gemeinden und Regionen, Ian Micallef, unterstrich in seiner Eröffnungsrede die Bedeutung der lokalen und regionalen Autoritäten: „Die globalen Herausforderungen, denen sich die Gesellschaft heute gegenüber sieht – Klimawandel, Finanzkrise, Migration, soziale und



wirtschaftliche Umbrüche, demografischer Wandel – erfordern alle Antworten auf lokaler und regionaler Ebene“.

Der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas tagte Anfang März in Straßburg

Herstellung von Demokratie

Einen Schwerpunkt setzte die Plenartagung auf die euro-mediterrane Zusammenarbeit. Betont wurde dabei die Notwendigkeit der Einbeziehung südlicher Anrainerstaaten des Mittelmeers in die Bemühungen zur Lösung gemeinsamer Probleme und die Rolle von lokal und regional gewählten Vertretern für die zukünftige Zusammenarbeit. Neben dem Frieden im Nahen Osten zur Bildung einer stabilen Mittelmeer-Region wurde als Voraussetzung die erforderliche Bürgernähe unterstrichen. Die Bürgermeisterin von Nicosia, Eleni Mavrou, unterstrich die zentrale Rolle der Gemeinden und Regionen für eine Zusammenarbeit in dieser Region und setzte

Zur Autorin:

Agneta Krüger ist Referatsleiterin (Büro des Hauptgeschäftsführers) des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB).

hierin große Hoffnungen zur (Wieder-)Herstellung von Demokratie.

Bekämpfung häuslicher Gewalt

Bemerkenswert leidenschaftlich verlief die Debatte bezüglich des Themenpunktes Bekämpfung häuslicher Gewalt. „Wir als die gewählten Vertreter der Gemeinden und Regionen müssen im Kampf gegen häusliche Gewalt eine Vorreiterrolle einnehmen. Häusliche Gewalt betrifft uns alle. Sie ist eine öffentliche Angelegenheit und keine private“, erklärte die Berichterstatterin des Kongresses, Sandra Barnes, aus dem Vereinigten Königreich bei der Präsentation ihres Berichtes zur Bekämpfung von häuslicher Gewalt gegen Frauen. Die Kommunen hätten im Umgang mit häuslicher Gewalt, die letztlich direkt vor ihren Türen stattfindet und deren Folgen sie selbst spüren, eine Schlüsselrolle inne. Sie könnten und müssten in den Bereichen Prävention, Opferschutz und Bereitstellen von Diensten tätig werden.

Der Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates rief die Regierungen dazu auf, ein international bindendes Rechtsinstrument auszuarbeiten, um Frauen besser vor Gewalt – einschließlich häuslicher Gewalt – zu schützen, den Schutz von Opfern zu verstärken und die Strafverfolgung der Täter zu fördern. Hierdurch könne ein konkreter Beitrag zur Achtung und Verteidigung der Rechte von Frauen geleistet werden.

Die Teilnehmer des Kongresses hatten am Rande des Kongresses auch die Möglichkeit, sich Plakate von der Kampagne des Europarates, die von 2006 bis 2008 zu diesem Thema lief, anzuschauen. Diese behandeln beeindruckend ehrlich und berührend das Thema häusliche Gewalt zur Prävention und Unterstützung der Opfer.

Mehr Frauen im Kongress

Kongressintern konnte erfreulicherweise festgestellt werden, dass der Frauenanteil mittlerweile über 30 Prozent beträgt und damit ein wichtiger Fortschritt in der praktischen Umsetzung der Gleichberechtigung von Mann und Frau geleistet wird. Eine schwierige und intensive Debatte lieferten sich die Delegierten des KGRE bezüglich der Versagung der Anerkennung zweier russischer und eines italienischen Mandates innerhalb des KGRE. Nachdem die Mandatsprüfung durch ein unabhängiges Gutachten ergeben hatte, dass diese nicht



Der 1949 gegründete Europarat in Straßburg ist die älteste und mit 47 Mitgliedstaaten auch die größte europäische Nachkriegsorganisation

den Kriterien der Kongress-Charta entsprachen, konnten die fraglichen Mandate mit Blick auf die demokratischen Grundsätze des Kongresses nicht akzeptiert werden. Die Kongress-Charta sieht vor, dass die Delegierten ein allgemeines lokales oder regionales Mandat inne haben müssen, das unter anderem aus einer direkten Wahl resultiert oder das einer direkt gewählten Versammlung gegenüber rechenschaftspflichtig ist und welches individuell zurückgegeben oder abberufen werden kann.

Finanzkrise als internationales Problem

Die aktuelle Finanzkrise wurde ebenfalls in Straßburg thematisiert. Der Kongress ermöglichte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern dabei einen Blick auf die lokalen Auswirkungen in verschiedenen Mitgliedstaaten des Europarates. So berichtete der Bürgermeister von Saint-Etienne, Maurice Vincent, dass die Finanzkrise in Frankreich zu einer Vertrauenskrise der Banken geführt

Kurzinfo: Europarat und KGRE

Der **Europarat** ist die 1949 gegründete, aus 47 Mitgliedstaaten bestehende überstaatliche Einrichtung in Europa, die vor allem die Beachtung der Prinzipien der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte auf dem gesamten Kontinent zum Ziel hat.

Die Aufgabe des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) innerhalb des institutionellen Gefüges des Europarates besteht darin, die Demokratie und Selbstverwaltung auf regionaler und kommunaler Ebene in den Mitgliedstaaten zu stärken. Neben der Wahlbeobachtung stellt die Überprüfung der Einhaltung der Bestimmungen der Charta der kommunalen Selbstverwaltung in den Mitgliedstaaten durch sogenannte Monitoring-Berichte das wichtigste Instrument des KGRE dar. Er erörtert zudem aufgrund eigener Initiative Themen von regionaler und kommunaler Bedeutung und beschließt dazu Empfehlungen.

habe und es zunehmend Probleme gebe, an Kredite zu gelangen. Wladimir Moskow, Bürgermeister von Goze Deltschew in Bulgaien, wies auf Steuerprobleme in seinem Land hin. Nachdem die Steuermoral in Bulgarien grundsätzlich schlecht sei, werde dieses nunmehr durch die Krise verstärkt, sodass der lokalen Seite zunehmend finanzielle Einnahmequellen fehlten. Diesem versuche die bulgarische Seite nunmehr mit Steuersenkungen zu begegnen. Weiterhin hoffe das Land auf Unterstützung aus dem Strukturfonds der Europäischen Union.

Öffentliche Wasser- und Abwasserdienste

Außerdem beschäftigte sich der Kongress mit dem Thema Wasser. Das Problem des Zuganges zu Trinkwasser betrifft derzeit ein Drittel der Weltbevölkerung. Dieses Problem wird sich künftig weiter verschärfen. Von italienischer Seite wurde ein Projekt vorgestellt, in welchem der verantwortungsvolle Umgang mit Wasser vermittelt werden soll. Ziel des Projektes ist, die Bevölkerung dafür zu sensibilisieren, dass es sich bei Wasser um eine begrenzte Ressource handelt. Der Kongress sprach sich im Anschluss an die Debatte für ein entschiedenes staatliches Vorgehen bei der Verwaltung der Wasser- und Abwasserdienste aus und forderte eine Kultur der Verantwortung, welche die Aufgabe der lokalen und regionalen Behörde bekräftigt.

Verleihung des DOSTA!-Preises

Feierlich wurde es bei der Verleihung des Dosta!-Preises für Gemeinden, die Initiativen zugunsten der Roma umgesetzt haben. Die Preise wurden im Rahmen einer gemeinsamen Sensibilisierungskampagne des Europarates und der Europäischen Kommission unter dem Motto „DOSTA! – Vorurteile überwinden, die Roma entdecken“ vergeben. Den ersten Preis teilen sich Mostar und Prijedor in Bosnien und Herzegowina. Die beiden Kommunen hatten sich mit einem Wohnungsbauprojekt für Roma für den Preis qualifiziert. Der zweite Preis ging an Valos in Griechenland und der dritte Preis an Lom in

Bulgarien. Die prämierten Gemeinden haben 2008 konkrete Lösungen für die Roma-Bevölkerung bewirkt. Der „Dosta!-Preis“ gehe an Gemeinden, die neue Wege für die Integration der Roma und Sinti in die Gesellschaft gefunden hätten, unterstrich der Präsident des Kongresses der Gemeinden und Regionen, Ian Micaleff, beim Festakt. Die ausgezeichneten Gemeinden seien „gegen den Strom geschwommen“, weil es auch heute noch viele Vorurteile gegen Roma in unseren Ländern gebe. „Dosta!“ bedeutet auf Deutsch „genug!“ oder „es reicht!“. ■

Sitzungsperiode 2008 – 2010

Deutsche kommunale Delegierte und Stellvertreter im KGRE

Deutscher Städtetag

Ordentliche Mitglieder	Stellvertreter
Dagmar Mühlenfeld Oberbürgermeisterin Stadt Mülheim an der Ruhr	Dagmar Szabados Oberbürgermeisterin Stadt Halle
Dr. Wolfgang Schuster Oberbürgermeister Landeshauptstadt Stuttgart	Walter Zöllner Stadtrat Landeshauptstadt München
Helmut Himmelsbach Oberbürgermeister Stadt Heilbronn	Gabriele Neff Mitglied des Stadtrates Landeshauptstadt München

Deutscher Landkreistag

Ordentliche Mitglieder	Stellvertreter
Dr. Volkram Gebel Landrat Kreis Plön	Dr. Theodor Elster Landrat Landkreis Uelzen
Dr. Jürgen Schütz Landrat Rhein-Neckar-Kreis	Monika Bachmann Landrätin Landkreis Saarlouis
Sabine Röhl Landrätin Landkreis Bad Dürkheim	Bertram Fleck Landrat Rhein-Hunsrück-Kreis

Deutscher Städte- und Gemeindebund

Ordentliche Mitglieder	Stellvertreter
Fritz Wagner Bürgermeister Stadt Kirn	Christian Schramm Oberbürgermeister Stadt Bautzen
Birgit Collin-Langen Oberbürgermeisterin Stadt Bingen	Günter Thum Ratsmitglied Stadt Rheine
Wolfgang Kelsch Erster Bürgermeister a.D. Gemeinde Wendelstein Mitglied des Kreistages Landkreis Roth	Lucia Puttrich Bürgermeisterin Stadt Nidda

Infos

16. Plenartagung des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas:

☞ http://www.coe.int/t/congress/files/sessions/200903-plenary/default_EN.asp

Preis der Europäischen Mobilitätswoche 2008 für Budapest:

Ungarische Hauptstadt verbessert Luftqualität

Die Stadt Budapest ist mit dem Preis der Europäischen Mobilitätswoche 2008 ausgezeichnet worden. Die ungarische Hauptstadt hatte während der Europäischen Mobilitätswoche im vergangenen Jahr zahlreiche Veranstaltungen und Aktivitäten zur Förderung eines nachhaltigen städtischen Verkehrs auf die Beine gestellt. Almada in Portugal und Zagreb in Kroatien folgten auf den Plätzen.

„Die Europäische Mobilitätswoche leistet einen konkreten Beitrag zur Verringerung der in unseren Städten herrschenden Luftverschmutzung, Verkehrsüberlastung und Lärmbelastung durch den Pkw-Verkehr. Die Teilnahme an der letztjährigen Mobilitätswoche war höher als je zuvor, was meines Erachtens zeigt, dass den kommunalen Behörden wirklich daran gelegen ist, die Lebensqualität ihrer Einwohner zu verbessern. Ich beglückwünsche Budapest, das sich gegen die sehr starke Konkurrenz von Almada und Zagreb durchgesetzt hat“, sagte der für Umwelt zuständige EU-Kommissar Stavros Dimas, anlässlich der Preisverleihung am 23. Februar 2009 in Brüssel.

Nachhaltiger Verkehr in Budapest

Die Stadt Budapest und ihre Bezirke, die sich bereits seit dem Jahr 2001 jährlich an der **Europäischen Mobilitätswoche** beteiligen, hatten im vergangenen Jahr unter großer Beteiligung lokaler Künstler und Organisationen eine ganze Palette von Veranstaltungen und Aktivitäten zur Förderung eines nachhaltigen städtischen Verkehrs aufgestellt. Dazu gehörten zwei autofreie Tage, ein VIP-Rennen unter dem Motto „Schlaues Pendeln“, das die Effizienz des öffentlichen Verkehrs demonstrieren sollte, eine Open-Air-Ausstellung umweltfreundlicher und energieeffizienter Fahrzeuge, eine Konferenz über Luftqualität und Lärmkartierung sowie ein Tag der Fußgängerzonen, mit dem auf die



Die ungarische Hauptstadt wurde am 23. Februar in Brüssel mit dem Preis der Europäischen Mobilitätswoche ausgezeichnet

Möglichkeit hingewiesen wurde, das historische Stadtzentrum entlang den Donauufer zu Fuß zu erkunden.

Daneben hat die ungarische Hauptstadt mehrere dauerhafte Maßnahmen eingeführt und gefördert, um ihren Einsatz für einen nachhaltigen Verkehr unter Beweis zu stellen. So wurde die Fußgängerzone in der Innenstadt erweitert, die Parkgebühren im Stadtzentrum erhöht, die U-Bahn- und Straßenbahninfrastruktur verbessert sowie neue Fahrradspuren und „Park-and-Ride“-Einrichtungen geschaffen.

Nachhaltiger Verkehr in Almada

Almada hatte anlässlich der Europäischen Mobilitätswoche 2008 sein historisches Zentrum in eine Fußgängerzone umgewandelt,

Infos

Europäische Mobilitätswoche:

☞ <http://www.mobilityweek.eu>



Die ungarische Hauptstadt Budapest fördert seit Jahren ihren nachhaltigen städtischen Verkehr

drei Stadtbahnlinien eingerichtet, Straßenflächen für nachhaltige Verkehrsträger reserviert und neue Warthäuschen an Bushaltestellen aufgestellt. In Zusammenarbeit mit der Universität wurde zudem ein permanentes System zur Überwachung der Luftqualität geschaffen. Die Veranstaltungen umfassten unter anderem einen Tag zum öffentlichen Verkehr mit Live-Musik, kostenlosem Kaffee und Geschenken für Fußgänger, einen Tag zum Pendeln mit dem Fahrrad, einen Tag zum Mobilitätsmanagement und einen Tag zum Shoppen vor Ort. Für den autofreien Tag am 22. September 2008 wurde der Universitätsbereich für den motorisierten Verkehr gesperrt, und es fanden verschiedene Sensibilisierungsmaßnahmen für Studenten und Schulkinder statt.

Nachhaltiger Verkehr in Zagreb

Zagreb hat neue Straßenbahnen und Busse eingeführt, öffentliche Verkehrsdienste verbessert und die Infrastruktur für Radfahrer und Fußgänger ausgebaut. Außerdem hat die Stadt die Parkgebühren heraufgesetzt, Parkbeschränkungen eingeführt und den Autoverkehr im oberen Teil der Innenstadt dauerhaft reduziert. Des Weiteren fand während der Europäischen Mobilitätswoche 2008 eine groß angelegte öffentliche Debatte über die Luftqualität statt, und es wurde ein Tag zum öffentlichen Verkehr organisiert, um die Autofahrer darauf aufmerksam zu machen, dass Straßenbahnen und Busse auf ihrer jeweiligen Spur Vorfahrt haben. Am autofreien Tag wurden sechs Straßenkilometer in Fußgängerzonen umgewandelt, und im Stadtzentrum fand ein großes Radrennen statt, begleitet von öffentlichen Debatten, Vorträgen, Sportveranstaltungen und Ausstel-

lungen. Zudem betreut die Hauptstadt von Kroatien ein Netzwerk von elf kroatischen Städten, die sich an der Europäischen Mobilitätswoche beteiligen.

Europäische Mobilitätswoche

Insgesamt hatten sich 2.102 europäische und außereuropäische Städte mit zusammen 218 Millionen Einwohnern an der Europäischen Mobilitätswoche 2008 beteiligt, die unter dem Motto „Saubere Luft für alle“ stand. Mit dem Preis der Europäischen Mobilitätswoche wird diejenige kommunale Behörde ausgezeichnet, die nach dem Urteil der Jury am meisten dafür getan hat, um die Öffentlichkeit für Fragen der nachhaltigen Mobilität zu sensibilisieren und Projekte durchzuführen, mit denen eine Verlagerung hin zu einem nachhaltigen städtischen Verkehr erreicht werden soll. 66 kommunale Behörden hatten sich um den Preis beworben, von denen das Sachverständigen-gremium zehn in die engere Auswahl aufnahm. Neben dem Sieger und den beiden



anderen Finalisten waren dies Burgos, Murcia und Ponferrada in Spanien, Cork und Galway County Council in Irland, Krakau in Polen und La Rochelle in Frankreich. Die diesjährige Europäische Mobilitätswoche findet vom 16. bis 22. September statt und ist dem Beitrag des städtischen Verkehrs zum Klimawandel gewidmet. ■

Bedeutung staatlicher Dezentralisierung für Gleichberechtigung:

Dezentralisierung stärkt Frauenrechte

Unter dem Titel „Dezentralisierung, lokale Macht und Frauenrechte: Globale Trends in Teilhabe, Vertretung und Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen“ fand Ende 2008 in Mexiko-City ein internationaler Kongress statt. Mehr als 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 50 Nationen diskutierten darüber, ob und wie Dezentralisierung und Stärkung lokaler Selbstverwaltung die gesellschaftliche Stellung der Frauen und ihre lokale Mitwirkung an politischen und sozialen Entscheidungen stärken können.

Begriffe wie Bürgernähe, Partizipation und konkrete Mitwirkung der Bürger an der politischen und sozialen Gestaltung ihres alltäglichen Umfelds sind in aller Politiker Munde. Dass die Praxis in unserer globalisierten Zeit vom Bürger eher skeptisch gesehen wird oder auch einfach unzulänglich ist, gehört dagegen zu den unbequemerem Feststellungen. Lokale Selbstverwaltung ist „die Schule der Demokratie“, formulierte Bundespräsident Theodor Heuss im deutschen Nachkriegsaufbruch zu wahrer Demokratie. Und von Winston Churchill soll die Formel von der „grass-roots-democracy“, also der vor Ort verwurzelten handfesten Demokratie stammen. Das alles setzt aber – wenn wir es ehrlich meinen – in den meisten Nationen eine zielstrebige und intensive, oft die überkommenen Strukturen zutiefst verändernde Dezentralisierung von Kompetenzen und finanziellen wie administrativen Ressourcen voraus. Erst dann kann man ernsthaft Bürgernähe und reale demokratische Mitwirkung erwarten.

In diesem Kontext fand Ende 2008 auf Initiative der Vereinten Nationen und der kanadischen Stiftung  „International Development Research Centre“ (IDRC) sowie auf Einladung der mexikanischen Regierung in Mexiko-City ein internationaler Kongress mit mehr als 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus 50 Nationen unter dem Titel „Dezentralisierung, lokale Macht und Frauen-



Dr. Heinrich Hoffschulte übergab der Stellvertretenden Generalsekretärin der UN und Exekutiv-Direktorin der UN-Habitat-Sektion, Anna Tibajuka, eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung zu den „UN-Leitlinien zur Dezentralisierung und Stärkung der Kommunen“

rechte: Globale Trends in Teilhabe, Vertretung und Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen“ statt. Vier Tage lang diskutierten überwiegend lateinamerikanische und afrikanische Vertreterinnen und Vertreter – nur wenige Europäerinnen und Europäer, US-Amerikanerinnen und -Amerikaner sowie Asiatinnen und Asiaten waren beteiligt – ob und wie Dezentralisierung und Stärkung lokaler Selbstverwaltung die gesellschaftliche Stellung der Frauen ebenso wie ihre lokale Mitwirkung an politischen und sozialen Entscheidungen stärken können.

Trotz Fortschritten noch Mängel

„Dezentralisierung hat den politischen und institutionellen Kontext für ein Fördern

Ein Beitrag von
Dr. Heinrich
Hoffschulte

Zum Autor:

Dr. Heinrich Hoffschulte ist Vizepräsident der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) und Mitglied des UN-Expertengremiums für Dezentralisierungsfragen AGRED.

umfassender und gleicher Rechte der Bürger in vielen Gesellschaften rund um die Welt verändert“, heißt es in einer Schlussklärung des Kongresses. „Durch die Übertragung von Aufgaben, Zuständigkeiten und Ressourcen und durch ein Variieren der Grade politischer und finanzieller Autonomie, kann Dezentralisierung für Frauen wie für Männer neue Möglichkeiten zur Mitwirkung schaffen und zu ihrer Vertretung in all den Angelegenheiten, die ihr Leben am aller-nächsten betreffen.“

Dezentralisierungsreformen zielen auf eine Vertiefung der Demokratie und fördern zugleich die Entwicklung der Gesellschaften, so die Zwischenbilanz. Doch seien diese Prozesse bislang nicht ausreichend „gender sensitive“ und nicht zielgerecht auch gleich auf die Rolle der Frauen ausgerichtet, wurde einhellig kritisiert. Das gelte für die meisten UN-Programme und -Erklärungen und verletze damit zugleich jene Verpflichtungen, die sich die Regierungen der UN-Mitgliedstaaten selbst gestellt hätten, angefangen von der Menschenrechtskonvention bis zu den Millennium-Entwicklungszielen, also den feierlich verkündeten Jahrtausendzielen etwa zu Entwicklung, zum Abbau von Armut, zur Beendigung jedweder Diskriminierung und zur Schaffung lebenswerten Wohnraums. Alle diese Dokumente bekräftigen immer wieder die Ziele der Gleichberechtigung und Gerechtigkeit, einschließlich der vollen und gleichen Teilhabe und Vertretung der Frauen im öffentlichen Leben und im Zugang zu den öffentlichen Dienstleistungen des Staates und seiner Kommunen.

In diesem Zusammenhang kommt den **UN-Leitlinien zur Dezentralisierung und Stärkung der Kommunen** vom April 2007 besondere Bedeutung zu, haben sich doch alle Regierungen der UN-Mitgliedstaaten auf sie verständigt und das in der UN-Vollversammlung Ende 2007 in New York noch einmal bekräftigt. Die UN verabschiedet seit Jahren kaum einen Text, ohne dass nicht auch „gender equality“ zum Thema gemacht oder zumindest ein Zusammenhang hergestellt wird. Auch wenn es von solchen Deklarationen bis zur praktischen Anwendung häufig ein weiter Weg ist, bleibt in diesem Zusammenhang zu beachten, dass der Rat der Regierungen bei der Ausarbeitung der Leitlinien ausdrücklich die Erwartung und Überzeugung zum Ausdruck gebracht hatte, „dass eine effektive Dezentralisierung zur Stärkung der Gleichberechtigung beitragen kann, indem in den menschlichen Siedlungen Frauen mehr



Dr. Heinrich Hoffschulte (r.) gehörte zu den etwa 500 Teilnehmern beim internationalen Kongress in Mexiko-Stadt – hier mit Prof. Dr. Mostafa Jari von der Universität Marrakesch (l.) und zwei Frauen aus Ruanda vor dem mexikanischen Außenministerium, in dem die Konferenz stattfand

Macht und Einfluss bekommen“ (Resolution 20/18 von 2005).

Das schließt unmittelbar an die Übereinkünfte der UN-Habitat-Agenda von Istanbul aus dem Jahre 1996 an, in der die „Dezentralisierung von Zuständigkeit und Ressourcen ebenso wie Funktionen und Verantwortungen auf die Ebene, die am besten geeignet ist, für die Bedürfnisse der Bürger in ihren Siedlungen“ (Ziffer 45 c der Agenda) als ein Kernziel genannt wurde. Und schon damals hatten sich die Regierungen unmittelbar in diesem Zusammenhang verpflichtet, „für Fragen der Gleichberechtigung sensible institutionelle und rechtliche Rahmenwerke und die entsprechende Vermittlung von Fähigkeiten sowohl auf nationaler wie auf lokaler Ebene zu fördern, die zu zivilem Engagement und weiterer Verbreitung von Teilhabe/Mitwirkung in der Entwicklung der Städte und Gemeinden führen“ (Ziffer 45 f). Ein besonderer Abschnitt über die Gleichberechtigung der Geschlechter schloss sich damals an (Ziffer 46 der Habitat-Agenda von 1996).

Das seien viele schöne Worte, wurde in der Debatte der Frauen in Mexiko heftig kritisiert. Allein es fehle an der Umsetzung in den einzelnen Nationen. Häufig werde Dezentralisierung sogar auch gefährlich missbraucht, indem elitäre Machtstrukturen vor Ort gestärkt würden und letztlich Dezentralisierung dann allenfalls den „etablierten“ Männern diene. Zumindest sei Dezentralisierung „nicht automatisch auch von Vorteil für die Frauen“ vor Ort und ihre Rolle in den politischen und kommunalen Entscheidungs-

strukturen. Nur zu oft würden dezentrale Strukturen in der Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen allein marktorientiert genutzt, nach staatlichen Vorgaben, unter kostenintensiver Privatisierung und verbunden mit erheblicher Ausweitung der Lasten und Kosten für die Verteilung.

Welch absurde „Blüten“ solcher Missbrauch treiben kann, berichteten Frauen aus einem indischen Bundesstaat, wo immer noch viele Mädchen unmittelbar vor oder nach der Geburt getötet werden, weil sie ökonomisch oder sozial eher oder gar nur als Belastung angesehen werden. In dezentralisierter Gesetzgebung und scheinbarer „Gleichberechtigung“ habe man dort nun entschieden, dass auch Mädchen Grundeigentümerinnen werden können. Diese auf den ersten Blick positive Reform führe nun ganz offenbar zu einem „Überleben“ der Mädchen, freilich nicht als freie Inhaberinnen von Eigentum und Vermögen, sondern aus steuerlichen Erwägungen des Familienoberhauptes, der das Sagen „natürlich“ behalte.

Dezentralisierung als Chance für Frauen

Andererseits betonten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Kongresses eben auch: „Dezentralisierung ist geeignet zu einer dauerhaften Entwicklung beizutragen, wenn sie verbunden wird mit den demokratischen Erwartungen der Frauen wie der Männer und eine Antwort gibt auf die sozialen, ökonomischen, politischen wie auch kulturellen Bedürfnisse und Bedingungen“ vor Ort. „Women gaining Voice – Politische Vertretung und Teilhabe in Dezentralisierten Systemen“ titelte einer der von den kanadischen Mitveranstaltern verteilten Berichte.

Im Rahmen der Dezentralisierung sei es deshalb auch und vor allem Aufgabe der nationalen Politik und der Regierungen, Frauen den Zugang zur Mitwirkung und Leitung des lokalen Regierens, Planens und Verwaltens zu fördern und zu stützen. Dezentralisierung, das war Überzeugung der Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer, habe nun einmal das Potenzial, den Bürgerinnen und Bürgern mehr praktische Macht und Mitwirkung einzuräumen – und zwar einschließlich der bisher „historisch“ benachteiligten Gruppen wie insbesondere den Frauen, den Armen und den rassischen, ethnischen und religiösen Minderheiten. „Viele Frauen und Männer sind enthusiastisch hinsichtlich der Chancen und Möglichkeiten, was die Dezentralisierung für eine (bessere) Teilnahme am

öffentlichen Leben angeht, und sie machen Druck für eine größere Gleichberechtigung und Gleichbehandlung in dezentralisierten Systemen.“

Im Ergebnis bleibt festzuhalten, dass weltweit immer mehr und immer intensiver über die Ziele der Dezentralisierung und Stärkung der Kommunen diskutiert wird, das Thema also im Trend liegt. Die Schlusserklärung von Mexiko setzt da weitere, spezifisch die Rolle der Frauen fördernde Akzente. Nachdem sich die Regierungen in der UN zu diesen Zielen nachhaltig verpflichtet haben, ist es in allen Nationen legitim und sinnvoll, sie immer wieder an diese Selbstverpflichtung zu erinnern, Schritte zur Umsetzung einzufordern und den Dialog über mögliche effektive Schritte ebenso wenig abreißen zu lassen wie in einem internationalen Erfahrungsaustausch und best practice-Abgleich Hilfen zur Entwicklung beizusteuern. Dazu gehört auch und vor allem das von der Weltunion der Kommunen **„United Cities and Local Governments“ (UCLG)** eingeleitete regelmäßige Monitoring durch die Berichte des Global Observatory of Local Democracy (GOLD), das die UN ausdrücklich begrüßt hat und unterstützt (Ziffer 5 der Resolution 21/3 des GC UN-Habitat vom 20. April 2007).

Bleibt zu hoffen, dass auch in diesem Sinne lokale Selbstverwaltung und Mitsprache „Schule der Demokratie“ sind oder werden, sei es für bislang vor allem auf anderen Ebenen der Politik nach wie vor unterrepräsentierte Frauen oder auch für den männlichen Teil der Gesellschaften, der sich vor Ort sicher oft schneller an die Mitwirkung und effektive Beteiligung der Frauen in der „grass-roots-democracy“ gewöhnen mag – eine Schule eben wie sie besser nirgendwo geboten wird. ■



Totemasen gehören zur Folklore und zum Kult in Mexiko, wie hier ein farbenfrohes und sarkastisches Beispiel aus dem Museum für Volkskunst und Folklore in Mexiko-Stadt zeigt

Infos

Stiftung „International Development Research Centre“:

☞ <http://www.idrc.ca>

Schlusserklärung des Kongresses:

☞ <https://www.surveymonkey.com>

UN-Leitlinien zur Dezentralisierung und Stärkung der Kommunen“:

☞ http://www.cities-localgovernments.org/uclg/upload/news/newsdocs/Guidelines_Decentralisation_JANVo7.pdf

Weltunion der Kommunen „United Cities and Local Governments“:

☞ <http://www.cities-localgovernments.org>

Auftaktkonferenz des europäischen Netzwerks FIN-URB-ACT:

Gemeinsam für die städtische Wirtschaft

Das europäische Netzwerk „FIN-URB-ACT – Integrierte städtische Maßnahmen zur Stärkung und Finanzierung innovativer Wirtschaft und des Mittelstandes“ ist offiziell gestartet. Unter der Federführung der Stadt Aachen erarbeiten in dem von der Europäischen Union geförderten Projekt zwölf europäische Städte Lösungsmöglichkeiten, um den Zugang zu Finanzen für Unternehmen und Existenzgründer zu vereinfachen und zu stärken. Insbesondere die mögliche Rolle, die Städte in diesen Kontext übernehmen können, wird dabei im Fokus stehen.

Ein Beitrag
von Christian
Huttenloher und
Thomas Fiedler

Als vor mehr als einem Jahr die Vorbereitung des europäischen Projekts [„FIN-URB-ACT – Integrierte städtische Maßnahmen zur Stärkung und Finanzierung innovativer Wirtschaft und des Mittelstandes“](#) startete, sah die Wirtschafts- und Finanzwelt noch anders aus. Doch schon damals waren lokale Unterstützungsstrukturen für Gründung und Wachstum kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) in vielen europäischen Städten ein wichtiges Aktionsfeld. Während der letzten Monate haben die Ereignisse auf den Finanzmärkten, europäische und nationale Konjunkturprogramme und die steigende Unsicherheit über die Auswirkungen der finanzwirtschaftlichen Turbulenzen gezeigt, dass FIN-URB-ACT ein hochaktuelles Thema behandelt.

Das Interesse zum offiziellen Auftakt im Rahmen der Fachkonferenz „Gemeinsam für die städtische Wirtschaft – Partnerschaften zur Stärkung und Finanzierung lokaler Unternehmen“ am 21. Januar 2009 in der Sparkasse Aachen war entsprechend hoch: Vertreterinnen und Vertreter von Städten aus neun EU-Staaten erörterten gemeinsam mit Fachleuten aus der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament, nationalen und regionalen Ministerien, Kammern, lokalen Banken und Entwicklungsgesellschaften, welche Strategien und Maßnahmen notwendig sind, um aufbauend auf den vorhandenen Potenzialen die städtische Wirtschaft zu



Bei der Auftaktkonferenz wurden erfolgreiche städtische Maßnahmen zur Stärkung und Finanzierung innovativer Wirtschaft und des Mittelstandes vorgestellt

stärken und den Zugang zu Finanzmitteln für KMU zu erleichtern.

Der Weg kann nur über die Zusammenarbeit aller Akteure gehen, die auf lokaler Ebene unterschiedliche finanzielle und nicht-finanzielle Unterstützungsformen anbieten, so der gemeinsame Tenor aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Auftaktkonferenz. Neben städtischer Politik und Verwaltung, Kammern und anderen Unternehmensverbänden, Beratungsstellen, Entwicklungsagenturen sowie Universitäten, Bildungs- und Forschungseinrichtungen ist insbesondere die Einbeziehung der lokalen Finanzinstitute von großer Bedeutung, wenn es um die Verbesserung der Finanzierungsmöglichkeiten geht. So unterstrich auch Dr. Jochen Bräutigam, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Aachen, als Gastgeber der Veranstaltung, dass die Sparkasse in Aachen zusammen mit den Genossenschaftsbanken ihre Verpflichtung für die städtische und

Zu den Autoren:

Christian Huttenloher ist Geschäftsführer und Leiter des Europabüros des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V.

Thomas Fiedler ist Projektmanager für EU-Programme in der Abteilung „Wirtschaftsförderung und Europäische Angelegenheiten“ der Stadt Aachen.

regionale Wirtschaft sehr ernst nehmen und sich in zahlreiche lokale und regionale Initiativen aktiv einbringen.

Aber auch die Vernetzung mit bestehenden Programmen und deren Umsetzungsstrukturen auf regionaler und nationaler Ebene spielt eine große Rolle, damit die öffentlichen Mittel zur Mittelstandsförderung zielgerichtet für die Unterstützung der städtischen Unternehmer eingesetzt werden. Denn nach wie vor werden Politiken zur KMU-Förderung auf regionaler, nationaler und sogar europäischer Ebene konzipiert und verwaltet, müssen aber vor Ort wirksam werden, damit die Zielgruppe der KMU wirklich erreicht wird. Damit dies geschieht, setzt etwa das Land Nordrhein-Westfalen bei seiner KMU- und Innovationsförderung im Rahmen der EU-Strukturfonds verstärkt auf lokale und regionale Konsortien, deren partnerschaftliche Unterstützungsansätze im Wettbewerbsverfahren ausgewählt werden – so der nordrhein-westfälische Wirtschaftsstaatssekretär Dr. Jens Baganz.

Die „GründerRegion Aachen“ als Modell für lokale Partnerschaften

Wie eine funktionierende Partnerschaft zur Wirtschaftsförderung auf lokaler Ebene aussieht und erfolgreich arbeitet, konnten die Gäste der Auftaktkonferenz konkret erfahren. Denn wie der Aachener Oberbürgermeister Dr. Jürgen Linden in seiner Begrüßungsrede erläuterte, praktiziert die Stadt Aachen gemeinsam mit den Umlandkreisen, der Industrie- und Handwerkskammer (IHK) und der Handwerkskammer Aachen, den Sparkassen Aachen, Düren, Euskirchen und Heinsberg und den Volks- und Raiffeisenbanken der Region, der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule (RWTH) und der Fachhochschule Aachen sowie der Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer (AGIT) bereits seit vielen Jahren den Partnerschaftsgedanken. Ein konkretes Erfolgsmodell ist die 1999 initiierte „GründerRegion Aachen“, die die genannten Akteure zusammenführt, um als Dachorganisation und Dachmarke die umfassenden Beratungs- und Unterstützungsangebote der mehr als 40 Institutionen in Stadt und Umland transparenter zu gestalten und den Beratungsprozess zu optimieren.

Dieses Erfolgsmodell ist ein wichtiges Element in einer Strategie, die den Restrukturierungsprozess der zurückliegenden 30 Jahre ganz unter das Zeichen der Regionalisierung stellte. Es ist auch deshalb wichtig, weil sich die Region Aachen ganz besonders für die Stärkung der wissensbasierten Wirtschaft,

also hochinnovative Wirtschaftszweige, einsetzt. Gerade die brauchen aber eine besonders hohe Qualität in der Gründungsberatung und der Beschaffung von Wagniskapital. Das als „triple-helix“-Ansatz bezeichnete Prinzip der engen Zusammenarbeit zwischen Forschung und Entwicklung, Unternehmen und kommunalen wie regionalen Institutionen wird in Aachen, nicht zuletzt orientiert an guten Beispielen aus den Niederlanden und Belgien, groß geschrieben.



Kommunalvertreterinnen und -vertreter aus neun europäischen Ländern diskutierten in Aachen, wie die städtische Wirtschaft gestärkt werden kann

Die Regionalisierung in der Wirtschaftsförderung wird in der Region Aachen ergänzt durch ein ebenso koordiniertes regionales Vorgehen in der Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik sowie in sozio-kulturellen und raumplanerischen Aktivitäten und in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit den niederländischen und belgischen Nachbarprovinzen. Politisch und administrativ findet dieser starke Akzent auf regionale Zusammenarbeit seinen Ausdruck in der Gründung der StädteRegion Aachen, die im Herbst 2009 Stadt und Kreis Aachen in eine neue Gebietskörperschaft aufgehen lässt.

Der FIN-URB-ACT Ansatz

Neben der Stadt Aachen als federführender Partner arbeiten insgesamt elf europäische Städte im Netzwerk FIN-URB-ACT zusammen, um solche lokale Partnerschaftsstrukturen weiterzuentwickeln sowie konkrete lokale Aktionspläne zur Koordinierung und Verbesserung der Unterstützungsangebote für städtische KMU aufzustellen und umzusetzen. Darunter sind große Metropolen wie Rom, Edinburgh oder Leipzig, mittlere Großstädte wie Galati in Rumänien, Gliwice in Polen, Reims in Frankreich oder Gijon in Spanien sowie die beiden kleineren Städte Maribor in Slowenien und Aveiro in Portugal. Gemeinsam ist allen Partnern das unter anderem aus wirtschaftlichen Umbrüchen resultierende Interesse an der Förderung ihrer lokalen Unternehmen.

Infos

Europäisches Programm
URBACT:
☞ <http://urbact.eu>

Europäisches Netzwerk
FIN-URB-ACT:
☞ <http://urbact.eu/thematic-poles/growth-and-job-creation/thematic-networks/fin-urb-act/>



Das Netzwerk FIN-URB-ACT kann auf gute Beispiele aufbauen, wie etwa auf das über die Gemeinschaftsinitiative URBAN geförderte KMU-Projekt in Leipzig (l.) oder den Technologiepark im spanischen Gijón (r.)

Im Mittelpunkt stehen folgende Fragestellungen: Wie kann den Unternehmen der Zugang zu notwendigen finanziellen Mitteln erleichtert werden? Wie können Städte und Regionen ihre Rahmenbedingungen verändern, um diese finanzielle aber auch nicht-finanzielle Unterstützung für den Mittelstand zu verbessern? Welche Arten von Netzwerken und Kooperationen sind Erfolg versprechend, damit lokale Unternehmen besser von vorhandenen Förderprogrammen profitieren? Welche Akteure sollten in den Netzwerken mitarbeiten und wie kann die Zusammenarbeit mit Akteuren auf regionaler und nationaler Ebene gestaltet sein?

Gemeinsam mit den Verwaltungsstellen für die EU-Strukturfonds in den Partnerländern werden Förderstrukturen und -strategien untersucht, um herauszustellen, wie die vorhandenen Fördermittel zielgerichteter auf die Bedürfnisse und Potenziale der städtischen Wirtschaft eingesetzt werden können. Daneben werden die Unterstützungsstrukturen auf lokaler und regionaler Ebene vertieft analysiert – und zwar sowohl für Kleinst- oder Ein-Mann-Unternehmen als auch in Bezug auf die Stärkung innovativer und technologieorientierter Firmen und Existenzgründungen – zwei verschiedene Zielgruppen, die unterschiedliche Unterstützungsinstrumente und -strukturen benötigen und für die die Stadtverwaltungen verschiedene Rollen einnehmen.

Innovative und technologieorientierte Unternehmen können in der Regel durch eine Vielzahl spezialisierter Akteure Unterstützung erhalten, und benötigen für verschiedene Phasen von Gründung und Wachstum auch spezielle Finanzierungsformen wie etwa „Seed Capital“, „Venture Capital“ oder „Business Angels“. Hier kommt den Städten selbst eher eine koordinierende und vermittelnde Rolle zu, um zusammen mit den verschiedenen Akteuren eine besser abgestimmte Unterstützung sowie mehr Transparenz zu schaffen. Dagegen müssen Städte bei der Förderung von „normalen“ Kleinstunternehmen und Existenzgründungen häufig unmittelbar eine aktive Funktion übernehmen, um

sicherzugehen, dass diese Unternehmensgruppe Unterstützung findet, da sich meist weniger Akteure um diese Klientel kümmern.

FIN-URB-ACT wird durch das Europäische Programm  **URBACT** gefördert, das den europäischen Städten eine Plattform bietet, um den Erfahrungsaustausch zu stadtentwicklungsrelevanten Themen voranzutreiben. Dazu finanziert URBACT Projekte, die dem Austausch und wechselseitigen Lernen von lokalen Behörden, Experten, politischen Entscheidungsträgern und allen Akteuren dienen, die an der Entwicklung von Städten mitarbeiten. Da das Programm in dieser Förderperiode die Lissabon-Ziele aufgegriffen hat, sind nun auch Netzwerke im Themenfeld Innovation und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit möglich.

FIN-URB-ACT hat so ein Forum gefunden, um in den nächsten 30 Monaten in den Partnerstädten konkrete Projekte und Handlungskonzepte vorzubereiten und umzusetzen sowie auf europäischer Ebene in Seminaren und Workshops Erfahrungen und Ergebnisse zu reflektieren und gemeinsam neue, übertragbare Strategien zu entwickeln. Die Stadt Aachen ist federführender Partner des Netzwerks und für die Gesamtkoordination und Organisation zuständig. Vor Ort ist darüber hinaus die Sparkasse Aachen aktiv in den Prozess eingebunden und leistet einen wichtigen finanziellen Beitrag zur Ko-Finanzierung des europäischen Netzwerks. Unterstützung in der thematischen Koordination erhält das Netzwerk vom Deutschen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V. ■

Kurzinfo: URBACT

Das **EU-Förderprogramm URBACT** bietet europäischen Städten bis 2013 umfangreiche Möglichkeiten zur Netzerkennung, zum Austausch von Erfahrungen sowie zur Sammlung, Auswertung und Aufbereitung von innovativen Lösungsansätzen in allen Bereichen städtischer Entwicklungspolitiken. Hierfür stehen 53,3 Millionen Euro aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung zur Verfügung, die durch nationale sowie regionale und lokale Ko-Finanzierung auf etwa 68 Millionen Euro Gesamtvolumen aufgestockt werden. Derzeit arbeiten 21 Netzwerke und sechs Arbeitsgruppen. Mit dem nächsten Projektauftrag ist im Frühsommer 2009 zu rechnen.

Ausschuss der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften:

Gerhard Stahl weiter Generalsekretär

Gerhard Stahl wird weiterhin die Geschicke des Ausschusses der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften, kurz **Ausschuss der Regionen (AdR)**, lenken. Das Präsidium des Ausschusses der Regionen ernannte den 58-jährigen Deutschen am 10. Februar 2009 für weitere fünf Jahre zum Generalsekretär.

Gerhard Stahl wurde am 2. Dezember 1950 in Ludwigsburg geboren. Er studierte Wirtschaftswissenschaften an der Technischen Universität Berlin, wo er seine erste Anstellung als Assistent am Lehrstuhl für Finanzwissenschaften fand. Danach war er drei Jahre als Wirtschaftswissenschaftler beim Bundesministerium für Finanzen in Bonn beschäftigt. Anschließend wechselte er zunächst zum Europäischen Parlament und dann in das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Forschung des Landes Schleswig-Holstein, bevor er das Amt des Direktors für europäische und internationale Angelegenheiten im Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein übernahm. In dieser Funktion war er maßgeblich an der Vorbereitung der



AdR-Generalsekretär
Gerhard Stahl

Bundesratsbeschlüsse zur EU-Politik und Vorhaben zur interregionalen Zusammenarbeit beteiligt.

Von 1995 bis 1999 war Stahl Mitglied des Kabinetts von Dr. Monika Wulf-Mathies, für Regionalpolitik zuständiges Mitglied der Europäischen Kommission, und bis 2002 stellvertretender Chef des Kabinetts von Pedro Solbes, für Wirtschaft und Finanzen zuständiges Kommissionsmitglied. Im September 2002 wurde er Leiter der Direktion Beratende Arbeiten im Ausschuss der Regionen. Seit dem 1. April 2004 ist er Generalsekretär des Ausschusses der Regionen. ■

Infos

Ausschuss der Regionen:

☞ <http://www.cor.europa.eu>

Lebenslauf von AdR-Generalsekretär Gerhard Stahl:

☞ <http://www.cor.europa.eu/pages/PressTemplate.aspx?view=detail&id=8b9e9d05d94-4292-8e97-5e25904fcf04>

Deutsch-Polnisches Internetquiz für Jugendliche:

Hallo Nachbar! / Witaj Sasiedzie!

Unter dem Motto „Hallo Nachbar! / Witaj Sasiedzie!“ ist Anfang März das siebte Deutsch-Polnische Internetquiz gestartet. Bis zum 25. April 2009 können Jugendliche aus Deutschland und Polen im Internet unter www.quiz-europa.eu ihren Nachbarn besser kennen lernen und Fragen zum Nachbarland und der EU beantworten. Dabei erfahren sie Neues, Interessantes und Ungewöhnliches aus dem Alltag jenseits der Grenze.

Während des Ratespiels ist Nachschauen im Internet, in Lexika oder das Fragen des Lehrers ausdrücklich erlaubt. Unter den Teilnehmern mit richtigen Antworten verlost das Bildungswerk Sachsen der Deutschen Gesellschaft e.V. eine Reise an die Masurischen Seen. Das Internetquiz findet in Zusammen-



arbeit mit dem Kuratorium für Bildung der Wojewodschaft Schlesien in Katowice und mit besonderer Unterstützung der Stiftung für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit und des Deutsch-Polnischen Jugendwerkes statt. ■

Infos

Deutsch-Polnisches Internetquiz:

☞ <http://www.quiz-europa.eu>

Trauer um verdienten Kommunalpolitiker und überzeugten Europäer:

Erich Pramböck verstorben

Der langjährige Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes, Erich Pramböck, ist am 14. März 2009 überraschend im Alter von 67 Jahren gestorben. Der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) trauert um einen verdienten Kommunalpolitiker, der sich weit über die Grenzen seines Heimatlandes hinaus bleibende Verdienste erworben hat. Wiens Bürgermeister, Städtebund-Präsident und RGRE-Präsident, Michael Häupl, bezeichnete Pramböck als „einen großen Kommunalexperthen und überzeugten Europäer“.

Erich Pramböck war von 1988 bis 2006 Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes. In der Amtszeit des 1941 in Grieskirchen geborenen studierten Ökonomen wurde der Städtebund 1988 als kommunale Interessenvertretung in der Bundesverfassung verankert. Dadurch wurden der Österreichische Städtebund gemeinsam mit dem Österreichischen Gemeindebund als alleinige legitime Vertretung der österreichischen Gemeinden gegenüber allen staatlichen, nichtstaatlichen, europäischen

und internationalen Organisationen berufen, soweit die Bundesverfassung keine andere Regelungen vorsieht.

Seit dem Wegfall des Eisernen Vorhangs bildete die Ostkooperation einen weiteren Schwerpunkt in Pramböcks Arbeit. Für mehr als 3.000 Bürgermeister und kommunale Entscheidungsträger aus den Reformländern ermöglichte er Studienaufenthalte in verschiedenen Städten und Gemeinden. Die Erfahrungen mit dem EU-Beitritt Österreichs wurden zudem im Rahmen des Projektes „Local Governments Network of Central and Eastern European Countries“ (LOGON) an die Kandidaten- und neuen Beitrittsländer weitergegeben.

Pramböck war bis zu seinem Ausscheiden als Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes am 1. Dezember 2006 zudem Schriftleiter der Österreichischen Gemeindezeitung (ÖGZ). Die ÖGZ ist das offizielle, monatlich erscheinende Magazin des Österreichischen Städtebundes, in dem auch regelmäßig über europapolitische Themen berichtet wird. ■



Erich Pramböck†

Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas:

Drei neue Mitglieder

Die Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) hat drei neue Mitglieder. Das Präsidium der deutschen RGRE-Sektion hat am 5. März 2009 beschlossen, die Stadt Herten, die Gemeinde Handewitt und den Landkreis Karlsruhe als ordentliche Mitglieder aufzunehmen. Damit reißen sich die drei Kommunen in die große Zahl deutscher Städte, Gemeinden und Kreise ein, die sich im kommunalen Bereich europapolitisch besonders engagieren und mit ihren Mitteln den Zusammenschluss Europas fördern wollen.

Die **Stadt Herten** hat etwa 64.000 Einwohner und liegt im nördlichen Ruhrgebiet in Nordrhein-Westfalen. Die Stadt pflegt

partnerschaftliche Beziehungen zu Arras in Frankreich, Doncaster in Großbritannien, Schneeberg in Sachsen und seit dem vergangenen Jahr zu Szczytno in Polen.

Die **Gemeinde Handewitt** in Schleswig-Holstein hat etwa 10.000 Einwohner und liegt unmittelbar an der Staatsgrenze zu Dänemark. Die Gemeinde unterhält eine Partnerschaft mit Salacgriva in Lettland.

Der **Landkreis Karlsruhe** in Baden-Württemberg zählt etwa 430.000 Einwohner. Partnerschaften existieren mit den Distrikten Monmouthshire und Torfaen (ehemals Grafschaft Gwent) in Wales in Großbritannien, dem Landkreis Döbeln in Sachsen sowie der Region Sha'ar Hanegev in Israel. ■

Infos

Stadt Herten:

☞ <http://www.herten.de>

Gemeinde Handewitt:

☞ <http://www.gemeinde-handewitt.de>

Landkreis Karlsruhe:

☞ <http://www.landkreis-karlsruhe.de>

Europäische Wettbewerbe

Ideenwettbewerb „On y va – auf geht’s!“

Unter dem Motto „On y va – auf geht’s!“ schreibt die Robert Bosch Stiftung zum zweiten Mal einen Ideenwettbewerb für Bürgerinnen und Bürger in Deutschland und Frankreich aus. Bewerben können sich Initiativgruppen und gemeinnützige Organisationen wie etwa Vereine, Verbände und soziale Einrichtungen aus Deutschland und Frankreich sowie Schulen, Kindergärten und Stadtverwaltungen. Voraussetzung ist, dass das Projekt im deutsch-französischen Tandem ehrenamtlich durchgeführt wird. Die Projekte können unterschiedliche Schwerpunkte haben wie etwa Bildung, Gesundheit, Integration von Migrantinnen und Migranten, Umweltschutz, Kulturaustausch, Dialog der Generationen oder die Stärkung des europäischen Gedankens. 15 Projektgruppen werden mit bis zu 5.000 Euro bei der Umsetzung ihres Vorhabens unterstützt. Die drei herausragenden Projekte werden abschließend mit Preisen in Höhe von 5.000, 3.500 und 2.000 Euro gewürdigt.

Bewerbungsschluss: 18. Mai 2009

Infos: ☞ <http://www.bosch-stiftung.de/ideenwettbewerb>

Europäischer Wettbewerb für junge Journalisten

In diesem Jahr feiert Europa zwei Jubiläen: Zum 20. Mal jährt sich der Fall der Berliner Mauer und vor fünf Jahren traten acht mittel- und osteuropäische Länder sowie Malta und Zypern der EU bei. Für Journalistinnen und Journalisten bieten diese Jubiläen einen besonderen Anreiz, über die Erweiterung der Europäischen Union nachzudenken und darüber zu schreiben. Die Generaldirektion für Erweiterung der Europäischen Kommission, der Europäische Jugendpresseverband und das europäische Internet-Politikmagazin „Café Babel“ rufen Journalistinnen und Journalisten daher zur Teilnahme am Europäischen Wettbewerb „Horizonte erweitern“ auf. Neben Online- oder Print-Artikeln können in diesem Jahr erstmals auch Beiträge von Rundfunkjournalisten eingereicht werden.

In beiden Kategorien muss das Thema der Beiträge einen Bezug zur EU-Erweiterung und/oder zur Zukunftsvision für Europa haben. Die Teilnehmer müssen zwischen 17 und 35 Jahren alt sein und aus einem EU-Mitgliedstaat, einem Kandidaten- oder potenziellen Kandidatenland stammen. Aus Medienvertretern bestehende nationale Jurys werden in jedem Land einen Gewinner auswählen. Die siegreichen Artikel und Rundfunksendungen werden auf der eigens für den Wettbewerb eingerichteten Internetseite eingestellt und in einer

Broschüre veröffentlicht. Die 35 nationalen Preisträger werden Ende August/Anfang September zu einer gemeinsamen Reise nach Berlin eingeladen.

Einsendeschluss: 31. Mai 2009

Infos: ☞ <http://www.eujournalist-award.eu>

Jugendpreis Entwicklungspolitik

An dem von der Generaldirektion Entwicklung der Europäischen Kommission veranstalteten Jugendpreis Entwicklungspolitik können Schulen aus allen 27 EU-Mitgliedstaaten teilnehmen. Die Schülerinnen und Schüler müssen zum Zeitpunkt des Abgabetermins 16 bis 18 Jahre alt sein. Der Schwerpunkt des Wettbewerbs liegt auf Afrikas nachhaltiger Entwicklung. Es gibt drei mögliche Themen, um am Wettbewerb teilnehmen zu können: Klimaveränderung, Wasser und Energie sowie nachhaltiger Tourismus. Dabei können die Schülerinnen und Schüler entweder ein Thema auswählen oder die drei Themen kombinieren. Alle Beiträge müssen aus zwei Teilen bestehen: einer kurzen Botschaft sowie einem Kunstwerk in Form eines Posters oder einer Multimediapräsentation. Alle Beiträge müssen einer Schule zugeordnet werden können. Jeder Schüler oder jede Schülerin kann nur einen Beitrag einreichen.

Einsendeschluss: 31. Mai 2009

Infos: ☞ <http://www.dyp2008.org>

Climate Star 2009

Das Klima-Bündnis ruft alle europäischen Städte und Gemeinden auf, sich mit einem beispielhaften Klimaschutzprojekt um einen „Climate Star“, der europäischen Auszeichnung für lokale Klimaschutzaktivitäten, zu bewerben. Unter dem Motto „Auf kurzem Weg zum Klimaschutz“ werden Praxisbeispiele gesucht wie etwa Energiesparen und lokal genutzte Energiequellen, Wärmedämmung sowie Strom aus erneuerbaren Energiequellen im regionalen Umfeld. Positiv bewertet werden dabei auch die in der Region gehaltenen Arbeitsplätze. Der „kurze Weg zum Klimaschutz“ beinhaltet auch eine Planung oder nachträgliche Gestaltung des Siedlungsgebiets, die Wohnen, Arbeiten, Einkaufen und Freizeit zusammenbringt und damit Fahrrad, Fuß und Bus zum prädestinierten Verkehrsmittel werden lässt. Ebenso bezieht sich das Motto auf Güter, die in der Region erzeugt und vermarktet werden, und auf die kurzen Wege zwischen Gemeinde und Bürgerinnen und Bürger, wenn gemeinsam zukunftsfähige Lösungen entwickelt und umgesetzt werden.

Einsendeschluss: 15. Juni 2009

Infos: ☞ <http://www.climate-star.org>

Veranstaltungen

April

22. – 24. April 2009

24. Europatag des RGRE

Veranstalter: Europäischer RGRE

Ort: Malmö (Schweden)

☞ <http://www.rgre2009.se/>

27. – 28. April 2009

25. Arbeitskreis der EU- und Förderreferenten im RGRE

Veranstalter: RGRE/Deutsche Sektion

Ort: Brüssel (Belgien)

Mai

15. Mai 2009

Podiumsveranstaltung „Frankreich – Deutschland – Polen: Partnerschaft im Herzen Europas“

Veranstalter: Konrad-Adenauer-Stiftung

Ort: Bonn

☞ <http://www.kas.de/wf/de/17.35547/>

25. – 27. Mai 2009

Fachkonferenz „Frauen verändern EUROPA verändert Frauen“

Veranstalter: Stadt Iserlohn

Ort: Iserlohn

Juni

14. – 16. Juni 2009

3. Weltkongress des Netzwerkes „Cities for Mobility“

Veranstalter: Landeshauptstadt Stuttgart

Ort: Stuttgart

☞ <http://www.cities-for-mobility.org>

18. – 20. Juni 2009

11. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen

Veranstalter: Servicestelle Kommunen

in der Einen Welt/InWEnt gGmbH

Ort: München

☞ <http://www.service-eine-welt.de/bundeskonferenzen/bundeskonferenzen-start.html>

23. – 25. Juni 2009

10. Deutsch-Russische Städtepartnerkonferenz

Veranstalter: Deutsch-Russisches Forum

Ort: Wolgograd (Russland)

Juli

29. Juli – 1. August 2009

Jahreskonferenz des amerikanischen Kommunalpartnerschaftsverbandes

Veranstalter: Sister Cities International (SCI)

Ort: Belfast (Nordirland)

☞ <http://www.sister-cities.org/conference/index.cfm>

Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen:

Herausforderungen des Klimawandels

Die 11. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen findet vom 18. bis 20. Juni 2009 unter dem Titel „Herausforderung: Klimawandel“ in der bayerischen Landeshauptstadt München statt. Hauptthemen der von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt organisierten Konferenz sind die Facetten des Klimawandels und seine Bedeutung für die Kommunen, die kommunale Entwicklungszusammenarbeit sowie Herausforderungen und Lösungen durch Kooperationen und Chancen durch Entwicklungspartnerschaften.

Die Konferenz versammelt interessante Gesprächspartner aus der Einen Welt, verschiedenste Akteure und prominente Referenten aus der internationalen Entwicklungspolitik. Ziel ist es, nachhaltige Verbesserungen durch lokale und globale Partnerschaften zu bewirken. Auch die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wiecek-Zeul, und der Oberbürgermeister der gastgebenden Stadt München, Christian Ude, werden erwartet. Anmeldungen sind bis zum 29. Mai 2009 im Internet möglich. ■

18. – 20. Juni
2009

Infos

Anmeldung zur Bundeskonferenz:

☞ <http://www.service-eine-welt.de/bundeskonferenzen/bundeskonferenzen-anmeldung.html>

Jahreskonferenz von Sister Cities International:

Friedensbildung nach Konflikten

Die Jahreskonferenz des amerikanischen Kommunalpartnerschaftsverbandes Sister Cities International (SCI) findet vom 29. Juli bis zum 1. August 2009 in Belfast in Nordirland statt. Zum ersten Mal veranstaltet Sister Cities seine Jahreskonferenz damit auf außeramerikanischem Boden. Die Veranstaltung steht unter dem Motto „Building Enduring Peace after Conflict“. In verschiedenen Workshops befassen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit dem Prozess der Friedensbildung und Völkerverständigung, aber auch mit Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung oder des Jugendbereichs. ■

29. Juli –
1. August 2009

Infos

Jahreskonferenz von Sister Cities International (SCI):

☞ <http://www.sister-cities.org/conference/index.cfm>

IMPRESSUM

Textbeiträge

Die Autorenbeiträge stellen nicht immer die Auffassung des Herausgebers oder der Redaktion dar, sondern geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Die Redaktion behält sich bei der Verwendung von Textbeiträgen eine Absprache und Änderungen vor und übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Alle Rechte, auch die der Übersetzung, liegen bei der Redaktion.

Bildnachweis

AdR (32, 45), Gerd Altmann/Pixelio (16), Barbara Baltsch (17, 18, 19o., 31, 33), Andrea Burzacchini/ICLEI (21), Kurt F. Domnik/Pixelio (13), Energie-Cités (37), Europäische Kommission (19u., 23, 38), Marianne Hauck/Pixelio (12), Antje Held (25, 26, 27, 28), Heinrich Hoffschulte (39, 40, 41), ICLEI (7, 8, 9, 10), Agneta Krüger (34, 35), Österreichischer Städtebund (46), Staatsministerium Baden-Württemberg (29), Stadt Aachen (42, 43), Stadt Bonn (3, 4, 6), Rainer Sturm/Pixelio (11), TU Dresden (22), United State Senate (5), URBAN (44)

Titelbild

Gabi Schoenmann/Pixelio

Europa Kommunal

Europäische Zeitschrift für
Rat, Verwaltung und Wirtschaft
ISSN 1866-1904

Erscheinungsweise / Bezug (ab 2008)

6 Ausgaben pro Jahr als PDF-Version
Bezug ausschließlich über E-Mail-Verteiler

Herausgeber

Rat der Gemeinden und Regionen Europas
Deutsche Sektion
Lindenallee 13-17
50968 Köln
Telefon 0221 / 3771-311
Telefax 0221 / 3771-150
E-Mail: post@rgre.de
<http://www.rgre.de>

Schriftleitung

Walter Leitermann

Redaktion & Satz

Barbara Baltsch
Schillerstraße 18
50170 Kerpen
Telefon 02273 / 560046
Telefax 02273 / 560047
Email: b.baltsch@t-online.de

Karl-Heinz Kottenhahn
Rüngsdorfer Straße 17
53173 Bonn
Telefon 0228 / 3688644
Telefax 0228 / 3688666
E-Mail: info@kh-kottenhahn.de

E-Mail-Verteiler

Dörthe Sondermann
E-Mail: doerthe.sondermann@staedtetag.de